



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

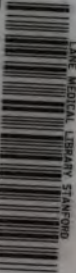
Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.

2 45 0381 4574



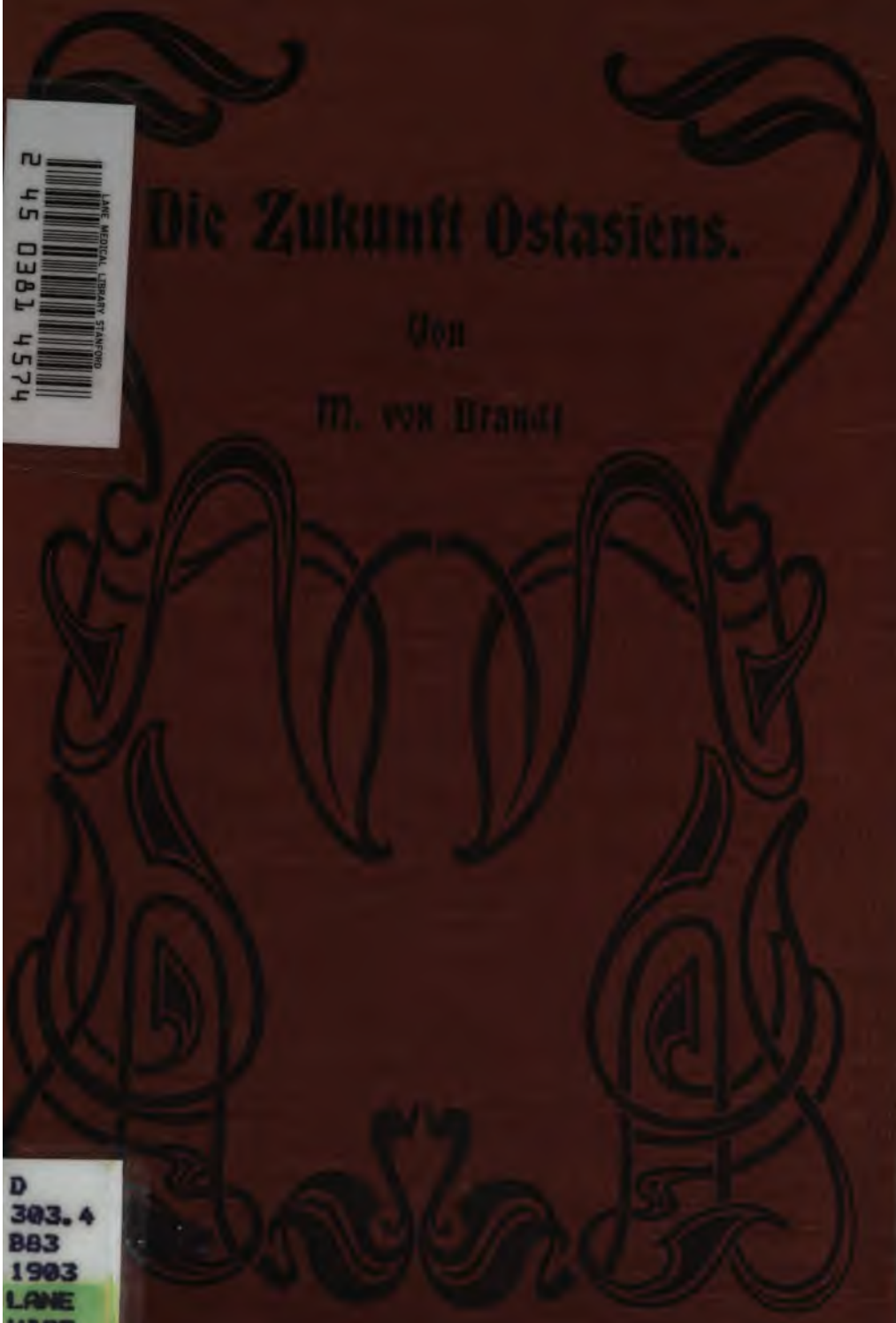
LANE MEDICAL LIBRARY STANFORD

Die Zukunft Ostasiens.

Von

M. von Brandt

D
303.4
883
1903
LANE
HIST



LANE

MEDICAL



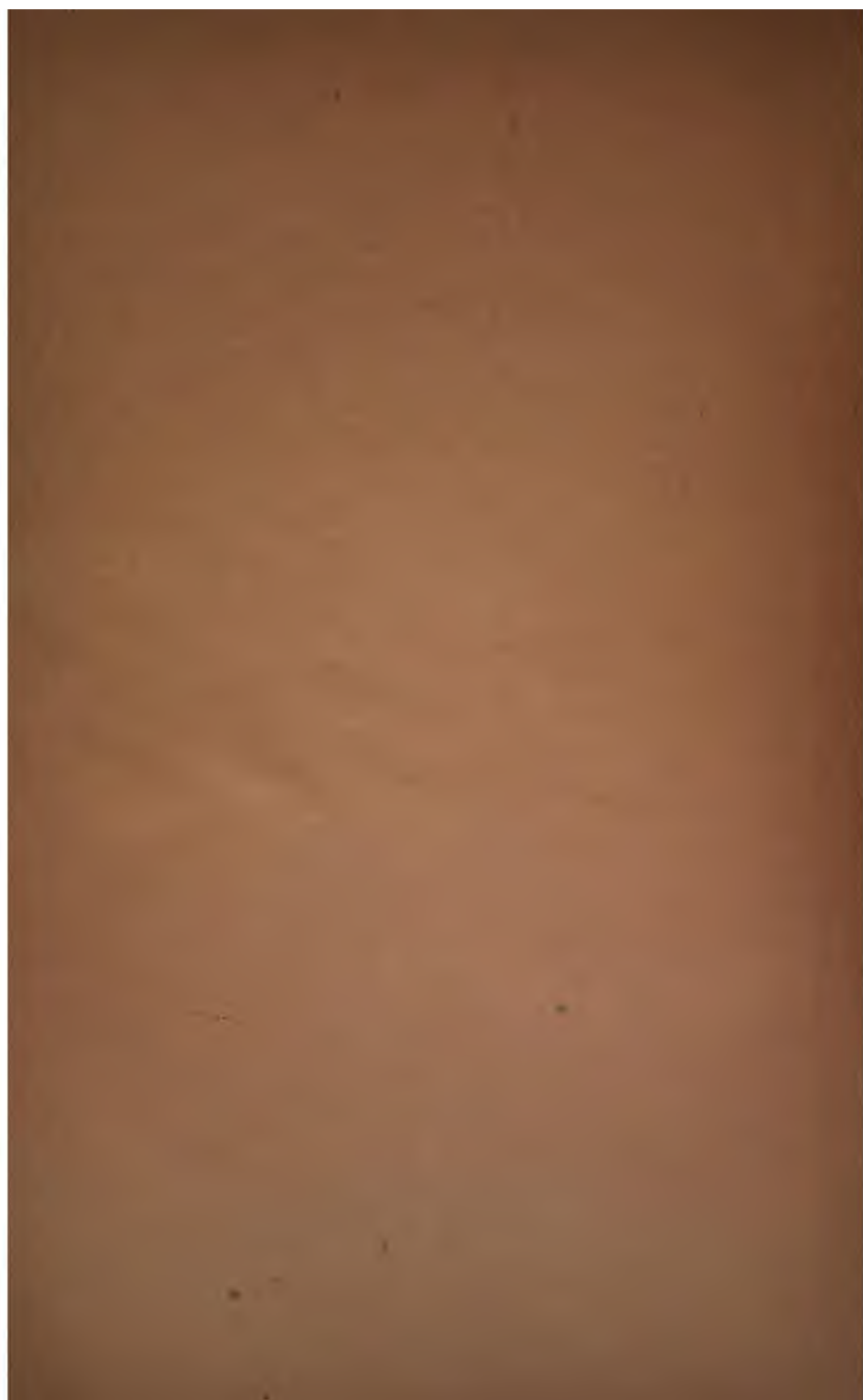
LIBRARY

**HISTORY OF MEDICINE
AND NATURAL SCIENCES**

AMERICAN BOOK COMPANY

H. Gray

Mass Exp 1909.
Shanghai —



Die
Zukunft Ostasiens

Ein Beitrag
zur Geschichte und zum Verständnis der
ostasiatischen Frage

von

M. von Brandt

Kaisert. deutscher Gesandter a. D.

Dritte, umgearbeitete und vermehrte Auflage



Stuttgart

Verlag von Strecker & Schröder

1908

45

Die Wirtin verbeugte

Das war Gaudin & Schuler in Stuttgart

WASSEL WAJ

1303,411
B83
1903

Vorwort.

Auf den Wunsch der Verleger habe ich es, wie ich nicht unterlassen will hinzuzufügen, gern unternommen, meine zuerst im Jahre 1895 veröffentlichte Schrift „Die Zukunft Ostasiens“ für eine dritte Auflage bis auf die heutige Zeit weiterzuführen. Es ist dadurch eine bedeutende Erweiterung und teilweise sehr weit gehende Umarbeitung des ursprünglichen Textes notwendig geworden. Die erste Auflage erschien, ehe der chinesisch-japanische Krieg durch den Frieden von Shimonoseki seinen Abschluß gefunden hatte; seitdem haben die vielen, von der chinesischen Regierung erteilten Eisenbahn- und Bergwerks-Konzessionen, der Boxeraufstand und das Vorgehen des Auslandes vor und nach demselben für das Reich der Mitte ganz neue ökonomische und politische Bedingungen geschaffen, während zwei neue Faktoren, Japan und die Vereinigten Staaten, als politische Mitbewerber auf dem ostasiatischen Schauplatz erschienen sind. Es ist dadurch dort auch für das Ausland nach mehr als einer Richtung hin eine vollständig neue Lage entstanden und wenn die von manchen Seiten ausgesprochene Ansicht, daß das Bassin des Stillen Ozeans im 20. Jahrhundert die Rolle spielen werde, die bis dahin dem des Mittelländischen Meeres zugefallen war, den Ereignissen vielleicht etwas vorgreifen dürfte, so kann es doch keinem Zweifel unterliegen, daß Ostasien weit mehr als dies bisher der Fe

gewesen, in das Getriebe der Weltpolitik hineingezogen werden und damit auch einen Einfluß auf dieselbe ausüben wird. Unter den Umständen muß es als im Interesse jedes auf politische Bildung Anspruch machenden Deutschen liegend bezeichnet werden, sich ein Bild von dem, was in Ostasien war, ist und werden kann, zu verschaffen, um auf Grund desselben beurteilen zu lernen, welche Interessen das Deutsche Reich dort besitzt und welche Politik von demselben dort befolgt werden muß, um diese Interessen zu wahren, ohne Gefahr zu laufen, näherliegende wichtigere zu schädigen. Die vorliegende Arbeit soll, soweit ihr bescheidener Umfang dies gestattet, dazu das Material liefern, das „sine ira et studio“ nur mit dem Wunsche der Wahrheit möglichst nahe zu kommen, zusammengestellt worden ist.

Weimar, im Mai 1908.

M. von Brandt.

Als im Juli 1894 der Krieg zwischen China und Japan ausbrach, war die öffentliche Meinung selbst in sonst gut unterrichteten Kreisen von diesem, wenn auch im Laufe der Zeit vorausgesehenen, doch nicht so bald erwarteten Zusammenstoß zwischen den beiden asiatischen Mächten auf das höchste überrascht und es knüpften sich bald an das so plötzlich eingetretene Ereignis die weitgehendsten Erörterungen und Schlüsse. Als der Krieg dann hauptsächlich infolge der schwächlichen Haltung der chinesischen Regierung mit der Niederlage Chinas endete, regte sich die Frage, welche Folgen derselbe für Ostasien im allgemeinen und ganz besonders für China haben werde und müsse, und wieder wurden allerhand Erwartungen und Hoffnungen an den Friedensschluß geknüpft. Es folgten dann Jahre der Drangsalierung für China, in denen namentlich von russischer, französischer und englischer Seite immer neue, tief in die ökonomischen Verhältnisse des Landes eingreifende Forderungen für Eisenbahn- und Bergwerks-Konzessionen gestellt wurden, denen sich seit 1898 andere auf die Abtretung von Gebietsteilen, Kiautschau, Port Arthur und Talienwan, Weihaiwei und Kwangchau bezügliche anschlossen, während die Presse Europas und Amerikas mit immer steigender Rücksichtslosigkeit die bevorstehende, als unvermeidlich bezeichnete Aufteilung Chinas erörterte, bis endlich der durch diese Vorgänge unzweifelhaft gesteigerte Christen- und Fremdenhaß des Volkes in dem Boxeraufstand einen blutigen Ausdruck fand. Eine Strafexpedition der fremden Mächte folgte, die zu einer Besetzung Peking's, der Flucht des Hofes nach Signansu,

verschiedenen Zügen der fremden Truppen in das Innere der Provinz Chili und schließlich zu einer Verständigung im September 1901 führte, die China mit einer starken Vermehrung seiner Staatsschuld und fremden Besatzungen in Peking, Tientsin, Taku, einigen anderen Plätzen in Chili und Shanghai ließ. Seitdem versucht China, teilweise erfolgreich, die ihm auferlegte Last zu erleichtern, während die fremden Mächte den Kampf um Konzessionen aller Art untereinander wieder aufgenommen haben und die geringe Übereinstimmung, die in vielen Fragen bei ihnen zu herrschen scheint, die Chinesen zum Widerstand auch gegen berechnete Forderungen ermuntert.

Jeder Versuch, das Problem der Zukunft Ostasiens zu lösen, der nicht auf einer Kenntnis der nationalen und individuellen Eigentümlichkeiten der hauptsächlich in Betracht kommenden Völker, ihrer früheren und jetzigen Beziehungen untereinander und zum Auslande, wie ihrer Bedürfnisse, Bestrebungen und Hoffnungen beruht, muß von vornherein als ein vergeblicher bezeichnet werden. Selbst mit einer solchen Kenntnis bleibt es ein gewagtes Unternehmen, die Bahnen vorauszuweisen zu wollen, welche die durch äußere und innere Erschütterungen freigewordenen Kräfte einschlagen werden. Immerhin aber dürfte es sich lohnen, die Grundlagen kennen zu lernen, auf denen das Neue sich aufbauen muß, und an der Hand der Vergangenheit zu untersuchen, was die Zukunft bringen kann.

Von vornherein haben sich die Sympathien vieler den Japanern zugewendet, die dem unbeweglichen Chinesen gegenüber den Fortschritt vorzustellen scheinen. Daß die Entwicklung Japans seit einigen zwanzig Jahren im wesentlichen auf der Grundlage der äußeren Erfolge europäischer Kultur stattgefunden, hat nicht wenig dazu beigetragen, diese Sympathien zu bestärken und zu vermehren und an den Sieg des fortschrittlichen Japans über das konservative China knüpften damals viele die Erwartung einer ähnlichen schnellen und vollständigen Wandlung Chinas, wie dieselbe sich in Japan vollzogen hat. Die inneren Zustände beider Länder sind indessen so verschieden,

daß eine derartige Erwartung wohl von vornherein als aussichtslos bezeichnet werden kann.

Japan verdankte seine frühere Zivilisation chinesischen und indischen Einflüssen, die ihm in der Form des Confucianismus und des Buddhismus über Korea zuzogen. In politischer Beziehung vollzog sich die sonst so häufige Teilung der Herrschaft zwischen Priestern und Kriegerern in Japan in der Weise, daß freilich erst nach mehr als einem Jahrtausend, dem Schwertadel die tatsächliche Macht, dem Hofadel leere Ehren und Titel zufielen und sich auf der ursprünglich theokratischen Grundlage, denn der Mikado herrschte als der direkte Abkömmling der Götter, allmählich ein ausgebildeter Feudalstaat entwickelte. Der endliche Sieg der Tokugawa-Familie über ihre Nebenbuhler in dem Kampfe um die Herrschaft und die verhältnismäßige Leichtigkeit, mit der Japan sich im Jahre 1624 der Fremden entledigte, die seit 1545 ihren Einfluß in religiöser und politischer Beziehung geltend zu machen suchten, hatten das stets sehr lebhafteste Selbstgefühl der Japaner auf das höchste gesteigert, während der dann eingetretene bis gegen die Mitte des 19. Jahrhunderts fast vollständige Abschluß gegen die Außenwelt ihnen die Möglichkeit einer Beurteilung der Veränderungen in den Zuständen derselben genommen hatte.

Als Commodore Perry mit seinem Geschwader im Juli 1853 in der Bai von Jedo vor Anker ging, glimmte unter der Asche schon das Feuer, das bestimmt war, das Werk des großen Iyegasa, des Gründers der Tokugawa-Dynastie zu vernichten. Das von ihm eingeführte Schaukelsystem, in dem jede Kraft durch eine andere aufgehoben wurde, war veraltet und im Begriff, an seinen eigenen Schäden und Schwächen, mehr aber noch an dem Mangel an tüchtigen Männern an der Spitze der Regierung zu Grunde zu gehen. Überall im Lande regten sich die Feinde des Schiogunats und selbst unter den Verwandten des regierenden Hauses fanden sich Anhänger und Verfechter der Lehre, daß der Schiogun ein Usurpator und der Mikado allein der legitime Träger der Regierungsgewalt sei.

Unter diesen Umständen blieb dem Shiogunat kaum etwas anderes übrig, als die Forderungen Perry's, von dem mit Recht oder Unrecht angenommen wurde, daß er entschlossen sei, dieselben erforderlichenfalls mit Gewalt durchzusetzen, zu be- willigen und das Land einem freilich sehr beschränkten fremden Verkehr zu öffnen. Den Fürsten, die sich in der Mehrzahl sehr entschieden gegen ein solches Zugeständnis ausgesprochen hatten, wie der öffentlichen Meinung gegenüber, versuchte die geängstigte Regierung ihren Entschluß damit zu entschuldigen, daß das Land auf einen Krieg nicht vorbereitet sei, und derselbe später mit viel größerer Aussicht auf Erfolg unternommen werden könne. „Heute“, sagte sie, „müßten wir einen Verteidigungskrieg führen, in dem die Kraft und Lust unserer Soldaten sehr bald erlahmen würden, da wir nichts hätten, um sie zu belohnen. In Japan gibt es kein herrenloses Land mehr, mit dem wir tapfere Krieger belehnen könnten, wir würden ihnen Geld zahlen müssen und damit Elend und Armut über das Land bringen. Heute sind uns die Fremden in mechanischen Künsten und in der Kriegswissenschaft überlegen, darum tun wir besser, ihre Künste und ihre Taktik ihnen abzusehen und dann, wenn das ganze Reich wie eine Familie geeint ist, den Krieg ins Ausland zu tragen und dort denjenigen, die sich auszeichnen, Land anzuweisen.“

Die Heißsporne der japanischen nationalen Partei waren aber für solche Erwägungen wenig zugänglich. Sofort nach dem Abschluß des ersten amerikanischen Vertrages im März 1854 begann die Opposition gegen das Shiogunat den von demselben genehmigten Verkehr mit dem Auslande zum Gegenstande von Angriffen zu machen, die ebenso sehr gegen die Fremden, wie gegen die Regierung selbst, gerichtet waren, während der von seiner Umgebung und den Fürsten aufgehetzte Mikado von dem Shiogun die Aufhebung der Verträge und die Vertreibung der Fremden forderte. Im Jahre 1863 erreichte die Krisis, der schon das Leben einer Anzahl japanischer Staatsmänner und Fremder zum Opfer gefallen war, ihren Höhepunkt mit dem

am 24. Juni den fremden Vertretern mitgeteilten Befehl des Mikados an den Shiogun: „die geöffneten Häfen zu schließen und die Fremden auszutreiben, da das japanische Volk keinen Verkehr mit den fremden Nationen wolle.“ Gleichzeitig eröffnete der Fürst von Choshu die Feindseligkeiten gegen die Fremden, indem er den fremden Schiffen den Durchgang durch die Straße von Simonoseki zu verwehren suchte.

Die Gründe des Hasses gegen die Fremden waren mannigfacher Art. Für manche war derselbe nur der Vorwand, um gegen das Shiogunat zu agitieren, dessen Ansehen und Macht zu Gunsten des Mikados und der Fürsten gebrochen werden sollten, für andere, und zwar nicht für die Minderheit, war er der Ausfluß eines stark mit Eitelkeit, Überhebung und Unwissenheit versehten Rassenhasses. Aber auch andere Erwägungen spielten eine Rolle. Die Ausfuhr von Tee und Seide und manchen anderen Artikeln erhöhte den Preis derselben für den inländischen Konsumenten, während das Herabgehen des Wertes des Geldes die Kaufkraft desselben verminderte; die von dem niedrigen Adel, den Samurai, deren Einnahmen dieselben blieben, oder sich eher verminderten als stiegen, gegen die habgierigen Fremden und einheimischen Händler gerichteten Anschuldigungen, den Ruin des Landes herbeizuführen, entbehrten daher nicht jeder scheinbaren Grundlage. Zugleich waren die Fürsten darüber entrüstet, daß der Shiogun sich das Monopol des Handels mit den Fremden zu sichern suchte, indem sie wohl nicht mit Unrecht befürchteten, daß derselbe den ihm daraus erwachsenden materiellen und politischen Gewinn zur Befestigung seiner Stellung ihnen und dem Mikado gegenüber benutzen werde.

Nur dem energischen Vorgehen der Regierungen und Vertreter der Vertragsmächte war es zu danken, daß die den Fremden drohende Gefahr vorüberging. Die Beschießung von Kagosima, der Hauptstadt des Fürsten von Satsuma, im August 1863 und die gewaltsame Eröffnung der Straße von Simonoseki im September 1864 hatten den Erfolg, die Leiter der Politik an den Fürstenhöfen zu überzeugen, daß der gegen

die Fremden eingeschlagene Weg der falsche sei. Gleichzeitig mißlang ein Versuch der Parteigänger des Fürsten von Choshiu, sich der Person des Mikados zu bemächtigen; dieselben wurden aus Kioto vertrieben, ihre Anhänger am Hofe mußten flüchten, und gegen den Fürsten wurde die Reichsacht ausgesprochen, mit deren Ausführung der Shiogun beauftragt wurde.

An dem Kampfe gegen die Choshiuleute hatten sich auch die Truppen des Prinzen von Sakuma und anderer Fürsten beteiligt, in deren Absicht es aber durchaus nicht lag, dem Shiogun zu gestatten, durch die Vernichtung eines der mächtigsten unter ihnen sein früheres Übergewicht über sie wiederherzustellen. Es kam daher zu einer Verständigung zwischen den großen Fürsten des Südens und Westens des Landes, deren Spitze gegen den Shiogun gerichtet war, durch die aber jedes Unternehmen gegen die Fremden als für den Augenblick aussichtslos vertagt wurde.

Das Jahr 1866 brachte die Ratifikation der Verträge durch den Mikado als das Ergebnis einer Demonstration der fremden Vertreter und Geschwader vor Osaka, das Jahr 1868 den Sturz des Shioguns, der sich aus Kioto hatte herausmanövrieren lassen und bei dem Versuch, sich der Person des Mikados wieder zu bemächtigen, geschlagen wurde.

Das erste Ergebnis dieses Erfolges der verbündeten Fürsten und des Mikados schien eine Erneuerung der Feindseligkeiten gegen die Fremden sein zu sollen; drei Angriffe auf dieselben, in Kobe, Sakai und Kioto, folgten kurz aufeinander, und es war auch diesmal wohl nur der entschlossenen Haltung der fremden Vertreter zu verdanken, daß der Mikado öffentlich die Verträge anerkannte, freilich mit dem Zusatz, daß die von der Regierung des Shiogun abgeschlossenen Fehler enthielten, die nach freier und offener Erörterung des Für und Wider beseitigt werden sollten. Der Verkehr mit den Fremden solle auf der Grundlage des Völkerrechts stattfinden. Immerhin ein erheblicher Fortschritt gegen die von dem Mikado noch im Februar 1864 an den Shiogun gehaltene Ansprache, in der es hieß, daß die

Unterdrückung der häßlichen Barbaren das Hauptziel seiner Politik sei und eine Armee aufgestellt werden müsse, um ihnen Schrecken einzujagen und sie zu züchtigen.

Ein großer Teil der Anhänger des Mikados war wenig zufrieden mit dieser Haltung der Regierung, wie mit den weiteren Schritten derselben, welche die Mediatifizierung der Fürsten, die Aufhebung der Vorrechte des Adels und die Ablösung der bisherigen Bezüge der Mitglieder dieser Kaste zur Folge hatten.

Mehr als eine Mordtat, mehr als ein Aufstand waren die Folgen dieser Mißstimmung, als deren Ursache die Enttäuschung darüber angeführt wurde, daß der Mikado es unterlassen habe, die neue kaiserliche Regierung nach dem Vorbilde der alten vorshogunatlichen zu gestalten und freischen Ruhm der militärischen Macht Japans in den Augen des Auslandes hinzuzufügen.

Trotz der vielfachen, recht bedeutenden Schwierigkeiten der inneren Lage war es den Ratgebern des Mikado gelungen, Herr derselben zu bleiben, aber die immer wachsende Macht der radikalen Partei, die offen für die Revision, andernfalls für die Kündigung der Verträge eintrat, in Wirklichkeit aber nicht nur diese Forderung der fremdenfeindlichen Richtung, sondern vor allen Dingen auch die der Beruhigung und Entschädigung der früheren Samurai zu der ihrigen gemacht hatte, hat die Regierung zuerst zu dem provozierenden Vorgehen gegen Korea, dann zu der Expedition nach Formosa und schließlich zum Kriege gegen China getrieben, in der Hoffnung, in diesen Unternehmungen nicht nur Beschäftigung und Verdienst für die Mißbergünstigten, sondern auch die Gelegenheit zu finden, sich den europäischen Mächten als ebenbürtig zu zeigen und dadurch die Lösung der internationalen Schwierigkeiten zu erleichtern, in die das Drängen der Radikalen nach einer Abänderung der Verträge sie zu verwickeln drohte. Später war es das Bedürfnis für die inneren Schwierigkeiten eine Ablenkung nach außen zu finden, das 1894 die Veranlassung zu dem Kriege mit China wurde, der als die Ursache der ganzen späteren

Mißentwicklung der ostasiatischen Verhältnisse angesehen werden muß. Jedenfalls brachte erst das Jahr 1894 die Aufhebung des ersten, englischen, auf der Grundlage der Exterritorialität der eigenen Untertanen beruhenden Vertrags, der dann im Laufe der nächsten Jahre die der mit den anderen Mächten abgeschlossenen folgte.

Die Entwicklung der Beziehungen Chinas zur Außenwelt ist eine viel weniger komplizierte als die Japans. Abgesehen von dem alten Land- und Seeverkehr mit Arabern, Indern und Zentralasiaten und einzelnen europäischen Kaufleuten und Missionaren, die über Land das ferne Kathay erreichten, gelangte das erste portugiesische Schiff im Jahre 1516 nach China, die Spanier folgten von Manilla aus ungefähr vierzig Jahre später, die Holländer im Jahre 1622 und die Engländer im Jahre 1637. Es war dies zu einer Zeit, in der Seeraub und Handel Hand in Hand gingen, und es kann den Chinesen wohl umsoweniger verdacht werden, daß sie sich eine sehr geringe Meinung von den rothaarigen Barbaren bildeten, als dieselben sich untereinander ohne Scheu zu verleumden, zu verklagen und zu bekriegen pflegten. Diesem Umstande muß auch zugeschrieben werden, daß die russischen Gesandten, die mehr politische als Handelsinteressen vertraten, von dem Hofe zu Peking im allgemeinen mit größerer Rücksicht behandelt wurden als die der anderen Mächte.

Das Monopol der englisch-ostindischen Gesellschaft, das erst im Jahre 1834 ablief und die von der Art, wie der Handel dieser Gesellschaft und der der anderen Fremden in Canton betrieben wurde, unzertrennlichen Unordnungen und Durchstechereien, sowie die Schwäche der Gesellschaft und später der britischen Regierung der Überhebung der chinesischen Behörden gegenüber, konnte das Ansehen der Europäer in den Augen der Chinesen nicht heben. Selbst die Kriege von 1842, 1858 und 1860 gegen England, resp. daselbe und Frankreich, die Feindseligkeiten mit dem letzteren 1883—85 und der Krieg mit Japan 1894—95 änderten hieran nicht viel, da die

Regierungen, welche den Frieden diktierten, es nicht verstanden, die Konsequenzen ihrer Siege zu ziehen und durch einen mäßigen, aber stetigen Druck auf die Chinesen, dieselben zur dauernden Anerkennung der Tatsache ihrer Niederlagen und dadurch zu dem Gefühl der Nothwendigkeit von Reformen zu bringen. Im Gegentheil ging das Bestreben der fremden, besonders der englischen Staatsmänner, mit Ausnahme Lord Palmerstons, stets dahin, durch Nachgiebigkeit gegen die Chinesen gewissermaßen Vergebung für die Lehre zu erlangen, die sie sich sehr gegen ihren Willen gezwungen gesehen hatten, ihnen zu geben. Man wird daher nicht irren, wenn man annimmt, daß trotz der mannigfachen Fortschritte, die auch China in den letzten fünfzig Jahren durch den regeren Verkehr mit der Außenwelt zu machen gezwungen gewesen ist, und den vielfachen erlittenen Niederlagen der Grundzug des Wesens der leitenden Staatsmänner, mit einigen wenigen Ausnahmen vielleicht, wie der großen Menge der der Überhebung und Verachtung den Fremden gegenüber geblieben ist.

Das dritte ostasiatische Reich, Korea, ist erst seit dem Jahre 1882 dem Verkehr mit den Vereinigten Staaten und Europa erschlossen; seine Beziehungen zu China und Japan stammen aus alten, um nicht zu sagen den ältesten Zeiten und verdienen, da in ihnen die Ursache oder wenigstens der Vorwand für den Krieg zwischen diesen beiden Mächten zu suchen ist, ein näheres Eingehen. Japan hat stets versucht, sich in die inneren Angelegenheiten Koreas zu mischen; schon die erste fabelhafte Expedition der mythischen Mikadefß Djingo Kogu nach dort im Jahre 202 n. Chr. trug in den japanischen Chroniken einen solchen Charakter, und die Kämpfe mit den kleinen sich fortwährend untereinander beherrschenden Staaten Shinra, Hiaksai und Kaoli entsprangen demselben Bestreben; sie haben trotzdem nie zu einer dauernden Festsetzung der Japaner in Korea geführt, vielleicht mit Ausnahme von an einem oder dem andern Punkt im Süden. Auch chinesische Heere erschienen oft auf koreanischem Boden, so namentlich unter der Han-, Tang- und

Sung-Dynastie, im allgemeinen aber erkannten die Koreaner die Überlegenheit und Oberhoheit Chinas willig an, wenn sich auch die in den inneren Kämpfen des Landes besiegten Parteien nicht selten mit der Bitte um Unterstützung nach Japan wendeten. Die mongolische Invasion, welche ganz Asien und einen Teil Europas zu Anfang des 13. Jahrhunderts überschwemmte, erstreckte sich auch auf Korea, das unterworfen und von Kublai Khan als Basis für seine beiden vergeblichen Versuche, in den Jahren 1275 und 1281, Japan zu erobern, benutzt wurde, eine Tatsache, die, trotzdem die Koreaner nur gezwungene Heerfolge leisteten, den Haß der Japaner gegen sie erheblich steigerte. Der erfolgreiche Aufstand der Chinesen gegen die Mongolen in der Mitte des 14. Jahrhunderts befreite auch Korea von der fremden Herrschaft, und es ist wohl diesem Ereignis zuzuschreiben, daß die Beziehungen zwischen Korea und China unter der Ming-Dynastie sich zu so freundlichen gestalteten. Nicht wenig mag auch dazu beigetragen haben, daß während der nächsten Jahrhunderte die durch die fortdauernden inneren Kämpfe hervorgerufenen geschlossenen Zustände in Japan auch den Nachbarstaaten gegenüber in zahllosen Raubzügen einzelner Seeräuber oder ganzer Geschwader ihren Ausdruck fanden.

Mit dem Siege des in seinen alten Jahren und in der Geschichte als Taico samma bekannten Premier-Ministers (Quanbaku) Toiotomi Hideyoshi über seine Gegner und Nebenbuhler im Jahre 1590, erwachte in demselben die Lust zur Ausführung eines Jugendtraumes, der Eroberung von China. Korea sollte ihm dazu freien Durchmarsch und seine Unterstützung gewähren, und als es sich weigerte, dies zu tun, landete im Mai 1592 eine mächtige japanische Armee bei Fusan und eroberte im Fluge das ganze Land bis Pinyang.

Über die von Taico mit der Invasion Koreas verbundenen Absichten gehen die Ansichten der fremden und japanischen Berichtersteller weit auseinander. Daß Eitelkeit und Ruhmsucht an dem Entschluß Taicos einen großen, wenn nicht den

hauptsächlichsten Anteil hatten, kann kaum einem Zweifel unterliegen; daneben mag der Wunsch maßgebend gewesen sein, sich der unruhigen Soldateska und der Führer derselben durch eine auswärtige Expedition zu entledigen und durch die Entfernung der dem Christentum zugetanen Soldaten und Generäle, fünf oder sechs der hauptsächlichsten unter den letzteren waren Christen und fast die Hälfte der Armee bestand aus solchen, freie Hand zu schärferem Vorgehen gegen das Christentum in Japan selbst zu erlangen. Für diese letztere Annahme spricht, daß bald nach dem Aufbruch der Expedition strengere Maßregeln gegen die Missionare und eingeborenen Konvertiten ergriffen wurden.

Von den Koreanern zu Hilfe gerufen, rückten die Chinesen langsam und anfänglich in durchaus ungenügender Zahl über den Yalu in Korea ein. Auf die Wechselfälle des Kriegs, bei denen die Koreaner meistens zur See, die Japaner zu Lande siegten, sowie auf die in dieselben hineinspielenden diplomatischen Verhandlungen näher einzugehen, liegt keine Veranlassung vor; nach einzelnen glänzenden Erfolgen und manchen vielfach auf die Feindschaft und die Eifersucht zwischen den einzelnen höheren Führern zurückzuführenden Mißerfolgen räumten die Japaner im Jahre 1598 Korea ohne einen andern Gewinn, als den fortgeschleppten Raub und die Ohren und Nasen von 185738 erschlagenen Koreanern und 29014 Chinesen, die das Material für den bei Kioto errichteten „Ohrenhügel“ „Mimizuka“ abgaben, der dort noch in den Gründen des Tempels der 33333 Bilder der „Göttin des Mitleids“ zu sehen ist. „So, d. h. mit dem Rückzuge der Japaner, endete, wie einer der wärmsten Bewunderer Japans, der Amerikaner W. G. Griffis, sagt, einer der unnötigsten, jeder Veranlassung entbehrenden, grausamsten und verheerendsten Kriege, von denen Korea jemals heimgesucht wurde, und von dem sich zu erholen es über zwei Jahrhunderte gebraucht hat.“

Der Erinnerung an diesen Krieg und die während desselben durch die Japaner verübten Grausamkeiten, wie die Zerstörung des größten Teils von Söul und die Austreibung und

Niedermehelung fast der ganzen Bevölkerung dieser Stadt im Jahre 1593 und die vollständige Verwüstung des auf ihrem Rückzuge an die Meeresküste im Jahre 1597 durchzogenen Gebietes, wobei selbst die Tempel und Schulen und die ehrwürdigen Denkmäler der alten Hauptstadt von Korea nicht verschont wurden, sind der Grund des grimmigen Hasses, der noch jetzt jeden Koreaner, einige politische Intriganten ausgenommen, gegen Japan und die Japaner beseelt, und in dem auch die Ursache der verschiedenen Ausbrüche des Volkes gegen die Japaner seit dem Abschluß ihres ersten Handelsvertrages mit Korea im Jahre 1876 und des Widerstandes der Koreaner zu suchen ist. —

Aus der vorstehenden Skizze der Beziehungen zwischen Korea und Japan ergeben sich auch in großen Zügen die zwischen der letzteren Macht und China. Während Alt-Japan mit fast abergläubischer Verehrung zu China aufschaute und das ganze japanische Staatswesen, ebenso wie die Religion und die Morallehre nach chinesischem Vorbilde eingerichtet waren und sogar wenigstens einige Schiogune die Investitur vom Kaiser von China erbat und erhielten, wuchs mit der steigenden Macht des Schwertadels das Selbstgefühl der Japaner, und die Abweisung der mongolischen Invasion wie die Kämpfe gegen die Armeen der Ming-Dynastie in Korea trugen das ihrige dazu bei, diesem Selbstgefühl auf dem politischen Felde einen immer stärkeren Ausdruck zu geben. Auf dem literarisch-moralisch-religiösen Gebiet blieb allerdings der chinesische Einfluß maßgebend, schon aus dem Grunde, weil Tjengas im Buddhismus und Confucianismus eine Stütze gegen den nationalen Schintoismus und das Haupt desselben, den Mikado, suchte und fand. Es ist daher erklärlich, daß die nationale Reaktion, die, freilich nur auf literarischem und religiösem Gebiet, bereits gegen Ende des 17. Jahrhunderts einsetzte, als sie im Jahre 1868 auch politisch den Sieg errungen hatte, mit allem aufräumte, was an die Verehrung für das Chinesische und damit an die Herrschaft der Tokugawa erinnern konnte. Daß ihr

dies wenigstens äußerlich gelang, kann nicht zweifelhaft sein, und sie erntete dafür von Koreanern und Chinesen gleiche Verachtung, die sich bei den ersteren in schärferer Weise aussprach, bis auch darin die Notwendigkeit, selbst das Land der Morgenruhe dem Verkehr mit den Fremden zu öffnen, eine gewisse Änderung hervorbrachte.

Die Stellung, welche Chinesen, Koreaner und Japaner dem ihnen in erster Linie aufgenötigten fremden Verkehr und der fremden Zivilisation gegenüber einnahmen, läßt sich daher dahin charakterisieren, daß während die ersteren beiden dem einen mehr passiven Widerstand entgegensetzten und von der anderen nur das annahmen, was sie, um sich verteidigungsfähiger zu machen, nicht länger entbehren zu können glaubten, der Japaner wenigstens in den bis jetzt allein in politischer Beziehung maßgebenden Kreisen möglichst schnell und vollständig alles abstreifte, was an seinen asiatischen Ursprung erinnern konnte. Nicht aus ethischen Beweggründen, sondern aus solchen praktischer Politik, nahm er von der fremden Zivilisation alles das an, oder erklärte sich bereit es anzunehmen, was ihm die Gleichstellung mit dem Kaukasier sichern konnte, gegen den er im Grunde genommen einen noch viel größeren Haß, um nicht zu sagen Geringschätzung und Verachtung hegt, als sein chinesischer und koreanischer Vetter und Nachbar. Hatte er doch nach seiner eigenen Meinung und nach der mancher oberflächlichen Beurteiler dem Kaukasier, wenn auch nicht in drei Jahren, wie er einst hoffte, so doch in dreißig alles abgelernt, was in seinen Augen dessen Überlegenheit ausmachte, und es fehlte nicht viel daran, daß er glaubte, als das Ergebnis eigener geistiger Tätigkeit beanspruchen zu können, was das Resultat der Arbeit anderer gewesen ist. —

Der Verfasser eines 1894 in Scribners Magazine erschienenen Artikels, Mr. George Trumbull Ladd, dem niemand eine Parteinahme gegen die Japaner zuschreiben könnte, charakterisierte die geistigen Eigenschaften der Japaner und die Veränderung, die sich in Japan vollzogen hat, wie folgt:

„Die Welt ist erstaunt gewesen über die Schnelligkeit der Veränderungen, die während der letzten vierzig Jahre in Japan vor sich gegangen sind und genügender Grund für diese Auffassung seitens der Fremden ist unzweifelhaft vorhanden. Trotzdem ist es leicht, wie der Rückschlag der letzten vier oder fünf Jahre bewiesen hat und wie sorgfältige Beobachtung auch der geringsten Einzelheiten der Unterströmungen des geistigen Lebens zeigt, den Umfang dieser Veränderungen zu überschätzen und sich über den Charakter derselben zu täuschen. Connecticut-Wanduhren, Petroleum und Lampen sind überall eingedrungen; ein ausgezeichnete Telegraphen-, Post- und Küstenbeleuchtungsdienst ist eingerichtet worden; Eisenbahnen und elektrisches Licht sind über das ganze Land verbreitet; die Anfänge volkserzieherischer Maßregeln sind gemacht worden und einzelne wichtige soziale Veränderungen beginnen im nationalen Leben Wurzel zu fassen. Aber die Wahrheit ist, daß die großen maßgebenden Strömungen dieses nationalen Lebens tatsächlich unverändert geblieben sind. Die Grundempfindungen, die Gemütsbewegungen, die die Massen beherrschen, die Art, wie die Nation, der Herrscher und das menschliche Leben angesehen werden, sind im wesentlichen dieselben geblieben, denen ‚Alt-Japan‘ während Hunderten von Jahren unterworfen war. Was diese Fragen angeht, so ist der Unterschied zwischen alt und neu rein oberflächlich. Nicht allein ähnliche, sondern dieselben ethischen Überzeugungen und Antriebe — in sozialer, politischer, moralischer und religiöser Beziehung — finden sich als die hauptsächlichsten Faktoren in allen verständigen Erklärungen von dem was ‚Neu-Japan‘ zu denken und zu tun scheint.

„Ich möchte nochmals sagen, daß ich nicht dahin verstanden sein will, als ob ich die großen Veränderungen geringschätzte oder unterschätzte, die in der letzten Generation der Japaner stattgefunden haben. Nirgendwo anders ist ein Volk der Erfüllung der Prophezeiung, daß eine Nation in

einem Tage geboren werden sollte, so nahe gekommen. Aber vom psychologischen Gesichtspunkt aus sind diese Veränderungen bis jetzt mehr oberflächlich als tief. Sie fallen dem Reisenden ins Auge und überraschen ihn; sie erklären dem wenig oder nichts, der das nationale geistige Leben zu verstehen sucht.

„Stellen wir uns aber im Gegenteil auf den historischen Gesichtspunkt und verstehen wir das geistige Leben der Rasse, wie es von demselben aus erscheint, so wird vieles klar, was sonst unverständlich und widersprechend bleibt. Über dem noch glühenden und tätigen Feuer überlieferter Empfindungen, ethischer Gefühlsbewegungen und ererbter Gebräuche hat sich eine dünne Decke westlicher Zivilisation gelegt, zum großen Teil angenommen und angepaßt unter widerwärtigen und erzwungenen Bedingungen. Die Decke ist die äußere Erscheinung; das ausgelöschte, aber verborgene innere Feuer ist die maßgebende Wirklichkeit. Soweit die westliche Zivilisation unzweifelhaft materielle Vorteile gewährt, Kriegswissenschaft, angewandte Naturkunde und bis zu einem gewissen Punkte Gesundheitskunde, wird sie mit anerkenntniswerter Geschicklichkeit und überraschender Schnelligkeit angenommen und assimiliert. Wenige Jahre genügen sogar, um im Geist vieler Japaner die Ansicht zu erwecken, daß diese Anpassungsfähigkeit sie berechtige, die Ergebnisse westlicher Zivilisation als ganz besonders ihr eigen zu betrachten. Ein Anspruch, die Urheber der Verbesserungen zu sein, folgt bald der Annahme derselben. In allem aber, was die großen sozialen, politischen, ethischen und religiösen Grundsätze anbetrifft, die das Sein der modernen Zivilisation ausmachen, und selbst so weit die wissenschaftliche Anschauung der Natur, die zu den Triumphen der angewandten Wissenschaft geführt hat, von Wichtigkeit ist, ist alles dem japanischen Sinn noch fast ganz fremd. Ja noch mehr: es ist fremd in der dem Japaner eigentümlichen Bedeutung, es erscheint oft nicht allein unverständlich, sondern widerlich und selbst verächtlich.

„Einig fast bis zum letzten Mann in einzelnen wenigen maßgebenden sozialen und politischen Gefühlen, sind die Japaner doch unfähig, für länger als einige Monate eine konsequente politische Richtung zu erfassen und durchzuführen oder ihre politischen Parteien vor endlosen Zersplitterungen und Zänkereien über Nebensächlichkeiten zu bewahren, über die sie sich auf der Grundlage maßgebender Gedanken und Prinzipien verständigen sollten. Offenkundig und traditionell höflich bis an die Grenze der Unterwürfigkeit scheinen sie der weitgehendsten Unverschämtheit fähig; sie werfen ihr Leben fort für Kleinigkeiten in dem Wunsch, einen aufopfernden Mut zu betätigen, und sie machen sich — nach angelsächsischen Begriffen — oft der schändlichsten Feigheit und Gemeinheit schuldig; mit der feinsten ästhetischen Empfindsamkeit für gewisse Sachen ausgestattet, mangelt ihnen für andere jede Art von Maß und Anstand. Aus den edelsten Gefühlen und Antrieben entspringen bei ihnen manche der scheußlichsten Verbrechen. Aber alle diese Widersprüche werden verständlich, wenn wir uns entschließen, die Frage vom Standpunkt der ethnischen Psychologie aus zu betrachten.“

Mr. Ladd bezeichnet das japanische Volkstemperament als das sentimentale, gefühlvolle, und er hat damit, soweit es sich um eine allgemeine Klassifizierung handelt, unzweifelhaft recht. Zahlreiche, durch Alter, Geschlecht und Stand verursachte Ausnahmen sind selbstverständlich vorhanden, aber der Japaner ist unbedingt Gefühls- nicht Verstandesmensch. Ein Fall aus meiner eigenen Erfahrung mag dies erläutern. Im Jahre 1874 wurde der deutsche Konsul in Hakodade von einem Japaner ermordet. Der Täter, der aus der Umgegend von Niigata stammte, war ein junger Mann, der in seiner Heimat ein selbst für einen Japaner sehr leichtsinniges Leben geführt hatte. Schließlich stahl er die Kleider seiner Mutter, versetzte dieselben und ging mit dem Erlös auf einer japanischen Dschunke, deren Kapitän er in Hakodade zu bezahlen versprach, nach dort.

In Sakodabe begab er sich in ein lieberliches Haus, verjubelte den letzten Pfennig mit den Dirnen in demselben, ohne den Kapitän zu bezahlen, ging auf die Straße, frug ein altes Weib, ob ein Vorübergehender ein Fremder sei, lief auf die bejahende Antwort demselben nach und ermordete den wehrlosen, schwächlichen Mann von hinten. Es dürfte schwer sein, eine weniger achtungswerte und unsympathischere Person zu finden als diesen Mörder. Er wurde hingerichtet und sein Körper auf ihre Bitten der Mutter übergeben, die ihn an ihrem Wohnort bestattete. Nach einiger Zeit erfuhr ich, daß das Grab dieses Mannes ein Wallfahrtsort für Tausende geworden sei und täglich von Männern und Frauen mit Blumen geschmückt werde. Auf meine dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten ausgesprochene Forderung, daß diesem Unfug ein Ende gemacht werde, erwiderte mir derselbe: „Was wollen Sie, Sie haben den früheren Justizminister Eto gekannt und wissen, daß derselbe wegen Empörung gegen den Mikado als Hochverräter in schimpflicher Weise (mit Ausstellung des Kopfes) hingerichtet worden ist; trotzdem kann die Regierung nicht verhindern, daß dessen Grabstätte gerade so geschmückt und verehrt werde, wie die des Mörders Ihres Konsuls. Die Leute, die solches tun, sind keine Gegner der Regierung und keine Freunde oder Parteigänger des Toten; sie treiben einfach Heroenkultus und in Japan wird jeder als ein Held angesehen, der etwas getan hat, was außergewöhnlich ist.“

Eine andere Eigenschaft des Japaners ist seine Unzuverlässigkeit, um nicht zu sagen Verlogenheit. Welchen Ursachen dieselbe zuzuschreiben sei, ist schwer zu bestimmen. Mr. Ladd sucht dieselben in der absoluten Hingabe an den Herrn, die Eltern und den Lehrer, die in der Tat ebenfalls für den Japaner durchaus charakteristisch sind, mit der Einschränkung freilich, daß es sich bei der Treue gegen den Herrn meistens nur um die des Samurai gegen seinen Fürsten handelt. Die des letzteren gegen ShioGUN und Mikado, wie gegen seine Standesgenossen, hatte in dem Intriguenspiel der japanischen Politik,

bei der jeder nur für seine eigenen Interessen sorgte, längst Schiffbruch gelitten; keine der wichtigeren Krisen in der inneren Geschichte des Landes ist entschieden worden, ohne daß Verrat in der Politik oder auf dem Schlachtfelde ausschlaggebend mitgewirkt hätten.

Wie die heidnische klassische Bildung und das Christentum für den Charakter des Mittel- und West-Europäers maßgebend gewesen sind, wie in Osteuropa die Nachwirkungen mongolischer und türkischer Herrschaft heute noch überall im Charakter der Bevölkerungen sich fühlbar machen, so haben die chinesische Philosophie und der Buddhismus dem japanischen Volkscharakter ihren auch heute noch trotz aller äußeren Verkleidung unverkennbaren Stempel aufgedrückt. Was groß und edel im Charakter der Japaner ist, beruht auf der Grundlage der chinesischen Ethik, der auch die Vorschrift zur Treue gegen Herrn, Eltern und Lehrer entnommen ist, wo wir auf ihm sonst fremde Milde und Nachsicht stoßen, lassen sich dieselben auf die Lehren des Buddhismus zurückführen. Auch das formelle Ceremonial ist ursprünglich auf chinesischem Boden gewachsen, hat aber, wohl durch die Notwendigkeit, unter der äußeren Form die inneren Gefühle zu verbergen, seine weitere Ausbildung erhalten und ist schließlich so in das Fleisch und Blut des Volkes übergegangen, daß selbst der europäisierte Japaner im Frack oder in der Uniform sich von den äußeren Manifestationen desselben, den Fischlauten und der Kniebeugung mit den über die Kniee zur Erde fahrenden Händen noch nicht ganz hat frei machen können.

Für die Eigentümlichkeiten des chinesischen Volkes ist einer der besten, wenn nicht der beste Beurteiler der Verfasser von „Chinese Characteristics“, Mr. Arthur H. Smith, dessen leider viel zu wenig bekanntem Werke auch die nachstehenden Ansichten zum Teile entnommen sind.

„Die absolute Freiheit der chinesischen klassischen Werke, des Confucianismus, wenn man will, von allem, was das

Gemüt des Lesers verderben könnte, bildet den größtmöglichen Gegensatz gegen die Literatur der Indier, Griechen und Römer. Kein Volk der alten oder neuen Zeit sagt, Meadows, hat eine heilige Literatur besessen so vollständig frei wie die chinesische von unsittlichen Schilderungen und von jedem anstößigen Ausdruck. In den gesamten heiligen Büchern und in den Kommentaren zu denselben gibt es keinen Satz, der nicht in jedem Familienkreise in England laut vorgelesen werden könnte. Ebenso ist in allen nichtchristlichen Ländern der Götzendienst mit Menschenopfern, mit der Vergötterung des Lasters, begleitet von unsittlichen Riten und Orgien, verbunden gewesen; in China nicht.

„Seit Tausenden von Jahren gab es und gibt es noch öffentliche Prüfungen für den Staatsdienst, und aus denjenigen, welche dieselben bestehen, werden wenigstens zum großen Teil die höheren und höchsten Beamten des Staats gewählt.

„Der Kaiser ist dem Himmel direkt persönlich verantwortlich für die Art seiner Regierung; daß das Volk wichtiger sei als der Herrscher ist einer der fundamentalen Grundsätze der Regierung; daß nur die Tugendhaften und Fähigen ausgewählt werden sollen, um die anderen zu regieren, und daß die Regierung auf Tugend begründet sein müsse, ist ein anderer.“

Gegen alles dies läßt sich gewiß nichts einwenden und doch, welches ist das Bild, das China dem Beobachter bietet? Überall, und ganz besonders in allen amtlichen Kreisen, Lüge, Gewinnsucht, Bestechlichkeit und Verderbtheit. Nicht als ob es nicht auch in China ehrliche, treue und zuverlässige Beamte gäbe! Aber sie sind es nur für ihre Person; die Furcht vor ihnen wirkt nur, solange sie gegenwärtig sind, und ihr Beispiel, obgleich stets lobend erwähnt, hat noch niemand gebessert. Eine der schönsten Eigenschaften des Menschen, der Familien Sinn, ist in China mehr und intensiver entwickelt, als vielleicht in irgend einem Lande der Welt, aber die Früchte, die er gezeitigt hat, entsprechen nicht den Erwartungen, die man hätte hegen

können. Die enge Interessenverbindung, die zwischen allen Gliedern nicht nur einer Familie, sondern eines Geschlechtes besteht, hat die Individualität des einzelnen vernichtet und an ihre Stelle die Kollektivität gesetzt, in der der Hauptgrund der sittlichen Verkommenheit der Chinesen zu suchen ist. Wie soll in der That ein Chinese das Gefühl für Wahrheit und öffentliches Wohl bewahren, wenn er durch alle Gesetze der Pflicht, des Wohlstandes und der Sitte gehalten ist, die Interessen nicht nur der Familie, sondern jedes einzelnen Familienmitgliedes allen anderen Erwägungen voranzustellen?

Am Fleiß, Geduld, heiterem Sinne bei harter Arbeit und schmaler Kost ist der Chinese jedem anderen überlegen, als Kaufmann, als Beamter steht er, wo es sich um die Erfüllung bestimmter Verbindlichkeiten handelt, unübertroffen da; woher kommt es, daß das moralische Ergebnis so wenig den nicht nur scheinbar vorhandenen Vorbedingungen entspricht? Es ist stets der Stolz der chinesischen Beamten, der Literaten, d. h. der Gebildeten überhaupt, gewesen, unbeirrt um die Folgen auch dem Höchsten im Lande gegenüber die eigene Meinung zu vertreten und für dieselbe in den Tod zu gehen; zahlreiche Beispiele aus allen Jahrhunderten der chinesischen Geschichte und auch aus der neuesten Zeit bestätigen die Richtigkeit dieses Satzes, und doch kann man dem nicht unrecht geben, der behauptet, daß das, was dem Chinesen fehle, Charakter, d. h. Rückgrat und Gewissen seien, also die Fähigkeit, das Richtige zu erkennen, und der Mut, das als solches Erkannte zur Richtschnur seiner Handlungen zu machen.

Die Antwort auf alle diese Fragen ist eine schwierige, und sie wird dadurch nicht erleichtert, daß diejenigen, die sich am eingehendsten mit dem Gegenstande beschäftigt haben, Missionare sind, die selbstverständlich das Heil nur im Christentum erblicken können.

Wie beim Japaner wird man auch beim Chinesen die Ursachen für die vorhandenen Erscheinungen in der politischen und ethischen Entwicklung des Volkes suchen müssen. Die

confucianische Philosophie ist im wahrsten und ausschließlichen Sinne eine Lehre der Weltweisheit, einer lautereren Weltweisheit, wenn man will, denn sie macht nicht nur die Erkenntnis, sondern auch die Betätigung der Tugend zur Vorbedingung der Ausübung der Herrschaft über andere, aber sie stellt doch die Erreichung dieser Herrschaft als das anzustrebende Ziel hin und, wie dies im Leben so häufig geschieht, im Leben der Völker wie in dem des einzelnen, ist das, was von der Lehre des Confucius übrig geblieben ist, das Streben nach Herrschaft, in einem wohlgeordneten Staatswesen also das Streben nach einer amtlichen Stellung, die Ehren, Ansehen und Macht, und da auch in China Geld Macht ist, auch das letztere bringen soll. Ob ein Beamter aber tugendhaft, d. h. ob er ein guter Familienvater im chinesischen Sinne sei, denn nur das berechtigt zur Ausübung der Herrschaft in einem größeren Kreise, das festzustellen konnte selbstverständlich nur in kleinen Staatswesen, wie sie zur Zeit des Confucius und vor derselben bestanden, möglich sein; an Stelle des Beweises der Ausübung der Vorschriften der Ethik mußte daher bald der ihrer Kenntnis treten, und so hat sich allmählich in China das System der vielfach unbewußten Heuchelei entwickelt, in der die Phrase an die Stelle der That getreten ist. Amtliche Erlasse und private Äußerungen fließen noch heute von den schönsten Redensarten über, was nicht verhindert, daß die, die sie im Munde führen, Confucius und Mencius und die alten Kaiser gute Leute sein lassen und nur an ihren persönlichen Vorteil und den ihrer Familie denken. Wie es sich mit der Ethik verhält, verhält es sich auch mit dem Korrelat der Forderung, daß nur der Tugendhafte zur Herrschaft berufen sei, den kompetitiven Prüfungen. Dieselben sind in der Theorie recht schön, aber wer eine gute Abhandlung über ein gegebenes literarisches Thema schreiben kann, braucht deswegen noch lange nicht das Zeug zu einem tüchtigen Beamten in sich zu haben. So kommt es, daß die Methode, die der Theorie nach die besten Beamten geben sollte, in der Wirklichkeit vielfach die schlechtesten liefert.

Der Chinese ist arbeitsam, sparsam, genügsam, friedlich, höflich, wenigstens äußerlich, denn die „*politesse du coeur*“ fehlt ihm wie allen Asiaten, und konservativ, darum auch von seiner eigenen Vortrefflichkeit wie von der alles Chinesischen fest überzeugt. Daher auch seine Verschlossenheit, sein Argwohn, seine Verachtung alles Fremden und aller Fremden, was ihn nicht verhindert, wenn er sich in Not befindet, nach fremdem Rat und Hilfe zu schreien, immer aber mit dem Vorbehalt, sie nur soweit zu benutzen, wie ihm ersprießlich erscheint, und sie beiseite zu werfen, sowie die Stunde der Gefahr vorüber ist. Übrigens ist der Chinese als Fremdenhasser defensiv, während der Japaner als solcher aggressiv ist.

Vergleiche hinken ja immer, aber vielleicht kommt der des Chinesen mit dem Türken, der des Japaners mit dem Araber der Wahrheit doch ziemlich nahe. Wie der Türke, d. h. der Alt-Türke, ist der Chinese langsamer und schwerfälliger in Begriff und Handlung als der aufgewecktere und geistig regsamere Araber und Japaner; er ist konservativer im guten wie im schlechten Sinne und hält an den ererbten Überlieferungen und Gebräuchen wie an der skrupulösen altväterlichen Ehrlichkeit vergangener Zeiten fest, im Gegensatz zu dem leichtlebigeren und leichtsinnigeren Japaner, der von einem Extrem zum anderen springt und für den das gegebene Wort nur so lange Wert und Bedeutung hat, als es sich mit seinem Vorteil deckt. Vor vierzig Jahren sagten mir deutsche Handlungsreisende in Ägypten, daß sie bei dem türkischen Geschäftsfreunde überhaupt keine Garantien gebrauchten; derselbe, oder im Falle seines Ablebens seine Familie, erfüllten stets, selbst mit den größten Opfern die eingegangenen Verbindlichkeiten, während bei dem Araber alle Garantien, Bürgschaften, Verschreibungen u. s. w. nutzlos seien, da derselbe den übernommenen Verpflichtungen doch nur nachkomme, wenn er in der Erfüllung derselben einen Vorteil für sich sähe. Kürzlich wurde mir bestätigt, daß diese Auffassung noch jetzt den Tatsachen entspreche, und ich habe keinen Zweifel, daß auch die fremden Kaufleute in China

und Japan den Vergleich ihrer eingeborenen Geschäftsfreunde mit Türken und Arabern als durchaus zutreffend bezeichnen würden.

Was den Koreaner anbetrifft, so sind seine blinde Verehrung für alles Chinesische, sein blinder Haß gegen alles Japanische vielleicht seine charakteristischsten Eigenschaften. Die erstere ist auf die Achtung vor der chinesischen Ethik, die sich in Korea vielleicht reiner als irgendwo anders erhalten hat, wie auf die traditionelle Ehrfurcht vor der chinesischen Macht, die für Ostasien das war, was die römischen und später die deutschen Kaiser für das Abendland waren, zurückzuführen, der letztere auf die während fast zweier Jahrtausende immer wiederkehrenden Kämpfe gegen Japan und die Erinnerung an früher durch dasselbe erlittene Unbilden. Korea ist das einzige Land, in dessen Hauptstadt man nie einen Bettler oder einen Priester (ausgenommen seit 1882 christliche Missionare) sah; den letzteren war das Betreten von Söul untersagt, wie überhaupt seit der Thronbesteigung der jetzigen Dynastie im Jahre 1392 der früher sehr bedeutende Einfluß des Buddhismus hauptsächlich wegen der politischen, gegen China gerichteten Stellung, die derselbe unter dem letzten Herrscher der Wang-Dynastie eingenommen hatte, ganz lahm gelegt worden war. Was die Bettler anbetrifft, so besteht eine Kaste derselben, wie eine solche in China vorhanden ist, in Japan vorhanden war, in Korea nicht; jede Familie sorgt für ihre verarmten Mitglieder, und wo sie solches zu tun nicht im stande sein sollte, greift die Mildtätigkeit der Nachbarn, Freunde und der ganzen Bevölkerung helfend ein; jeder Koreaner findet in jedem Hause eine Mahlzeit und ist damit der Notwendigkeit des Bettelns überhoben. Die Koreaner sind im allgemeinen ein schöner, kräftiger Menschenschlag, harter und angestrenzter Arbeit fähig, aber dem Müßiggang und dem Trunk ergeben, was hauptsächlich darauf zurückzuführen sein dürfte, daß die sozialen Zustände des Landes den Arbeiter und Bauern, wenn auch nicht immer rechtlich, so doch tatsächlich auf den Standpunkt eines Hörigen

gestellt haben, dem von dem Ertrage seiner Hände Arbeit nur gerade so viel übrig blieb und bleibt, als er zum täglichen Leben braucht, während der Überschuß an die Regierung, die Beamten und den landangeseffenen Adel abgeliefert werden mußte. Die Eröffnung des Landes für den fremden Verkehr hat hierin einige, wenn auch nur geringe Besserung geschaffen, und es wird voraussichtlich lange dauern, bis die Jahrhunderte alte, durch die Unmöglichkeit den Lohn der Arbeit selbst zu genießen hervorgerufene Unlust zur Arbeit angestrenzterer Tätigkeit Platz macht. Das sicherste Mittel, dies zu erreichen, wäre vielleicht, das Land in den Besitz des Bauern übergehen zu lassen, aber das Prinzip von dem Eigentum des Staates am Ackerland hat in Ostasien zu festen Fuß gefaßt, als daß eine so durchgreifende Maßregel zu erwarten sein dürfte.

In seiner Stellung fremden Einrichtungen und Personen gegenüber ist der gebildete Koreaner, d. h. der Literat, denselben mindestens ebenso feindlich gesinnt wie sein chinesischer und japanischer Genosse; der gewöhnliche Mann wird bei guter Behandlung sich fremdem Einfluß vielleicht zugänglicher zeigen, sobald man auf seine nationalen Eigentümlichkeiten die erforderliche Rücksicht nimmt. Doch beruht diese Ansicht auf einer zu kurzen persönlichen Bekanntschaft mit der Frage, um Anspruch auf Zuverlässigkeit machen zu können.

Wie sich aus dem Vorstehenden ergibt, stößt der Europäer, und diese Bezeichnung schließt auch den Amerikaner ein, bei dem Ostasien auf wenig Sympathien; der letztere ist vielmehr von ganz entschiedenem Rassenhaß gegen alles Fremde und jeden Fremden erfüllt. Daß er sich die materiellen Fortschritte und Vorteile der westlichen Zivilisation mit mehr oder weniger Geschick und Gründlichkeit anzueignen sucht, steht damit nicht im Widerspruche; braucht er dieselben doch in erster Linie, um seine Selbständigkeit den fremden Begehrlichkeiten und Einflüssen gegenüber zu wahren, dann um in der Regelung asiatischer Angelegenheiten das maßgebende Wort sprechen zu können. Diese Auffassung unterliegt, bewußt oder unbewußt jedem

Gedanken und jeder Handlung ostasiatischer Regierungen, Völker und Persönlichkeiten, und der fremde Beobachter, der sich durch äußeren Schein darüber täuschen ließe, würde nur seine Unfähigkeit zur Beurteilung der dortigen Verhältnisse und Ansprüche bekunden. Das Christentum könnte darin Änderung schaffen, aber nur das geeinte, strenger geistlicher und weltlicher Disziplin unterworfenen katholische, nicht der in Duzende, um nicht zu sagen in Hunderte von Sekten zerfallene Protestantismus, der keinen einheitlichen Einfluß ausüben kann, weil ihm selbst die Einheit fehlt. Darum ist auch stets die Furcht vor dem Katholizismus und der Haß gegen denselben bei den ostasiatischen Machthabern und Völkern größer gewesen, als gegen den Protestantismus, der freilich in alten Zeiten, d. h. im 16. Jahrhundert, nicht zu Zwecken der Bekehrung, sondern nur als dem Katholizismus politisch feindlich auftrat und erst seit den vierziger Jahren dieses Jahrhunderts angefangen hat, auch seinerseits das Bekehrungswerk in Ostasien in die Hand zu nehmen. Wo später auch den Protestanten ein solcher Haß zu teil geworden ist, muß derselbe der politischen Haltung der protestantischen Missionare zugeschrieben werden; so seit dem Taipingaufstande in China, wo dieselben als die Verteidiger und Wortführer der Rebellen auftraten und jetzt, wo sie dort öffentlich und heimlich gegen die Mandschu-Dynastie wühlen.

Die nationalen Verschiedenheiten zwischen China und Japan, das Bedürfnis der letzteren Macht, eine äußere Ablenkung für vorhandene und noch in weit höherem Maße drohende innere Schwierigkeiten zu finden, und wohl nicht weniger auch der Wunsch in corpore vili, d. h. an China das nach fremdem Vorbilde neu organisierte Heer zu versuchen, haben zum Kriege zwischen den beiden Mächten geführt, der von Japan vom Zaune gebrochen worden ist und dem die Beschützung der durch nichts bedrohten koreanischen Unabhängigkeit als Vorwand dienen mußte. Die militärischen Erfolge der Japaner sind schnelle und leichte gewesen, und sie haben, zum mindesten was die Landarmee anbetrifft, zu einer sehr erheblichen Überschätzung

derselben geführt. — Die Angaben über die Verluste der japanischen Truppen in den verschiedenen von ihnen bestandenen Gefechten sind äußerst unzureichende und unvollständige, aber sie lassen doch, selbst wenn keine anderen Beweise dafür vorhanden wären, mit Sicherheit annehmen, daß der Widerstand der Chinesen ein sehr unbedeutender gewesen sein muß und die Überwindung derselben kaum einen Rückschluß auf die Tüchtigkeit der siegreichen Truppen gestattet. — Bis zum 1. Dezember 1894 sollen die Verluste der Japaner in 17 Gefechten 863 Tote und 1110 Verwundete betragen haben; bei der Erstürmung von Port Arthur wollen sie nach ihren eigenen Angaben 200 bis 250 Tote und Verwundete verloren haben, und über den Sturm auf Wei-hai-wei berichtet Marschall Oyama, daß derselbe vom 29. Januar bis 1. Februar d. J., während welcher Zeit alle Landforts genommen und gegen das Feuer der chinesischen Flotte gehalten wurden, 83 Tote und 219 Verwundete gekostet habe. Wenn man damit die Zahlen vergleicht, welche die Verlustlisten europäischer Kriege aufweisen, auf deutscher Seite bei Bionville—Mars-la-Tour 16 000, bei Gravelotte—St. Privat 20 000 und bei Sedan 9 000 Tote und Verwundete, wenn man bedenkt, daß die Verluste der deutschen Armeen in dem Feldzuge 1870—71 an Offizieren allein erheblich mehr betragen haben, als die gesamten Verluste der japanischen Armeen auf dem Schlachtfelde in einem fast siebenmonatlichen Feldzuge, so wird man, ohne der bewiesenen Tüchtigkeit und Tapferkeit der Japaner zu nahe zu treten, doch mit Recht darauf hinweisen können, daß das damals Geleistete ein Kinderpiel war im Vergleich zu den Anforderungen, die an die japanische Armee einem europäischen Gegner gegenüber herantreten würden. Daß der Japaner im Siegesrausche und bei dem ihm innewohnenden Hange zur Eitelkeit und Überhebung sich diesen Erwägungen verschließt, oder daß dieselben ihm überhaupt nicht einfallen, ist natürlich, wohl aber sollte man im Auslande einen ruhigeren und verständigeren Maßstab an die militärischen Erfolge der Japaner legen, als dies im

allgemeinen seitens der Presse und der öffentlichen Meinung geschieht. Auch die Leistungen der Japaner 1900 bei den Gefechten, die schließlich zu der Einnahme von Peking führten, sind trotz aller Anerkennung, die man der vortrefflichen Ausrüstung und Organisation der Truppen, ihrer Tapferkeit und Ausdauer und vor allen Dingen dem moralischen Glanz ihrer Führer zollen muß, ohne den der Marsch nach Peking weder unternommen noch durchgeführt worden wäre, nicht dazu angehtan, ein maßgebendes Urteil über die Haltung zu erlauben, die japanische Truppen einem europäischen Gegner gegenüber zeigen dürften. Den Chinesen gegenüber kam ihnen das Gefühl ihrer militärischen und moralischen Überlegenheit, das sie stets besaßen und das durch die Ereignisse von 1894—95 verstärkt worden war, zu gute, einem europäischen Gegner gegenüber wird voraussichtlich das Gegenteil der Fall sein, und das instinktive Gefühl der Minderwertigkeit, das der Asiate den meisten europäischen Völkern gegenüber besitzt, zur Geltung kommen.

Merkwürdigerweise ist bei der Beurteilung der Erfolge der Japaner meistens der Faktor, der den größten Einfluß ausgeübt haben dürfte, fast vollständig übersehen worden, d. h. die starke Beimischung des aristokratischen Elements, das nicht nur das gesamte Offizierkorps, sondern auch einen nicht unerheblichen Prozentsatz der Mannschaften liefert. Die früheren Samurai zählen einer sonstigen männlichen Bevölkerung von 16 000 000 gegenüber ungefähr 800 000, (1898 war die Zahl der Familienoberhäupter der Samurai, Shizoku-Klasse 439 387, zu denen man noch 706 Kwazoku, Edle, rechnen muß, gegenüber von 8 180 112 des gewöhnlichen Volkes), sie betragen also ungefähr fünf Prozent der Bevölkerung und werden in der Armee, in der die Offiziers- und Unteroffiziersstellen fast ausschließlich von ihnen eingenommen sein dürften, einen noch erheblich höheren Prozentsatz ausmachen. Daran aber, daß die alten Samurai an Selbstgefühl (im guten Sinne), an Kriegstüchtigkeit und persönlicher Tapferkeit den Chinesen bei weitem

überlegen sind, und daß ihnen hauptsächlich, wenn nicht ausschließlich, der Glanz, den die japanischen Truppen bewiesen haben und der selbst einem elenden Gegner gegenüber bei dem Angriff auf befestigte Stellungen alle Anerkennung verdient, zuzuschreiben ist, kann keinem Zweifel unterliegen. Die flegreichen Kriege haben das Selbstgefühl und die Ansprüche dieser Klasse ganz erheblich gesteigert, wenn auch vielleicht, und das ist eine Möglichkeit, mit der wohl auch in Japan gerechnet wird, die Verluste und Mühseligkeiten des Krieges sich schließlich als so groß erweisen, daß auch die Samurai, oder was von ihnen übrig geblieben ist, für die nächste Zukunft die sichere Arbeit des Friedens der unsicheren des Krieges vorziehen werden.

Der Samurai spielt überhaupt, trotz der Aufhebung aller Vorrechte des Adels, im sozialen wie im politischen Leben Japans eine sehr erhebliche, um nicht zu sagen die ausschlaggebende Rolle; er bildet die militärische Partei und die größere Masse der Anhänger der radikalen Partei, die für alle parteipolitischen Zwecke als identisch angesehen werden können, während die Staatsmänner der alten Zeit, welche seit der Restauration des Mikados die Regierung geführt haben, und vor allen Dingen der frühere Premierminister Ito die Gemäßigten oder, wie ein Korrespondent der „Times“ sie nannte, die Zivilpartei repräsentieren. Der Gegensatz zwischen den beiden Parteien ist so alt, wie der Kampf gegen das Shogunat und, was nicht zu vergessen sein dürfte, wie der gegen die Fremden, und die zwischen ihnen bestehende Eifersucht ist oft und manchmal in sehr auffallender Weise zum Ausdruck gekommen. Diese Auffassung ist, als ich sie in der 1895 erschienenen ersten Auflage aussprach, von verschiedenen Seiten heftig angegriffen worden. Sie hat seitdem nicht nur durch die Ereignisse, sondern auch in den Werken verschiedener japanischer Schriftsteller ihre volle Bestätigung gefunden. So hat sich ganz besonders Tokuzo Fukuda in diesem Sinne ausgesprochen. In seiner Arbeit über die gesellschaftliche und soziale

Entwicklung in Japan sagt er darüber u. a.: „Noch in anderer Beziehung läßt sich sagen, daß die neue Ordnung in Wirklichkeit keine so große Neuerung ist, wie es prima facie erscheint. Die gegenwärtige Herrschaft bedeutet die Hegemonie des Shizoku- (früher Samurai-) Standes. Und nicht nur das. An der Spitze der neuzeitlichen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung marschieren immer noch die Shizoku. Alle die Unternehmungen, die nach europäischem Muster ins Leben gerufen worden sind, sind nicht von den eigentlichen Trägern wirtschaftlichen Unternehmungsgeistes, den Chonin (Kaufleuten), heute Heimin, sondern von den seitens der Regierung vielfach begünstigten Shizoku geschaffen und geleitet. Die japanische Bourgeoisie ist noch wenig entwickelt; alles, was auch in wirtschaftlicher Hinsicht geschehen ist, ist von einer aufgeklärten Regierung von oben herab oktroyiert worden.“ Daß eine Klasse der Bevölkerung, die eine solche soziale und wirtschaftliche Rolle spielt, auch in der Politik einen durchschlagenden Einfluß ausüben muß, ist selbstverständlich und ihr Einfluß ist um so größer, als nicht allein der größte Teil der Journalisten und Parlamentarier, wie der den lokalen Vertretungen angehörenden Personen aus ihr hervorgegangen ist, sondern auch die unreinen Elemente, wie die Soshi und andere, die in dem öffentlichen Leben Japans eine so große Rolle spielen.

An Warnungen vor dem bevorstehenden Konflikt mit Japan hatte es der chinesischen Regierung nicht gefehlt. Die Liu-fiu-Inseln waren seit 1609 gleichzeitig an China und Japan tributpflichtig, die Beziehungen von Regierung und Volk waren aber viel engere mit China als mit Japan. Im Jahre 1872 erklärte die japanische Regierung dem König von Liu-fiu, daß sie von nun an die Oberhoheit über die Inseln beanspruche und eine direkte Kontrolle über die Verwaltung derselben ausüben werde; König und Volk protestierten gegen diese Vergewaltigung, aber die japanische Regierung lehrte sich nicht an die eingelegte Verwahrung, sondern mediatisierte im Jahre 1876 den König und verleibte die Inseln in Japan ein; ebenso

blieben die von der chinesischen Regierung gemachten Vorstellungen und ein Vermittlungsversuch des gerade auf einer Reise um die Welt befindlichen Präsidenten Grant erfolglos. Über die Bedeutung dieses Vorgehen Japans war man sich auch in China klar, und die Frage eines Konflikts mit dem Nachbarstaate wurde ernsthaft ins Auge gefaßt. Der früher viel genannte Chang-Bei-lun, der später der Schwiegersohn Li-Hung-changs wurde, sprach sich in einer ausführlichen an den Kaiser gerichteten Denkschrift dahin aus, daß es die Pflicht der Regierung sei, der von Japan aus drohenden Gefahr zu begegnen. Ein Angriff gegen Japan sei aber keine leichte Sache und der Ausgang werde sehr wesentlich von der Stärke und Brauchbarkeit der beiderseitigen Marinen abhängen. Japan sei materiell viel schwächer als China, seine Beziehungen zu den auswärtigen Mächten seien ebenfalls schlechtere als die Chinas, zwischen welchem und dem Auslande ein warmes Gefühl der Freundschaft seit Jahren sich immer lebhafter entwickle. Man könne daher darauf rechnen, daß die fremden Mächte China in einem Kriegszuge gegen Japan unterstützen würden. Wenn China aber sein Augenmerk nicht auf die Wahrscheinlichkeit eines Krieges mit Japan richte, in dem Sinne, daß es sich auf denselben vorbereite, statt mit der augenblicklichen Lage der Dinge zufrieden zu sein, so werde man erleben, daß Japan die Zeit ausnütze, seine militärischen und maritimen Vorbereitungen fortsetzen und seine Handelsunternehmungen erweitern werde. Japan werde dann seine Macht vermehren, während die Chinas stationär bleiben würde, was das letztere fortwährenden Gefahren und Drohungen aussetzen müsse.

Diese wie manche andere Denkschrift wurde Li-Hung-chang übergeben, der sich in einer gutachtlichen Berichterstattung durchaus mit den Ansichten Chang-Bei-lung's einverstanden erklärte. Auf einen Krieg mit Japan müsse China sich vorbereiten; Japan habe seit Jahren die westlichen Systeme der Kriegswissenschaft sorgfältig studiert, und wenn der Erfolg bisher auch nur ein äußerlicher genannt werden könne, so sei doch

die japanische Flotte der chinesischen durchaus ebenbürtig. Er müsse es daher als sehr gewagt ansehen, die chinesische Flotte nach Japan zu entsenden und dort eine Entscheidung zu suchen. Nach seiner Ansicht dürfe man den Plan, Japan anzugreifen, nicht aus den Augen verlieren, aber nicht den großen Fehler begehen, die Sache zu überstürzen. Vor allen Dingen aber müsse die chinesische Flotte gründlich organisiert werden, dies könne indessen nicht geschehen, ohne eine vorhergehende vollständige Übereinstimmung aller Minister und Provinzialbehörden. Wenn man tüchtige Leute für die Flotte gewinnen wollte, so müsse man zu einem andern System, als dem bisherigen (der öffentlichen Prüfungen) greifen, und im Interesse gemeinsamer erfolgreicher Tätigkeit müsse ein Verfahren eingeschlagen werden, durch welches der halbunabhängigen Stellung der Generalgouverneure und Gouverneure der Provinzen ein Ende gemacht werde. Wenn alle Minister und Generalgouverneure damit einverstanden seien und der Kaiser dann seinem erleuchteten Ermessen zufolge handle, so würde es möglich sein, den Plan eines Krieges gegen Japan ins Auge zu fassen; es sei aber jedenfalls besser, die Verantwortlichkeit für ein solches Unternehmen nicht allein ihm aufzulegen.

Er bitte, daß das Finanzministerium und das Tsungli-Yamen gemeinschaftlich die von allen Provinzen zu zahlenden Beträge fortsetzen möchten; wenn dieselben vier Millionen Taels jährlich betrügen und während fünf Jahren regelmäßig gezahlt würden, so hoffe er in diesem Zeitraume eine starke Flotte und eine hinreichende Küstenverteidigung (Formosa ausgenommen, für das eine besondere Summe ausgeworfen werden müsse) organisieren zu können.

Gegen die staatsmännische Auffassung der Lage seitens Chang-Pei-lungs und Li-Hung-changs läßt sich nichts einwenden, aber wie das immer in China zu geschehen pflegt, blieb auch diesmal die Ausführung hinter den Entwürfen zurück. Chang-Pei-lung, der auf das gute Verhältnis Chinas zum Auslande solchen Wert legte, hat durch seine Haltung

jehr wesentlich zu dem Konflikt zwischen China und Frankreich im Jahre 1884 beigetragen, und als er im Jahre 1883 zum Minister des Tsungli-Yamen ernannt wurde, es verstanden, durch seine Überhebung und Taktlosigkeit sich in der kürzesten Zeit mit allen fremden Vertretern zu überwerfen, während es Li-Hung-chang trotz seiner richtigen Auffassung der Sachlage nicht möglich geworden ist, etwas wirklich Brauchbares zu schaffen. — Aber noch ein anderer Punkt verdient Beachtung. Li-Hung-chang glaubte mit einer Summe von fünfmal 4 Millionen Taels, d. h. von 20 Millionen Taels, damals ungefähr 120 Millionen Mark, eine Flotte schaffen und eine Küstenverteidigung organisieren zu können. Die deutsche Marine erforderte im Jahre 1893—94 im Ordinarium 48252639 Mark, im Extraordinarium 31544250 Mark, also zusammen ungefähr 80 Millionen Mark, d. h. in einem Jahre zwei Drittel des Betrages, den Li-Hung-chang für Schaffung und Unterhaltung von Flotte und Küstenverteidigung für notwendig erklärte. In dieser Unfähigkeit und Unwilligkeit, die Notwendigkeit erheblicher Ausgaben für Marine und Armee anzuerkennen und zu vertreten, liegt weit mehr als in der unleugbar in großem Maßstabe vorhandenen Bestechlichkeit und Unzuverlässigkeit der Mehrzahl der chinesischen Beamten, die Ursache der bisherigen militärischen Mißerfolge Chinas. — Forts und Schiffe werden nicht mit Schnellfeuergeschützen armiert, weil niemand die Verantwortung übernehmen will, den maßgebenden Persönlichkeiten gegenüber, denen alle technischen und militärischen Kenntnisse abgehen, die nötigen Fonds zu verlangen; aus demselben Grunde werden keine neuen Schiffe angeschafft, schlechtes Pulver wird gekauft und gutes schlecht verpackt und aufbewahrt, weil es so billiger ist, und von oben herunter alles Sparsamkeit empfiehlt und befiehlt; die guten Waffen bleiben in den Kisten, in denen sie angekommen sind, und verderben in denselben, weil man sie schonen und darum nicht den Soldaten in die Hände geben will, und so ließen sich Hunderte von Fällen anführen, in denen die elementarsten

Regeln der Voraussicht und der Vorsicht verletzt worden sind, weil niemand Lust und Mut gehabt hat, Forderungen zu stellen, von denen er wußte, daß sie höheren Orts sehr unangenehm berühren würden. Es liegt dies zum Teil in dem chinesischen Gebrauch, daß Beamte nur drei Jahre lang auf demselben Posten verbleiben sollen; jeder verlangt daher nur das, über was er während seiner Amtsführung selbst verfügen zu können glaubt, und hält es weder für seine Pflicht, noch für in seinem Interesse, die Bewilligung von Summen zu beantragen, deren Verwendung seinen Nachfolgern zufallen müßte, während ihm selbst nur das Obium bleiben würde, an die Regierung so erhebliche Zumutungen gestellt zu haben. Diese Gewohnheit ist so fest eingewurzelt, daß sie selbst für diejenigen Beamten maßgebend bleibt, die über die gewöhnliche Zeit hinaus einen Posten bekleidet haben und darauf rechnen können, noch auf Jahre hinaus in demselben zu verbleiben.

Außerdem kann der Chinese tatsächlich auch heute noch nicht begreifen, daß es nicht genügt, Waffen und Schiffe zu kaufen, sondern daß es langer Übung und vieler Arbeit bedarf, um dieselben gebrauchen zu lernen; schon der Besitz der kostspieligen Erzeugnisse der fremden Industrie scheint ihm hinreichend, auch ihm die Vorteile zu sichern, die der Fremde aus denselben zieht, und er lacht denjenigen aus, der ihm begreiflich zu machen sucht, daß ein Gewehr oder ein Geschütz, dessen der Soldat sich nicht zu bedienen versteht, nicht mehr Wert habe, als ein Stock oder ein Balken.

Unter diesen Umständen, die 1894 noch schärfer hervortraten als dies in dem weiteren Verlauf der Krisen, die China dann durchzumachen gehabt hat, der Fall gewesen ist, kann es nicht wundernehmen, daß das gewaltige Reich in dem Kampfe gegen das viel kleinere Japan schimpflich unterlag. Die ursprüngliche Überhebung machte bald tiefer Niedergeschlagenheit Platz, die in de- und wehmütigen Anrufungen fremder Intervention ihren prägnantesten Ausdruck fand, aber keinen weiteren Erfolg hatte, als den Rat, durch direkte Verhandlungen mit

der japanischen Regierung eine Beendigung der Feindseligkeiten herbeizuführen. Wie gewöhnlich versuchte die chinesische Regierung dies Ziel auf Umwegen zu erreichen. Im November 1894 entsandte Li-Hung-chang den Zollkommissar Detring nach Japan, um dort die Bedingungen in Erfahrung zu bringen, unter denen der Frieden wieder hergestellt werden könne, aber Herr Detring mußte unverrichteter Sache abziehen, entweder weil er durch die chinesische Regierung zurückberufen oder von der japanischen nicht empfangen wurde. Die Berichte über seine Mission gehen in diesem Punkte auseinander. Ein zweiter Versuch, die Entsendung einer chinesischen Mission unter dem Mitglied des Tsungli-Yamen Chang-Ying-huan, der im Januar 1895 stattfand, verlief ebenso erfolglos, da die japanische Regierung sich weigerte, diese Mission, deren Vollmachten unzureichend seien, zu empfangen. So mußte die chinesische Regierung sich endlich dazu entschließen, den oft bewährten Helfer in der Not, Li-Hung-chang, nach Japan zu entsenden. Er traf am 18. März in Shimonoseki ein, wo er von Ito und Muzu, den japanischen Bevollmächtigten, empfangen wurde. Die Forderungen, welche die letzteren schon in Betreff eines abzuschließenden Waffenstillstandes stellten, d. h. die Übergabe von Taku, Tientsin und Shanhaikwan mit Armierung und Munition und des Betriebs der Eisenbahn zwischen dem letzteren Platze und Tientsin an die japanischen Truppen, ließen weitere Verhandlungen ziemlich aussichtslos erscheinen, als ein am 24. März von einem Japaner auf Li gemachter Mordversuch, bei welchem der letztere im Gesicht verwundet wurde, eine Wendung zum besseren hervorrief. Am 17. April wurde der Frieden unterzeichnet, in welchem China die Unabhängigkeit Koreas anerkannte, an Japan den südlichen Teil der Mandschurei (der Provinz Shenking) mit Niuchwang, Formosa und die Pescadorez abtrat, und sich zur Zahlung einer Kriegsschädigung von 200 Millionen Taels verpflichtete, bis zu deren vollständigen Abtragung das am 14. Februar von den Japanern eroberte Weihaiwei von denselben besetzt bleiben

folgte. Gleichzeitig gestand China den Abschluß eines neuen Handels- und Schifffahrtsvertrages auf der Grundlage der meistbegünstigten Nation zu, sowie die Eröffnung von Schafih und Chungking am Yangtze und Suchau und Hangchau bei Shanghai, die Zulassung japanischer Dampfschiffe zwischen Ichang und Chungking und auf dem Wufungfluß wie auf dem Kanal nach Suchau und Hangchau und das Recht für Japaner unter bestimmten Bedingungen jede Art von Industrie in China zu betreiben.

Diese Friedensbedingungen, ganz besonders die Abtretung der südlichen Mandschurei, welche die der Halbinsel Liaotung mit Port Arthur und Talienwan einschloß, machten Japan zum Herrn Nordchinas, da die beiden letzteren Plätze kaum 300 Kilometer von Taku entfernt sind und eine in denselben bereit gehaltene Kriegsmacht innerhalb vierundzwanzig Stunden nur wenige Tagemärsche von Peking, dem Sitz der chinesischen Regierung entfernt, an der Küste von Chili gelandet werden kann. Es war daher natürlich, daß dieselben bei den an der Erhaltung der Integrität Chinas interessierten Mächten, besondere Aufmerksamkeit erregten. Vor und während des Krieges mit Japan war die Aktion der Vertragsmächte in Peking wie in Tokio gleich Null gewesen; sie hätten den Krieg nie gestatten dürfen, da für denselben gar keine Veranlassung vorlag; in Peking und noch mehr in Tientsin, der Residenz Li-Hung-changs suchte und wollte man denselben nicht und in Tokio, wo innere Schwierigkeiten die Regierung zu demselben drängten, hätte ein ernstes Wort wahrscheinlich genügt ihn zu verhindern. Statt dessen drängte man von englischer Seite auf die Entsendung chinesischer Truppen nach Korea, da man damals noch auf dem Standpunkt sich befand, in China einen wünschenswerten Bundesgenossen gegen Rußland und eventuell gegen das unruhige Japan zu sehen. Als dann dieser Schritt die Veranlassung zum Ausbruch des Krieges wurde, hatte man in London nicht den Mut, die Konsequenzen aus der eigenen früheren Haltung zu ziehen, sondern begnügte sich damit, im weiteren

Verlaufe des Krieges, der die Sympathien für China immer mehr abschwächte, den Japanern jeden Angriff auf das Yangtzesetal zu untersagen. Der Versuch einer gemeinsamen Aktion der Mächte wurde zweimal, im Juli und Oktober 1894, durch die Weigerung der Regierung der Vereinigten Staaten sich an einer solchen zu beteiligen, vereitelt. Allein von der letzteren in Tokio in dem Sinne einer Vermittlung unternommene Schritte blieben erfolglos und der diplomatische Erfolg der Vereinigten Staaten belief sich schließlich auf die Übermittlung einiger Mitteilungen zwischen Peking und Tokio in dem letzten Stadium des Krieges. Ein amerikanischer Diplomat, Mr. Foster, der Li nach Shimonoseki begleitete, hat bei dieser Mission wohl nur persönliche Vorteile errungen. Die Gefahren, die sich aus den von Japan verlangten Friedensbedingungen für die Zustände in Ostasien ergeben mußten, waren den europäischen Kabinetten nicht verborgen geblieben und von Berlin aus hatte man bereits Mitte März in freundlicher Weise in Tokio auf die Notwendigkeit der Mäßigung bei der Aufstellung der Friedensbedingungen und die Vermeidung von Gebietsabtretungen auf dem Festlande aufmerksam gemacht, welche letzteren eine Einmischung des Auslandes herbeizuführen geeignet sein würden. Es war daher nur natürlich, daß, als die Eventualität, vor der man gewarnt hatte, eintrat, diejenigen Mächte, die an der friedlichen Entwicklung der ostasiatischen Zustände ein politisches oder kommerzielles Interesse hatten, sich zu gemeinsamen Schritten zusammenschlossen. Die bereits Ende März stattgehabten ersten Schritte zu einem solchen Zusammengehen führten sehr bald zu einer Verständigung zwischen Deutschland, Rußland und Frankreich, denen sich später Spanien anschloß, während England, das ebenfalls zur Beteiligung aufgefordert worden war, dieselbe ablehnte oder vielmehr nur unter der Bedingung annehmen wollte, daß man nicht über einen papiernen Protest hinausgehe, was einer Ablehnung gleichkam. Aber auch die von den Vertretern der vier Mächte allein am 22. April in Tokio abgegebenen, im freundlichsten Tone gehaltenen Vor-

stellungen gegen die Besitznahme Liaotung und Niuchwang durch Japan führten zu dem erwünschten Ergebnis. Nach einem Versuch wenigstens Port Arthur für Japan zu retten, erklärten am 5. Mai die Vertreter Japans in Petersburg, Berlin und Paris, daß ihre Regierung auf die dauernde Besitznahme der in Frage stehenden Gebiete verzichte. China hatte dafür an Japan einen weiteren Betrag von 30 Millionen Taels zu zahlen. Auch die Schwierigkeiten, welche sich der Übergabe Formosas an Japan in den Weg zu stellen schienen, wurden mit leichter Mühe beseitigt. Die Republik, welche in Formosa am 24. Mai auf die Nachricht von der Abtretung der Insel an Japan ausgerufen worden war, brach nach den ersten leichten Erfolgen der japanischen Truppen bereits am 7. Juni zusammen und dem weiteren Versuch des früher als Führer der Schwarzen Flaggen in Tonkin berühmten oder berüchtigten Liu-Yung-su sich im Süden der Insel zu halten, wurde durch die Japaner ebenfalls ein schnelles Ende bereitet, so daß dieselben Ende Oktober bereits im ungestörten Besitz Formosas waren, wenigstens soweit, wie chinesische Streitkräfte in Betracht kamen.

Langsamer und schwieriger gestalteten sich die Sachen in Korea. Dort waren die militärischen und politischen Erfolge Japans während des Krieges sehr schnelle und vollständige gewesen. Süul war sofort, bereits Mitte Juni von den in Korea gelandeten Truppen besetzt worden und als die Regierung sich geweigert hatte, auf die japanischen Forderungen einzugehen, hatten die japanischen Truppen sich am 23. Juli des Palastes und der königlichen Familie bemächtigt, und eine ganz aus ihren Anhängern bestehende Regierung gebildet, welche bereits zwei Tage später ein Offensiv- und Defensiv-Bündnis mit Japan abschloß*). Weitere gegen China gerichtete Maßregeln folgten, die zum Teil den Zweck hatten, der Konkurrenz

*) Für diese und die späteren Beziehungen zwischen Japan einer- und Korea und Rußland andererseits, siehe mein: „Drei Jahre ost-asiatischer Politik; 1894—1897“.

der chinesischen Kaufleute gegen die japanischen die Spitze abzubrechen. Gleichzeitig wurden hunderte von Verordnungen erlassen, die oft in der kindischsten Weise in die Lebensgewohnheiten und Anschauungen des koreanischen Volkes eingriffen und dasselbe in hohem Maße gegen die Japaner aufbrachten. Auch der Abschluß des Friedens von Shimonoseki, durch den China die Unabhängigkeit Koreas anerkannte, änderte hieran nichts, sondern die Unzufriedenheit wurde allmählich so groß, daß bereits Ende Juni 1895 die japanische Partei in der Regierung gestürzt und der Einfluß der Königin wieder der maßgebende wurde, wie er es vor der Invasion der Japaner gewesen war. Dies sollte ihr Verderben sein. Am 8. Oktober wurde die nur fünfundvierzig Jahre alte, geachtete und tatkräftige Frau auf direkte Veranlassung des japanischen Gesandten Miura von Japanern und Koreanern unter Führung der ersteren auf die scheußlichste Weise ermordet und von ihren Mördern eine neue projapanische Regierung gebildet. Am 11. Februar 1896 endlich gelang es dem König und dem Kronprinzen aus dem Palast zu entkommen und sich in die russische Gesandtschaft zu flüchten. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß dieser Schritt des Königs ihm in den Augen des Volkes seine Unabhängigkeit wiedergab und dadurch den Bürgerkrieg verhinderte, der unfehlbar ausgebrochen sein würde, wenn die japanische Partei noch länger am Ruder geblieben wäre. Bei Unruhen, die sofort nach dem Bekanntwerden der Flucht des Königs in der Stadt stattfanden, wurden einige der Minister ermordet und andere mußten flüchten, so daß der japanische Einfluß wieder vollständig gebrochen wurde. Nach dem Urteil verständiger Japaner, so u. a. der früheren Staatsminister Inouye, der selbst längere Zeit japanischer Gesandter in Korea gewesen, und Okuma, ist der unzweifelhafte Haß der Koreaner gegen die Japaner, abgesehen von den historischen Erinnerungen, die in dem Volke noch sehr lebendig sind, auf die rücksichtslose und rohe Art und Weise zurückzuführen, in der die Koreaner von den Japanern aller, auch der niedrigsten Klassen behandelt

wurden. Überhaupt hat Japan aus der Vertreibung Chinas aus Korea wenig Vorteil gezogen, da an die Stelle des Einflusses des unbehilflichen und schwerfälligen Reichs der Mitte, das sich immer nur in der Defensive befand, das viel aggressivere Rußland getreten ist. Durch zwei Abkommen, von denen das eine im Mai 1896 in Söul zwischen den beiderseitigen Vertretern Baeber und Komura, das andere zu Moskau im Juli des Jahres zwischen dem Prinzen Labanoff und dem Marschall Yamagata abgeschlossen wurde, ist der Versuch gemacht worden, die Stellung der beiden Mächte auf dem Fuße vollständiger Gleichheit zu regeln. Beide Staaten kamen überein die koreanische Regierung zur Sparsamkeit und zur Ausbildung einer kleinen Truppenzahl aus eigenen Mitteln zu raten und ihr bei dem etwa notwendig werdenden Abschluß einer Anleihe gemeinschaftlich ihre Unterstützung zu teil werden zu lassen. Gleichzeitig erkannten sie sich gegenseitig das Recht zu, zum Schutz ihrer Niederlassungen u. s. w. eine geringe 1000 Mann nicht übersteigende Anzahl von Truppen und Gendarmen in Korea zu unterhalten. Am 20. Februar 1897 verließ der König dann die russische Gesandtschaft und siedelte in einen neu erbauten Palaß über. Seitdem hat er den Kaisertitel angenommen, wohl hauptsächlich weil nach chinesischen und japanischen Begriffen mit dem Königstitel immer der Begriff einer gewissen politischen Abhängigkeit verbunden ist, aber die inneren Zustände des Landes sind dadurch keine besseren geworden, ebensowenig wie die russisch-japanischen Abmachungen dem Intriguenspiel zwischen den beiden Mächten ein Ende gemacht haben. Daß es dabei auch weder an russischen anti-englischen Machenschaften noch an dem Kampfe aller gegen alle fehlt, der in Ostasien jetzt die Beziehungen der Vertragsmächte zu einander zu charakterisieren scheint, braucht wohl kaum erwähnt zu werden.

Der Krieg mit Japan ließ China aus vielen Wunden blutend zurück, aber das Gefüge des Reiches hatte verhältnismäßig wenig gelitten und in den entfernteren Provinzen mußte

man kaum etwas von dem Verlauf und dem Ausgang des Feldzuges. Die erste Aufgabe, der sich China gegenüber sah, war die Beschaffung der erforderlichen Mittel zur Bezahlung der Kriegssentschädigung, und hier machte sich zum erstenmale das russisch-französische Zusammengehen bemerkbar, das für die nächsten Jahre für die politische Situation in Peking maßgebend sein sollte. Es wäre das Sachgemäße gewesen, daß die zur Abtragung der Kriegsschuld erforderlichen Beträge durch die Finanziers der großen Vertragsmächte aufgebracht würden und die deutschen Finanzmänner versuchten nach dieser Richtung hin ein Einverständnis zwischen den deutschen, französischen, englischen und russischen Banken zu Stande zu bringen; in Petersburg wußte man aber mit dem dort beglaubigten Vertreter Chinas zu einer Verständigung in dem Sinne zu gelangen, daß China das Geld für die Zahlung der ersten Rate der Kriegsschuld von einem russisch-französischen Syndikat borgen solle. Für den chinesischen Vertreter mag die Veranlassung zu seiner Zustimmung die gewesen sein, daß die russische Regierung, welche die Anleihe garantierte, das Geld zu vier Prozent anbot, d. h. billiger, als es auf offenem Markte zu bekommen gewesen wäre. Als die chinesische Regierung dann einsah, daß sie durch ein solches Abkommen in eine finanzielle und damit politische Abhängigkeit von Rußland geraten würde, war es zu spät, um den Fehler wieder gut zu machen. Rußland hielt an den erhaltenen Versprechungen fest und die erste russisch-chinesische Anleihe von 400 Millionen Franken wurde mit sieben französischen und vier russischen Banken abgeschlossen. Ein weiterer Schritt der russischen Regierung, um ihren Einfluß in Peking zu stärken, war die Errichtung, im Januar 1896, einer russisch-chinesischen Bank, an der dieselben Häuser wie an der Anleihe beteiligt waren. Mit dieser Bank schloß die chinesische Regierung dann, auf das Drängen der russischen Gesandtschaft einen Vertrag ab, in Betreff der Gründung einer chinesischen Ostbahngesellschaft, welcher der Bau einer von Onon in Sibirien durch den nördlichen Teil der Mandschurei nach Nikolajewsk

übertragen wurde. Diese Bahn führt auf einer Strecke von 1425 Werst (1525 km) durch chinesisches Gebiet; die Konzession ist auf achtzig Jahre erteilt, der chinesischen Regierung steht aber das Recht zu, dieselbe sechsunddreißig Jahre nach ihrer Fertigstellung zurückzukaufen, unter der Bedingung jedoch, daß alle von der Gesellschaft der russischen Regierung gegenüber übernommenen Verpflichtungen, wie z. B. die freie Beförderung der Post, Maximaltarif, Fahrgeschwindigkeit und Unterwerfung der Gesellschaft unter die Entscheidung des russischen Finanzministers bis zum Ablauf der ursprünglichen Konzession in Kraft bleiben. Außerdem hat die Gesellschaft das Recht erhalten, an der Bahn liegende Kohlenbergwerke zu bearbeiten, Handels- und industrielle Geschäfte zu betreiben und den Schutz der Bahnstrecke durch eine eigene Polizeitruppe wahrzunehmen. Schon im Jahre 1857 war in Petersburg der Bau einer transsibirischen Bahn in Anregung gebracht worden, aber erst 1891 genehmigte Kaiser Alexander III. den Plan und geschah in Anwesenheit des jetzigen Kaisers als Thronfolger der erste Spatenstich an der Bahn bei Wladivostok. Vor einem Jahre ist die Bahn in ihrer ganzen Länge bis Wladivostok dem Verkehr übergeben worden, und in diesem Jahre wird sie von durchgehenden Zügen befahren werden. Nur die Strecke um den Baikalsee ist noch nicht vollendet, und der Übergang über den See von oder nach Irkutsk findet auf großen Dampffähren statt. Später ist zu dieser Bahn eine nach Port Arthur und Talienwan führende Zweiglinie gekommen, an welcher letzteren Bai ein neues Handelsemporium, Dalny, geschaffen worden ist.

An die Vollendung der transsibirischen Bahn werden von vielen Seiten große Erwartungen und Hoffnungen geknüpft, die sich wohl, soweit der allgemeine Waren- und Passagier-Transitverkehr in Betracht kommt, voraussichtlich noch während langer Zeit nicht, wenn überhaupt jemals, erfüllen dürften. Für Massengüter wird die Beförderung über Rußland zu kostspielig, für die teuren Waren, Tee, Seide u. a., soweit es

sich nicht um den Handel mit Rußland handelt, durch das viele Umpacken zu umständlich und zu unsicher sein. Was den Passagierverkehr anbetrifft, so wird wohl jeder, der in Ostasien zu tun hat, schon aus Neugierde einmal diesen Weg wählen, dagegen haben die in China und Japan ansässigen Kaufleute zu wenige Beziehungen zu Rußland, zu viele zu Border- und besonders Hinterindien, um nicht den Weg über die letzteren vorzuziehen. Außerdem dürfte die lange Eisenbahnreise über Sibirien für Frauen und Kinder kaum zu empfehlen sein. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung aber wird die Bahn, ganz abgesehen von ihrer militärischen und politischen Wichtigkeit, für die innere Entwicklung Sibiriens und der Mandchurei werden, welche letztere durch die Bahn als der russischen Interessen- und Machtosphäre endgültig einverleibt anzusehen sein dürfte. Auch der Handelsverkehr zwischen Nordchina und Rußland wird durch die Bahn unzweifelhaft sehr gehoben werden. Im allgemeinen wird der kulturellen und zivilisatorischen Seite der russischen Fortschritte in Ost- und Mittelasien nicht genügende Beachtung geschenkt, vielleicht weil fremde Interessen durch dieselbe bis jetzt nur indirekt berührt worden sind, die transsibirische wie die transkaspische Bahn werden aber jedenfalls berufen sein, in der kulturellen Entwicklung der ungeheuren Gebiete, welche sie durchqueren, eine maßgebende Rolle zu spielen und dadurch auch Rußland mehr auf die Wege friedlicher Entwicklung verweisen, als dies bisher in den Ideen mancher seiner Staatsmänner und mehr noch seiner Feldherren gelegen haben dürfte. Die transkaspische oder, wie sie jetzt genannt wird, mittelasiatische Bahn hängt eng mit den militärischen und politischen Fortschritten Rußlands in Zentralasien zusammen: 1865 eroberte dasselbe Taschkent, 1866 Samarkand, 1873 Khiva, 1876 Khokand und 1880 und 1881 wurden die Tekke-Turkomanen unterworfen. Im Juli 1886 war die von Krasnowodsk am kaspischen Meere ausgehende, Ende Juni 1885 begonnene Bahn bereits bis Merv fertig, die 4400 m lange Brücke über den Amu-Darya wurde im Juni 1887 für

den Verkehr eröffnet und Samarland und Taschkent im Laufe des Jahres 1888 erreicht. Die ganze 1844 km lange Strecke soll unter gewöhnlichen Verhältnissen in sechsundsechzig Stunden zurückgelegt werden können. Von dem ungefähr auf dem halben Wege zwischen Samarland und Taschkent gelegenen Chernayero führt eine 323 km lange Bahn über Rhokand nach Andidjan, während eine andere 323 km lange von Merv nach Kuschl an der afghanischen Grenze geht. Wenn für die mittelasiatische Bahn bis jetzt nur der Kaukasus die militärische wie wirtschaftliche Grundlage bildete, so ist jetzt der Bau von zwei neuen Bahnen in Aussicht genommen und zum Teil wohl auch schon begonnen worden, von denen die eine auf dem Nordufer des Syr Daria von Orenburg über Turkestan (Gazret) nach Taschkent, die andere von Saratof an der Wolga über Alexandroffs und Khiva nach Chargui zu führen bestimmt ist. Gleichzeitig ist der Bau einer weiteren Linie geplant, welche die transsibirische Bahn mit der mittelasiatischen verbinden soll. Während das russische Schienennetz so China von Osten, Norden und Westen umklammert, hat sich Rußland auch bei den innerchinesischen Bahnen einen Löwenanteil zu sichern gewußt, denn es kann wohl kaum einem Zweifel unterliegen, daß Rußland auch bei denjenigen Linien beteiligt ist, für welche die russisch-chinesische Bank die Konzession nicht direkt erhalten hat. So gehören die Peking—Hankau-Linie und die Fortsetzung derselben nach Canton, sowie die Linien Taiyuenfu—Tchengtingfu in Shansi und Kaifengfu—Honansu—Signansu in Shenfi und Honan, unbedingt mit zu der russischen Interessen- und damit Machtosphäre, wenn auch das Geld für den Bau meistens von französischen und belgischen Kapitalisten aufgebracht worden sein dürfte. Für den Bau einer Bahn durch die Mongolei nach Peking hat sich Rußland ebenfalls das Vorrecht zu sichern gewußt.

Während Rußland einen erheblichen Teil der vorerwähnten Konzessionen in den ersten beiden Jahren nach dem Abschluß des Friedens von Shimonoseki erlangte, war französischer

Einfluß in Südchina und für Missionarfragen tätig. Der sehr rührige Gesandte Mr. Gérard wußte die Lage, welche die Erklärung des französischen Protektorats über Annam 1884, das China im folgenden Jahre anerkannt hatte und das mit Siam 1893 abgeschlossene Abkommen, durch welches das letztere auf das Gebiet auf dem linken Ufer des Mekong verzichtet hatte, nach Kräften auszunutzen und erlangte von China die Unterzeichnung zweier Konventionen am 20. Juni 1895, durch deren eine dasselbe Frankreich sehr bedeutende kommerzielle und industrielle Zugeständnisse machte, während es durch die andere den auf dem linken Ufer gelegenen Teil des Shanstaats Kiang-Hung an dasselbe abtrat. Durch dieses letztere Zugeständnis beging China eine Verletzung der Konvention vom 1. März 1894, durch welche es sich England gegenüber verpflichtet hatte, keinen Teil der Staaten von Munglan und Kiang-Hung, auf das England seine Ansprüche an China abgetreten hatte, ohne die Zustimmung des ersteren an eine andere Macht zu übertragen. Die Folge dieses Vorfalls war, da England einem Konflikt mit Frankreich aus dem Wege zu gehen suchte, einerseits das englisch-französische Abkommen vom 15. Januar 1896, durch das England den Talweg des Mekong von der Mündung des Nam-Huok bis zur chinesischen Grenze als die Grenzlinie zwischen der englischen und französischen Interessensphäre anerkannte, während beide Mächte sich verpflichteten, daß keine von ihnen eine bewaffnete Macht in das Becken des Menam und der Nebenflüsse desselben (das Siam verbleibende Gebiet) vorschicken oder besondere Vorteile in demselben zu erwerben suchen würde. Andererseits hielt sich England an China für den Bruch der Konvention von 1894 dadurch schadlos, daß es das letztere zwang, am 4. Februar 1897 eine neue Konvention zu unterzeichnen, durch welche es die Öffnung des Westflusses bei Canton für die fremde Schifffahrt zusagte, den Shanstaat von Kofang an England abtrat, für den Verkehr zwischen Birma und China gewisse Erleichterungen gewährte und die Errichtung englischer Konsulate an einigen Plätzen in Südchina

zugestand. Die Eröffnung des Westflusses war gewissermaßen ein Tschec für Frankreich, da durch dieselbe der Traum seines ausschließlichen Einflusses in Südchina gestört wurde; als Ersatz dafür hatte Mr. Gérard beim ersten Auftauchen der Frage von der chinesischen Regierung schon im Juni 1896 gewußt, die Konzession für den Bau einer Eisenbahn von der Grenze von Tonkin nach Lungchau in Kwangsi für eine französische Gesellschaft zu erlangen, der im nächsten Jahre ein weiteres Zugeständnis der chinesischen Regierung in Betreff der Ausdehnung dieser Linie nach Yunnan hinein bis nach Yunnanfu folgte. Bedeutungsvoller war die Erlangung der Konzession für den Bau der Lu-Han-Bahn (von Peking nach Hankau), die einem französisch-belgischem Syndikat zufiel. Mr. Gérards Bemühungen für die katholischen Missionare, für die er schärfer als irgend einer seiner Vorgänger eintrat, waren ebenfalls erfolgreich, wenn auch vielfach wohl mehr auf dem Papier als in Wirklichkeit.

Während Rußland, Frankreich und England so ihre Interessen in China wahrnahmen, war von deutscher Seite wenig oder nichts geschehen; die Erwerbung deutscher Niederlassungen in Tientsin und Hankau war nur die Geltendmachung eines alten vertragsmäßigen Rechtes und die Frage der Vermietung oder des Verkaufs eines Platzes für die Anlage einer Flottenstation, welche Li-Hung-chang gegenüber, als derselbe 1896 nach der Rückkehr von Moskau, wo er der Krönung des jetzigen Kaisers von Rußland beigewohnt hatte, Berlin besuchte, angeregt worden war, hatte, trotzdem er in Berlin alles mögliche versprochen, keine Fortschritte gemacht. Da wurden im November 1897 zwei deutsche Mitglieder der unter deutschem Schutz stehenden katholischen Mission in Süd-Shantung ermordet und dieser Vorfall bot der deutschen Regierung nicht den Vorwand, wohl aber die Gelegenheit zum Eingreifen. Der chinesischen Regierung war bereits 1895 von Berlin aus amtlich erklärt worden, daß wenn sie die Missionare in Shantung nicht schütze, das Reich diese Aufgabe selbst übernehmen würde, und

schon damals war Kiautschau als ein passender Punkt ins Auge gefaßt worden, um dieser Warnung, falls erforderlich, die Tat folgen zu lassen. Später hatten ungünstige Berichte der Marine und die Überwinterung der russischen Flotte in der Bucht von Kiautschau während des Winters 1896—97 die Frage gerade dieses Punktes etwas in den Hintergrund treten lassen, jetzt aber wurde der Platz besetzt und am 7. März 1898 zu Peking ein Abkommen abgeschlossen, durch welches die Bucht von Kiautschau mit einigem anliegenden Gebiet an Deutschland verpachtet und demselben zugleich eine Macht- und Interessensphäre von ungefähr 100 km Durchmesser in Schantung zugewiesen und zugleich die Konzession für Eisenbahnen von Kiautschau nach Tsinan resp. Tschau und zwischen den beiden letzteren Plätzen, sowie für die Bearbeitung der an diesen Linien gelegenen Kohlenlager und Bergwerke erteilt.

Es ist oft von den verschiedensten Seiten behauptet worden, daß dieses Vorgehen Deutschlands die Veranlassung zu den in dem Boxeraufstande kulminierenden Unruhen gewesen sei, welche 1900 in China ausbrachen. Das ist in diesem Sinne unbedingt falsch. Allerdings ist der Erfolg Deutschlands von andern Mächten benutzt worden, um von China politische und andere Konzessionen zu erpressen, aber es war dies nur die Fortführung eines von denselben seit lange gegen China geübten Systems. Rußland hatte 1845 das ganze rechte Ufer des Amur von China losgerissen, 1860 weiteres Gebiet am Ussuri und Songtscha erworben, das es früher gemeinschaftlich mit China besessen hatte, 1864 Grenzgebiete in der westlichen Mongolei, 1881 den westlichen Teil von Ali, 1893 den größten Teil des chinesischen Pamir, und das ganz abgesehen von allen politischen und Handelsvorteilen, welche es sich in der Mandchurei und Mongolei, in Kansu und dem neuen Gebiet (chines. Turkestan) zu sichern gewußt hatte. England hatte 1842 Hongkong, 1860 einen Teil des demselben gegenüberliegenden Distriktes von Kaulun erworben, sich 1843 durch gewaltsame Besetzung Vorzugsrechte auf den Chusan-Archipel und 1887 auf Port

Hamilton gesichert, 1886 das tributpflichtige Birma von China losgerissen, 1889 dasselbe mit Bhutan, 1891 mit Sunza-Nagar und Kanjut und 1894 mit Chitral und einem Teil der tributpflichtigen Shanstaaten getan, 1896 eine neue Grenzlinie in Hinterindien erzwungen und verhandelte 1898 über die Abtretung des ganzen Distriktes von Kaulun. Frankreich hatte 1885 das tributpflichtige Annam erobert und zehn Jahre später die Abtretung von Kiang-Hung durchgesetzt; Japan endlich hatte 1878 die China tributpflichtigen Riukiu-Inseln einfach annektiert und 1895 durch den Vertrag von Shimonoseki Formosa, die Pescadores, Liaotung und einen Teil der südlichen Mandschurei erworben und das tributpflichtige Korea von China losgerissen; ja selbst das kleine Portugal hatte es 1888 verstanden, sich Macao, das es bis dahin nur gepachtet gehabt hatte, cedieren zu lassen. Diese Zusammenstellung von Verlusten an Gebiet, die China im Verlauf von wenig über fünfzig Jahren durch fünf Mächte erlitten, beweist, wie albern das Märchen von Deutschlands Schuld an den Ereignissen von 1900 ist. Auch die Chinesen haben vor Kiautschau den ihnen zugefügten Schaden wohl gefühlt, wie auch daraus hervorgeht, daß die heftigsten Anschuldigungen, welche der sogenannte Reformator Kang-Yu-wei in seinen an den Thron gerichteten Denkschriften gegen die Ungerechtigkeit und Landgier der Fremden aussprach, aus der Zeit vor der Besetzung Kiautschaus herrühren. Freilich haben die anderen Mächte, die längst weit größere Gebiete von China losgerissen hatten, dieselbe dann als Vorwand benutzt, um sich weitere Gebiete anzueignen, so Rußland Port Arthur als Kriegs- und Talienwan als Handels- und das Recht, eine Bahn zwischen den beiden Plätzen und zur Verbindung mit der transsibirischen Bahn in der Mandschurei zu bauen. Rußland trat damit in die Stellung ein, die Japan zu gewinnen versucht hatte, so daß England, welches zwar nichts gegen den japanischen Besitz von Liaotung einzuwenden gehabt hatte, sich zu einem Gegenzuge entschloß und sich des von den Japanern nach der Zahlung der letzten

Quote der Kriegsschädigung zu räumende Weihaiwei für dieselbe Zeit verpachten ließ, wie Port Arthur an Rußland. Es erlangte außerdem noch weitere Zugeständnisse von China, u. a. daß fremden Dampfschiffen der Verkehr auf allen Binnen-
gewässern erlaubt sein solle, auf denen Chinesen dies gestattet wäre, sowie daß der Leiter des fremden Seezollamts d. h. der Behörde, welcher die Überwachung des Überseeverkehrs in Schiffen fremder Bauart zufällt, stets ein Engländer sein solle. Außerdem übernahm China die Verpflichtung, keine der am Yangtze gelegenen Provinzen jemals an eine andere Macht abzutreten. Frankreich folgte den Spuren Englands und ließ sich die Unveräußerlichkeit der an Tonkin grenzenden Provinzen wie der Insel Hainan versprechen, die Anstellung eines Franzosen als Chef eines etwa einzurichtenden chinesischen Postdienstes und die Verpachtung eines Hafens, als welcher etwas später Kwangtschauwan an der Ostküste der Leitschau-Halbinsel gewählt wurde. Japan endlich verlangte und erhielt die Zusage, daß die Formosa gegenüberliegende Provinz Fukien an keine andere Macht abgetreten werden solle. Zum Schluß erschien Italien auf dem Plane und verlangte die Abtretung der Sanmun-Bai in Tscheliang, mußte diesen Gedanken aber dem entschiedenen Widerstande der Chinesen gegenüber fallen lassen.

Während so größere und kleinere Stücke chinesischen Gebietes der Gerichtsbarkeit der Regierung entzogen wurden, dauerte die Jagd nach Konzessionen fort, die schließlich in einen vollständigen Konkurrenzkampf nicht allein zwischen Individuen und Gesellschaften, sondern auch zwischen den Gesandtschaften und Regierungen der Vertragsmächte ausartete. Jede von der chinesischen Regierung bewilligte Konzession wurde der Vorwand und der Grund für drei oder vier Forderungen ähnlicher Art von anderer Seite, und es wurde schließlich zu einer Art von Sport für die Beteiligten die größte Zahl von Zugeständnissen aufweisen und damit beweisen zu können, daß sie die angeblichen Interessen ihrer Landsleute zu wahren gewußt

hätten. Daß es sich dabei mehr um eingebil­dete als um wirkliche Interessen handelte, geht daraus hervor, daß auch heute noch ein großer, wenn nicht der größte Teil der so erlangten Konzessionen nur auf dem Papier bestehen und die Konzessionäre wohl versucht haben, die ihnen bewilligten Vorteile zu verkaufen, aber nicht sie selbst praktisch auszunutzen. Die scheinbare Gleichgültigkeit, mit der China alles dies über sich ergehen ließ und der anscheinende Mangel an Widerstandskraft, die sich nur Italien gegenüber zeigte, den anderen Mächten gegenüber aber vollständig versagte, ließ in weiten Kreisen die Möglichkeit, die Wahrscheinlichkeit und schließlich das Wünschenswerte einer Aufteilung Chinas unter die Vertragsmächte zur Diskussion stellen, und die fremde Presse im Auslande wie in China selbst wurde nicht müde, die Modalitäten einer solchen Eventualität zu erörtern. Dazu kam, daß im Schoße der chinesischen Regierung selbst jede Kohäsion zu mangeln begann. Schon seit dem Konflikt mit Frankreich 1883—85, der zum Verlust von Annam geführt hatte und noch mehr seit dem unglücklichen Kriege gegen Japan hatte sich von Canton und Cantonesen ausgehend eine gewisse Reformbewegung bemerkbar gemacht, die in erster Linie gegen die Landgier und Rücksichtslosigkeit des Auslandes gerichtet war und das Mittel zum erfolgreichen Widerstande gegen dasselbe in einer durchgreifenden Reform der chinesischen Verwaltung sah. Der Führer der Bewegung war ein cantonesischer Literat Kang-Yu-wei, der seit 1888 in Wort und Schrift darauf hingewiesen hatte, welche Gefahr China aus den Bestrebungen der fremden Mächte erwachse und daß derselben nur durch eine Erstarkung des Chinesentums auf der Grundlage des Confucianismus erfolgreich entgegen getreten werden könne. Dies sei aber unter dem bisherigen Verwaltungssystem nicht möglich, und eine Änderung desselben daher der erste Schritt zur Besserung. Mit diesen Anschauungen gewann er zahlreiche Anhänger und Freunde, bis in die höchsten Stellen hinauf, denn die Erstarkung Chinas auf der Grundlage der Lehren des Confucius konnte selbst der

eingefleischteste Konservative auf seine Fahne schreiben; so kam es, daß Männer wie Chang-Chih-tung, der bekannte Generalgouverneur der beiden Hu-Provinzen in Wuchang und Weng-Tung-ho, der Lehrer des Kaisers in Peking, sich der Reformpartei anschließen konnten. Kang-Yu-wei wurde nach Peking berufen und dort hauptsächlich durch Weng-Tung-ho in persönliche Beziehungen zum Kaiser gebracht. An der Unfähigkeit der beiden Persönlichkeiten, des Kaisers und Kangs, die Reformfrage praktisch aufzufassen und in den Grenzen der Ausführbarkeit zu halten, scheiterte die ganze Bewegung. Durch sich überstürzende kaiserliche Edikte wurde die Zentralverwaltung vollständig desorganisiert und in allen Beamtenklassen, abgesehen von den blinden Anhängern Kangs, die größte Besorgnis hervorgerufen. Als dann Kang daran dachte, die Kaiserin Tszje-hsi, die frühere Kaiserin-Regentin und Adoptivmutter des regierenden Kaisers Kwang-hsi, in der er das größte Hindernis für die Durchführung seiner Pläne sah, zu beseitigen, kam dieselbe ihren Gegnern zuvor, ergriff wieder die Zügel der Regierung und machte den Reformversuchen ein schnelles und blutiges Ende. Kang-Yu-wei und einigen seiner Anhänger gelang es zu entkommen — sie leben seitdem in Japan oder den englischen Kolonien — aber eine größere Anzahl derselben mußten ihr Unternehmen mit dem Tode büßen. Die Kaiserin-Regentin fand ihre hauptsächlichste Unterstützung in dem im April dieses Jahres verstorbenen Jung-lu, der nach dem Staatsstreich zum Generalgouverneur von Chili ernannt wurde und später die höchsten Staatsämter bekleidete, sowie dem früheren chinesischen Residenten in Korea, Yuan-Shih-kai, der damals die europäisch ausgebildeten Truppen in Chili befehligte, dann zum Gouverneur von Shantung ernannt wurde und augenblicklich Generalgouverneur von Chili ist. Die Anwesenheit des früheren japanischen Ministerpräsidenten Ito zur Zeit des Staatsstreiches in Peking darf wohl auf Rechnung seiner Sympathien mit der Reformpartei und des Versuches, die letztere in das japanische Fahrwasser zu leiten, gesetzt werden; er verschwand, nachdem

die Kaiserin-Mutter sich wieder der Regierung bemächtigt hatte. Wenn die letztere auch die von dem Kaiser eingeleiteten Reformen verurteilte und zum größten Teil sofort rückgängig machte, konnte sie sich doch dem denselben zu Grunde liegenden Gedanken einer Erstarfung Chinas nicht verschließen und fand dabei die Unterstützung der besten Elemente des Reiches. Es blieb indessen meistens bei Kundgebungen und Erlassen von wenig praktischer Bedeutung und nur einer derselben, durch welchen die Bildung und Ausbildung von lokalen Milizen angeordnet wurde, kann ein Einfluß auf die Zukunft zugeschrieben werden, da in ihm mit einer der Gründe für die schnellere Ausbreitung der Boxerbewegung gelegen haben mag. Diese Bewegung hatte ihren Ausgangspunkt in Shantung und ging aus einer Gesellschaft hervor, in deren Bezeichnung ein falsch gelesenes Zeichen mit „Faust“ übersetzt wurde, also gewissermaßen die „Gesellschaft der großen Faust“ was von den Engländern in „Boxer“ übertragen wurde. Die geheimen Gesellschaften, von denen die Bewegung hauptsächlich ausging, waren die Bruderschaften der redlichen Harmonie und des großen Messers. Shantung hat sich stets durch das Vorhandensein zahlreicher Banden ausgezeichnet, die meistens das Räuberhandwerk trieben, nebenbei aber auch in Patriotismus und Christen- und Fremdenhaß machten. Von einer solchen Bande wurden im Herbst 1897 zwei Missionare der unter deutschem Schutz stehenden katholischen Mission in Süd-Shantung ermordet, ein Ereignis, das indirekt einen sehr großen Einfluß auf die Ausdehnung und Verbreitung der Boxerbewegung haben sollte. Eine der von Deutschland für dieses Verbrechen geforderte Genugthuung war die Entlassung des Gouverneurs der Provinz, Li-Ping-hang; derselbe, ein fähiger, ehrlicher und sehr populärer Beamter war tief empört über die im angetane Schmach; er nahm seinen Wohnsitz in Chili an der Grenze von Shantung und tat sein Möglichstes, um die Bewegung zu fördern. Ein anderer Gouverneur von Shantung, der wegen eines Konfliktes mit amerikanischen

Missionaren auf Verlangen des amerikanischen Gesandten abberufen worden war, Ju-Hsien, sollte gleichfalls eine große Rolle in der Boxerbewegung spielen. Er wurde nach Shansi versetzt, führte die Bewegung dort ein und wütete, als sie zum Ausbruch kam, in der furchtbarsten Weise gegen die in seiner Provinz ansässigen fremden Missionare und eingeborenen Christen. Aber auch eine Anzahl anderer hoher Beamter und unter ihnen Männer von unzweifelhafter Begabung und Ehrlichkeit wie Hsü-Tung, Kang-F und andere stellten sich auf die Seite der Bewegung, in der sie das Heil Chinas gegen die dasselbe bedrängenden Fremden sahen und es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß ihr Rat wesentlich dazu beigetragen hat, die Regierung der Bewegung günstig zu stimmen. Andere Ursachen trugen dann dazu bei, die Leitung derselben aus der Hand der Regierung zu nehmen und sie zu einem schnelleren Ausbruch zu bringen als wahrscheinlich von den Führern beabsichtigt war. Dem Chinesen, den man als einen reinen Verstandesmenschen anzusehen pflegt, fehlt es durchaus nicht an emotionalen Bewegungen und er ist namentlich abergläubischen Eindrücken und Einflüssen im höchsten Grade zugänglich. Es gibt keine geheime Gesellschaft in China, bei der dergleichen Zeremonien und Anschauungen nicht eine Hauptrolle spielten, und dasselbe war auch bald bei den Boxern der Fall. Von ihrem obersten Leiter wurde geglaubt, daß während sein Körper anscheinend leblos zurückblieb, sein Geist sich nach jeder andern Stelle versetzen könne und ihre Führer wurden als unverwundbar angesehen, eine Eigenschaft, die auch jedes Mitglied der Gesellschaft angeblich durch fleißige Waffen- und Gebetsübungen erwerben konnte. Beweise der Unverwundbarkeit, die Abgesandte der Boxer vor der Kaiserin-Regentin ablegten, scheinen sehr wesentlich zu der günstigen Auffassung der Bewegung seitens derselben beigetragen zu haben. Eine andere Frage, die in die Bewegung hineinspielte, war die der Legitimität des Kaisers Kwanghsü. Er gehörte derselben Generation an, wie sein Vorgänger Tungchih und konnte demselben daher nicht

posthum adoptiert werden, er mußte also als Sohn des Vaters von Tungtchih, Hienfeng den Thron besteigen, wodurch eine durchaus außergewöhnliche und unregelmäßige Lage geschaffen wurde, da nun niemand da war, der seinem Vorgänger die vorgeschriebenen Opfer hätte bringen können. Dies erregte gleich als die Kaiserin den Sohn ihrer mit dem sogenannten siebenten Prinzen von Chun, d. h. dem siebenten Sohne des Kaisers Taotwang und Bruder des Kaisers Hienfeng vermählten Schwester zum Nachfolger erwählte, vieles Bedenken und einigen Widerspruch; die Frage wurde dann hauptsächlich auf den Vorschlag Chang-Chih-tungs dahin geregelt, daß ein Sohn Kwanghsü's Tungtchih als Sohn adoptiert und zum Kaiser ernannt werden solle. Der Plan kam aber nicht zur Ausführung, da der seit 1888 vermählte Kaiser ohne Leibeserben geblieben war und wohl auch keine Aussicht auf solche bestand. Eine ganze Reihe von größeren und kleineren Unglücksfällen, ein Brand im Palaß, die Zerstörung der Haupthalle im Himmels-tempel in Peking durch den Blitz, der chinesisch-japanische Krieg und anderes mehr wurden dieser Unregelmäßigkeit in der Nachfolge zugeschrieben und die Vorgänge bei der Reformbewegung 1898 mochten die Zuneigung der Kaiserin für ihren Neffen nicht unerheblich abgekühlt haben; sie ernannte also den Enkel des fünften Prinzen von Tun, eines anderen Bruders ihres verstorbenen Gemahls, Puchyn, am 24. Januar 1900 zum Thronfolger. Der Vater desselben, Prinz Tuan, war ein Freund der Boyerbewegung und nunmehr in der Lage, dieselbe besonders kräftig bei der Kaiserin und der Regierung zu unterstützen. Schlechte Ernten in Shantung und Chili während mehrerer Jahre und das Ausbleiben der gewöhnlichen Sommerregen trugen ihrerseits zu dem Ausbruch der Boyerbewegung bei, die so verhängnisvolle Folgen nach sich ziehen sollte. Es klingt vielleicht komisch, Einzelheiten wie die letztere ernsthaft zu behandeln und dem englischen Gesandten in Peking, Sir Claude Mac Donald, ist von der englischen Presse vorgeworfen worden, die Äußerung eines der chinesischen Minister, daß ein

Regenguß der ganzen Boxerbewegung ein Ende machen würde, in einen seiner Berichte aufgenommen zu haben, aber es kann keinem Zweifel unterliegen, daß, wie der unter dem Namen des Tientsin Massacre bekannte Angriff gegen die katholischen Schwestern 1870 zum großen Teil durch das Ausbleiben des Sommerregens veranlaßt wurde und das Volk in dem Eintreten des Regens am Abend des Blutbades eine göttliche Billigung seiner Handlungsweise sah, das rechtzeitige Eintreten des Sommerregens 1900 einen beruhigenden Einfluß ausgeübt haben würde, schon weil ein großer Teil der Landleute, aus denen die Boxerbanden sich zusammensetzten, dieselben verlassen und zu ihrer gewöhnlichen Beschäftigung, der Feldarbeit, zurückgekehrt sein würden.

Die immer zunehmende Unruhe in den Provinzen Shantung und Chili, die in der ersteren zu der Ermordung des englischen protestantischen Missionars Brooks am 30. Dezember 1899 führte, veranlaßte die fremden Vertreter zu wiederholten Vorstellungen bei der chinesischen Regierung und da dieselben anscheinend ohne Erfolg blieben und die Gesandten erfuhr, daß die Unruhen sich ausbreiteten, die Gesellschaften Rekruten einstellten und in der Nähe von Peking und Tientsin ganz offen Waffenübungen vorgenommen wurden, zu der am 10. März dem Tsungli-Yamen abgegebenen Erklärung, daß wenn die chinesische Regierung fortfahre, ihre Vorstellungen unbeachtet zu lassen, sie bei ihren resp. Regierungen auf die Ergreifung anderer Maßregeln zum Schutz des Lebens und des Eigentums ihrer Staatsangehörigen in China dringen würden.

Unglücklicherweise war eine frühere ähnliche Erklärung nicht von den entsprechenden Taten gefolgt worden. Im Sommer 1891 hatten im Yangtzesal christen- und fremdenfeindliche Unruhen stattgefunden, bei denen eine Anzahl von Kirchen, Wohltätigkeitsanstalten und andere Gebäude zerstört und verschiedene Fremde getötet und verwundet worden waren. Die fremden Vertreter waren vergeblich bemüht gewesen, die chinesische Regierung zu schärferem Vorgehen gegen

die Unruhestifter zu veranlassen und hatten sich schließlich gezwungen gesehen mit anderen ernstern Maßregeln zu drohen, für die sie bei ihren Regierungen eine Demonstration im Yangtze durch die in Ostasien anwesenden Seestreitkräfte in Vorschlag brachten. Sie fügten zugleich hinzu, daß sie überzeugt seien, daß das bloße Erscheinen der Schiffe den gewünschten Eindruck hervorbringen und keine weiteren Schritte erforderlich sein würden. Die Antwort darauf war, daß die Regierung der Vereinigten Staaten ihrem Gesandten telegraphisch verbot, sich an weiteren gemeinschaftlichen Schritten zu beteiligen, da sie keinen Krieg mit China wolle und die englische sich beeilte, die lügenhaften Erklärungen des chinesischen Vertreters in London für bare Münze zu nehmen und sich von denselben befriedigt zu erklären. Ihr Grund war die Besorgnis vor dem, was Rußland tun könne. Diesmal verlief die Sache wieder in derselben Weise. Die fremden Gesandten hatten ebenfalls am 10. März an ihre Regierungen telegraphiert, daß es wünschenswert erscheine, daß einige Kriegsschiffe von jeder der beteiligten Nationen eine maritime Demonstration in den nordchinesischen Gewässern machten, aber die Vereinigten Staaten dachten nicht daran, sich einer solchen, durch die Verhältnisse dringend gebotenen Aktion anzuschließen und England blieb seiner gewöhnlichen Politik, mit großer Vorsicht vorzugehen, getreu, wie der englische Botschafter sich in Paris ausdrückte. Unter den Umständen kann es nicht Wunder nehmen, daß die schärfsten Erklärungen der fremden Vertreter an Ort und Stelle ebenso viele Schläge ins Wasser waren.

Inzwischen nahm die Lage einen so ernsten Charakter an, daß die Gesandten sich entschlossen, zu dem Schutz der sich in Peking aufhaltenden Fremden Mannschaften von den auf Station befindlichen Kriegsschiffen nach dort kommen zu lassen. Eine ähnliche Maßregel war zum erstenmale während des chinesisch-japanischen Krieges, dann 1898 ins Werk gesetzt worden und hatte sich bewährt, und man hoffte, daß sie auch diesmal genügen würde, Ausbrüche des Fremden- und

Christenhasses in der Hauptstadt zu verhindern. Die chinesische Regierung gab nach einigem Zögern und Sträuben ihre Zustimmung, und am 1. Juni trafen die Gesandtschaftswachen in Peking ein, nachdem noch am 30. Mai der Generalgouverneur von Chili die Absendung der russischen und französischen Mannschaften verhindert hatte. Die Nachrichten aus Schantung und Chili über die Ausdehnung der Bewegung lauteten inzwischen immer drohender, die Boxer waren nach Paotingfu, der Hauptstadt von Chili, vorgeedrungen und zogen von dort plündernd und mordend an der Eisenbahn entlang auf Peking zu. Was von im Lande befindlichen Fremden, Missionaren und Eisenbahningenieuren sich nicht rechtzeitig hatte retten können, wurde ermordet oder eingekerkert und die Ruinen zerstörter Kapellen und Eisenbahnstationen bezeichneten den Weg der Banden. Auch der chinesischen Regierung wuchs die Bewegung über den Kopf und sie versuchte nunmehr dieselbe einzudämmen, aber es war zu spät, sie hatte die Gewalt über die Geister, die sie, wenn auch nicht gerufen, so doch ermutigt hatte, vollständig verloren. Unter den Umständen war es eine durchaus richtige Auffassung der Sachlage seitens der fremden Vertreter, daß sie in einer sehr ansehnlichen Verstärkung der fremden Truppen in der Hauptstadt das einzige Mittel sahen, dem drohenden Unheil zu steuern. Aber die Kommandanten der maritimen Streitkräfte — am 4. Juni lagen 24 fremde Kriegsschiffe vor Taku — beriethen und zögerten, es wurde kostbare Zeit durch Hin- und Hertelegraphieren zwischen Europa und Taku verloren und erst am 10. Juni brach der englische Vizeadmiral Sir G. Seymour an der Spitze eines allmählich auf 2300 Mann verstärkten, aus Engländern, Deutschen, Amerikanern, Russen, Franzosen, Österreichern, Italienern und Japanern bestehenden Expedition nach Peking auf. Er kam per Bahn bis Langfang, einige siebenzig Kilometer von Peking, blieb dort kleben, versuchte die von den Boxern zerstörte Bahn wieder herzustellen, was nicht gelang, trat am 16., nachdem der ganze Verlust der Truppen in fünf Gefechten, bei denen

über tausend Chinesen gefallen waren, sieben Tote und Verwundete betragen hatte, den Rückzug an, kam mit Mühe und Not am 23. bei dem befestigten Arsenal von Peitsang, ungefähr 16 km von Tientsin an, in dessen Besitz er sich setzte und wurde am 25. durch ein von Tientsin gekommenes Ersatzkorps befreit. Die Expedition kehrte am 26. Juni dorthin zurück mit einem Verlust von 62 Toten und 228 Verwundeten. Sir Robert Hart sagt in einem über die Vorgänge in China in der *Fortnightly Review* vom November 1900 veröffentlichten Artikel: „Hätte sie (die Expedition) die Eisenbahn verlassen und wäre querfeldein auf die Hauptstadt losmarschiert, so hätte sie am 13. oder 14. bei uns sein können und die Geschichte wäre anders geschrieben worden; denn der Widerstand war noch nicht organisiert und einige Lasttiere hätten in der Umgegend leicht mit Beschlag belegt werden können, aber der Hauptzweck der Expedition — die Sicherheit der Gesandtschaften — wurde aus den Augen verloren und das geringere Detail, die Ausbesserung der Bahnlinie, in etwas von maßgebender Wichtigkeit übertrieben.“ Die schärfste Kritik aber liegt in dem Bericht des Admirals vom 29. Juni selbst, der mit den Worten beginnt: „Ich bin mit den Truppen nach Tientsin zurückgekehrt, da es unmöglich war, Peking auf der Bahn zu erreichen.“ Und der Bericht ist aus Tschifu datiert, wohin der Höchstkommmandierende sich begeben hatte, obgleich er sich über die in Peking und Tientsin vorhandene Gefahr nicht im Unklaren sein konnte.

In der Hauptstadt gestaltete sich die Lage unterdessen immer bedrohlicher. Am 11. Juni wurde der Kanzler der japanischen Gesandtschaft, der sich nach dem Bahnhof begab, um die erwarteten Truppen zu empfangen, von Soldaten des Generals Lung-Fuh-siang ermordet. Diese Kansu-Truppen, zum größten Teil Mohammedaner, und ihr Führer waren seit lange eine Gefahr für die Fortdauer friedlicher Zustände und guter Beziehungen und spielten später, bei der Episode der Belagerung der Gesandtschaften, eine hervorragende Rolle. Am

13. abends drangen die Boxer in die Hauptstadt ein und begannen die Verfolgung und Niedermetzlung aller einheimischen Christen und überhaupt mit Fremden in Verbindung stehenden Chinesen, sowie die Zerstörung aller christlichen Kirchen und Anstalten. Die Fremden hatten sich sämtlich in die englische, deutsche, französische, japanische, amerikanische und russische Gesandtschaft zurückgezogen und sich in denselben verschanzt; die außerhalb dieser Verteidigungslinie gelegenen Gesandtschaften, Missionen und Gebäude des Generalzollinspektorats waren geräumt worden. Am 19. erhielten die fremden Vertreter eine Note des Tsungli-Yamen mit dem Befehl, Peking innerhalb vierundzwanzig Stunden zu verlassen, da die fremden Marinebehörden in Tientsin sich der Takuforts zu bemächtigen beabsichtigten. Dieser Aufforderung nachzukommen war unmöglich, da die kleine Schar Fremder auf dem Marsch nach Tientsin unfehlbar von den Boxern angegriffen und vernichtet worden wäre. Am 20. wurde der deutsche Gesandte Freiherr von Ketteler auf dem Wege nach dem Tsungli-Yamen ermordet und der ihn begleitende Dolmetscher Cordes verwundet, und genau vierundzwanzig Stunden nach der Übergabe der Note der chinesischen Regierung, am 20. Juni nachmittags 4 Uhr wurde von den regulären Truppen der Angriff auf die Gesandtschaften und die nördliche katholische Kathedrale, den Beitang, die beiden einzigen Plätze in Peking, an denen sich noch Fremde befanden, eröffnet, der erst am 15. August mit der Einnahme von Peking durch die verbündeten Truppen endete.

Die Tatsache, daß chinesische Streitkräfte sich in größeren Mengen dem Wege zwischen Taku und Tientsin näherten und der Kommandant der Takuforts den Versuch machte, die Mündung des Flusses, in dem eine Anzahl fremder Kanonenboote lagen, durch Torpedos zu sperren, war für die Befehlshaber der Seestreitkräfte die Veranlassung gewesen, die Übergabe der Takuforts zu fordern, und als diese verweigert wurde, dieselben nach sechsständiger Beschießung mit stürmender Hand zu nehmen. Wie weit diese Maßregel durch die Verhältnisse geboten war,

konnte nur vom militärischen Standpunkte aus entschieden werden, jedenfalls steht aber fest, daß der Angriff auf die Forts für die chinesische Regierung das Zeichen war, sich offen auf die Seite der Boxer zu stellen; erst von diesem Augenblick an beteiligten sich die regulären chinesischen Truppen an den Angriffen gegen die Fremden, sowohl in Tientsin wie in Peking, als gegen die Kolonne Seymour. Noch ein anderer Punkt muß erwähnt werden. Seit dem 15. Juni war die Chinesenstadt von Tientsin tatsächlich in den Händen der Boxer und die Befehlshaber der verbündeten Streitkräfte konnten sich keinem Zweifel darüber hingeben, daß der Angriff auf die Takuforts weitgehende politische und mehr noch militärische Folgen haben werde. Unter den Umständen wäre es angezeigt gewesen, alle Mannschaften, die an Bord der Kriegsschiffe irgendwie entbehrt werden konnten — und es gab keine chinesische Seestreitmacht, der ein oder zwei Schiffe der verbündeten Geschwader nicht mehr als gewachsen gewesen wären — zu landen und nach Tientsin vorzuschicken; statt dessen wurden, sowie Landtruppen, deutsche, russische, englische und japanische eintrafen, die gelandeten Schiffsbesatzungen schleunigst an Bord der Schiffe zurückberufen. Nur so war es möglich, daß Admiral Sir G. Seymour am 4. Juli melden konnte, daß mindestens 40 000 Mann zum Vormarsch auf Peking notwendig wären und nur 9223 Mann sich in Tientsin befänden, und daß es bis zum 13. Juli dauerte, ehe die Chinesenstadt dort von den fremden Truppen genommen und Tientsin endlich von den Schrecken der Beschießung, die fast ununterbrochen vom 1. Juli an gedauert hatte, erlöst wurde. Erst am 5. August brach eine aus ungefähr 15 000 Japanern (7000), Russen (4000), Engländern, Amerikanern und Franzosen bestehende Kolonne nach Peking auf, schlug die Chinesen verschiedene Male und bemächtigte sich am 14. der Hauptstadt. Ein deutsches Detachement von 50 Mann traf dort erst am 18. ein, an welchem Tage zwei deutsche Seebataillone von Tientsin aufbrachen. So kam es, daß kein deutscher Soldat an dem Entsatz der Gesandtschaften direkt beteiligt war.

Der Hilfe von außen war die Rettung der in den Gesandtschaften Eingeschlossenen nur zum kleinsten Teil zu danken; dieselben wären bei dem Zögern der militärischen und maritimen Befehlshaber, den Vormarsch anzutreten, längst vernichtet gewesen, wenn der Angriff der Chinesen energisch durchgeführt worden wäre. Was die Ursache dieses Mangels an Energie war, ist schwer festzustellen. Sir Robert Hart glaubt, daß sich darin der Einfluß Li-Hung-changs bemerkbar gemacht habe, der sich damals in Canton befand und der, ehe die Verbindung der Gesandtschaften mit Tientsin unterbrochen wurde, von den Gefahren benachrichtigt worden war, welche die Ermordung der Gesandten für die Dynastie und das Reich mit sich führen müsse; die Chinesen haben später Junglu und den Prinzen Ching, den Präsidenten des Tsungli-Yamen als diejenigen bezeichnet, welche die Durchführung des Angriffs à outrance auf die Gesandtschaften verhindert gehabt hätten und von noch anderer Seite sind die Generalgouverneure und Gouverneure Li-Hung-chang, Generalgouverneur der beiden Kwangs, Liu-Kun-yih, Generalgouverneur der beiden Kiangs, Chang-Chih-tung, Generalgouverneur der beiden Hu, Wang-Chih-chün, Gouverneur von Anhui, Juan-Shi-kai, Gouverneur von Schantung, Nü-Lin-san, Gouverneur von Hunan, welche die Ausdehnung der Bewegung auf die unter ihrer Verwaltung stehenden Gebiete zu verhindern gewußt hatten, als die Personen genannt worden, deren Rat maßgebend gewirkt hätte. In Wirklichkeit werden die, wenn auch langsamen militärischen Erfolge der fremden Truppen dazu beigetragen haben, die Bemühungen aller der vorgenannten Persönlichkeiten zu unterstützen, dem Drängen der fanatischeren Führer Hindernisse zu bereiten.

Der Kaiserin-Regentin, dem Kaiser und dem Hofe gelang es aus der Hauptstadt zu entkommen und sich nach Signansu in Shenji, eine der alten Hauptstädte des Reiches, zurückzuziehen, während nunmehr die von allen Seiten herbeieilenden fremden Verstärkungen in Chili eintrafen. Von den Zügen

derselben innerhalb dieser Provinz und bis zu den Grenzen derselben, wie von den Verhandlungen der fremden Diplomaten mit der chinesischen Regierung, die durch die im September 1901 erfolgte Unterzeichnung des Protokolle final ihren Abschluß fanden, und von dem Zustande, in dem diese Abmachung China zurückließ, wird an anderer Stelle die Rede zu sein haben, nur das sei hier erwähnt, daß der greise Li-Hung-chang kurze Zeit nachdem er seinem Vaterlande durch den Abschluß der Verhandlungen einen letzten, größten Dienst geleistet hatte, starb. —

Die Frage der Zukunft Ostasiens kann und muß unter einem dreifachen Gesichtspunkt betrachtet werden, dem politischen, dem moralisch-religiösen und dem kommerziell-industriellen. Was den letzteren anbetrifft, so haben wir es bei demselben in erster Linie mit der Entwicklung der industriellen Tätigkeit in Japan zu tun und dieselbe verdient in der Tat ganz besondere Aufmerksamkeit, schon wegen der Konkurrenz, welche die japanische Industrie der europäischen auf ostasiatischem Gebiet zu machen versucht und teilweise auch macht. Im alten Japan kannte man nur die Hausindustrie und dieser Zustand hielt auch nach der Berührung mit dem Auslande an bis einige Jahre nach der Restauration des Mikados. Dann wirkten verschiedene Gründe zusammen, um eine Änderung herbeizuführen. Durch die im Jahre 1875 erfolgte Ablösung der dem hohen und niederen Adel bis dahin statt des früheren erblichen Einkommens gezahlten lebenslänglichen und anderen Pensionen, die im Staatshaushalt für 1875—76 noch mit ungefähr 22 $\frac{1}{2}$ Millionen Yen, nach damaligem Kurse ungefähr 90 Millionen Mark, aufgeführt wurden, und zu ihrem fünf- bis vierzehnjährigen Betrage kapitalisiert und in Regierungsobligationen ausgegeben worden sind (der Gesamtbetrag der Obligationen belief sich auf ca. 191 Millionen Yen, die von 5—10 Prozent Zinsen tragen, während gleichzeitig etwas über 20 Millionen in bar ausgezahlt wurden), wurde das für industrielle und andere Unternehmungen verfügbare Kapital einerseits sehr vermehrt, während andererseits

die Ausnutzung desselben in solcher Weise fast zur zwingenden Notwendigkeit wurde, wenn nicht sofort ein sehr bedeutender Rückgang im Kurs der Obligationen eintreten sollte. Außerdem wurden eine Menge geistiger Arbeitskräfte frei, die bisher im Haushalt und in der Gefolgschaft der Landesfürsten in einer durch das strengste Ceremoniell eingeengten Routine ihr Leben verträumt oder ihre Fähigkeiten in Hof- und politischen Intrigen verbraucht hatten, und es lag im Interesse der Regierung des Mikados, ganz abgesehen von dem Nachahmungstrieb, der in ihr besonders stark vertreten war, diesen Kräften eine lohnende Beschäftigung zu bieten, um sie vom Gebiet der Politik abzuführen, das für diese Klasse damals nur das der Opposition sein konnte. Den Japanern kam außerdem das Nichtvorhandensein eines Patentschutzgesetzes in ihrem Lande zu statten, das ihnen erlaubte, zu billigen Preisen die neuesten und besten Maschinen zu beschaffen und sie nachzumachen, wobei ihnen auch die rücksichtslose Ausbeutung derjenigen, welche gutmütig oder leichtsinnig genug waren, ihnen einen Einblick in ihre Fabrikationsmethoden zu gestatten, von nicht geringem Nutzen gewesen zu sein scheint. Billige Arbeit (nach dem englischen Konsularbericht über den fremden Handel in Japan für 1893 betragen die Durchschnittslöhne für Männer 17,4 Sen [Cent], für Frauen 8,9 Sen täglich für einen Arbeitstag von 11¹/₂ Stunden mit Pausen für Mahlzeiten, d. h. 37 resp. 19 Pfennig), keine Fabrikgesetzgebung, die hindernd eingegriffen hätte, und billiges Brennmaterial trugen ebenfalls dazu bei, die rasche Entwicklung zu fördern. Auch wo Transportkosten den Preis des Rohmaterials zu erhöhen drohten, haben Schifffahrt und Industrie sich zu verständigen gesucht und gewußt, so z. B. für den Transport von Rohbaumwolle von Bombay nach Japan.

Unter diesen Umständen kann es nicht Wunder nehmen, daß sich der fremden Industrie eine gewisse Besorgnis vor der ihr durch die japanische drohenden Konkurrenz bemächtigte, und die englischen Konsularberichte trugen dazu bei, dieses Gefühl

zu erhöhen. Die nachstehende Zusammenstellung der Preise, zu denen japanische und englische Artikel in Singapore verkauft wurden, zeigt besser als weitschweifige Auseinandersetzungen, von welchen Gefahren die englische Industrie sich bedroht halten konnte.

	Japanisches Fabrikat. Dollar	Englisches Fabrikat. Dollar
Sicherheits-Streichhölzer	14—17 ¹ / ₂	25—32
Schwefelhölzer	11 ¹ / ₂ —13 ¹ / ₂	nicht eingeführt
Seidenstoffe		konkurrenzunfähig
Regenschirme, gewöhnliche	3 per Duzend	5 ¹ / ₄
„ „ seidene	1 ¹ / ₂ „ Stück	4
Messingnägel	20	32
Handtücher (aller Art)	0,30	0,65
Unterjacken (gewöhnliche)	2 per Duzend	4,60
Wanduhren	4 ¹ / ₂	8,50
Spiegel	0,60 per Duzend	1—1,25
Koffer	3 ¹ / ₂ „ Stück	12

Außerdem produzierte und exportierte Japan Schreib- und Druckpapier, Messingbleche, Eisendraht, Seife, Bier, Mineralwasser, Baumwollmanufakturen, Metallknöpfe, Strumpfwaren, Petroleumlampen und Kohlen.

Über Streichhölzer und Kohlen enthielt einer der erwähnten Berichte die nachstehenden Angaben: „Was Kohlen und Streichhölzer anbetrifft, so sind die Japaner eifrige Konkurrenten der englischen Produzenten. Es ist ihnen bereits gelungen, englische Streichhölzer vollständig aus den Märkten in China und der Straße von Malacca zu verdrängen, eine Tatsache, über die man sich nicht wundern kann, wenn man bedenkt, daß sie Streichhölzer aus Japan zu einem wenig höheren Preise als 8 Pence (66 Pfennig) per Groß ausführen können. Die Qualität ist indessen meistens schlecht und, wie die Sache jetzt auch stehen mag, so unterliegt es keinem Zweifel, daß die japanischen Streichhölzer Eingang auf den erwähnten Märkten

zuerst fanden, weil ihre Schachteln denen wohlbekannter englischer Fabrikanten gut genug nachgemacht waren, um die eingeborenen Käufer zu täuschen, die unfähig waren, die Aufschriften zu lesen.“

„Japanische Kohle dringt rasch nach Westen vor und wird bereits viel von Schiffen benützt, die in Singapore Kohlen einnehmen. Nach den zollamtlichen Berichten sind ungefähr 480 000 Tonnen Kohlen und 180 000 Tonnen sogenannter Kohlenstaub im Jahre 1893 von Japan nach Hongkong und Britisch Indien, Singapore einbegriffen, ausgeführt worden, wozu noch große Quantitäten gezählt werden müssen, die in Dampfern angeblich für den Gebrauch des Schiffes, in Wirklichkeit aber größtenteils zum Verkauf exportiert werden.“

Nach dem Bericht des englischen Konsulats in Hiogo für das Jahr 1893 würde der bedeutende Absatz von japanischer Kohle in Singapore ausschließlich auf Rechnung der Ausstände in den englischen Bergwerksdistrikten zu setzen sein, was durch die bei der am 12. Februar d. J. stattgehabten Sitzung des „Royal Colonial-Institute“ gemachten Mitteilungen bestätigt wird, daß verschiedene große Dampfschiffgesellschaften Kontrakte für die Lieferung von Hunderttausenden von Tonnen japanischer Kohle in Singapore zu 5½ Dollar per Tonne abgeschlossen hätten. Nehme man an, daß japanische Kohle 20 Prozent schlechter sei, als beste Welsh-Kohle, so stelle sich der Preis für die erstere immer noch auf 13 Shilling per Tonne, während die letztere nicht unter 20 Shilling per Tonne nach dort geliefert werden könne.

In derselben Sitzung wurde angeführt, daß, während im Jahre 1894 67 Baumwollspinnereien in Lancashire mit einer Unterbilanz von 411 000 Pfund Sterling gearbeitet hätten, 21 japanische Spinnereien im Konsulardistrikt Osaka-Hiogo im Jahre 1891 im Durchschnitt 17 Prozent Dividende gegeben hätten, von denen die höchste 28 Prozent, die niederste 8 Prozent gewesen sei; eine Angabe, die durch die in dem Konsularbericht für das Jahr 1893 enthaltene bestätigt wird, daß von

6 Baumwollspinnereien in dem Distrikt im Jahre 1893 zwei 20 Prozent, eine 12 Prozent und drei 10 Prozent Dividende gezahlt hätten. Derselbe Bericht gibt die Zahl der in Japan vorhandenen Spindeln auf 345 470 an; das Gewicht des angefertigten Garns (im ersten Halbjahr 1893) auf 43 853 475 Pfund, der verarbeiteten Baumwolle auf 52 196 458 Pfund, die Zahl der Arbeiter auf 5780 Männer und 19 219 Frauen, mit einem Durchschnittslohn von 16,79 Cents (33 Pfennig) für die Männer und 8,42 Cents (17 Pfennig) für die Frauen; und im Halbjahr durchschnittlich 150 Arbeitstage von 22 Arbeitsstunden.

Von anderen Gesellschaften bestanden damals in Japan nach japanischen Quellen:

1006 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von	101 762 349 Dollar	
	(Der Dollar gleich ca. 2 Mark.)	
131 Nationalbanken mit einem Kapital von	48 416 100	"
und Eisenbahngesellschaften mit einem Kapital von	73 124 000	"
11 Gesellschaften für elektrisches Licht mit einem eingezahlten Kapital von 1 674 713 Dollar bei einem nominellen von	2 477 250	"
und 7 Maklerbörsen mit einem Kapital von	2 700 000	"

Auch in anderer Beziehung suchte man den Anforderungen der Industrie gerecht zu werden, so wurde in Osaka die Errichtung einer Zuckerraffinerie mit einem Aktienkapital von 1 Million Dollars in Aussicht genommen, während eine andere auf einer der Riukiu-Inseln bereits fertiggestellt war. Es handelte sich dabei hauptsächlich um die Verarbeitung von eingeführtem Rohzucker, da die Produktionskosten bei dem in Japan erzeugten zu erheblich waren; für 100 Pfund Sakuma-Zucker 7,36 Dollar, während sie sich auf den Riukiu-Inseln

auf 4,31 Dollar und in den Philippinen auf nur 1,67 Dollar stellten. Der Wunsch nach der Annexion Formosas, dessen ganze Ausfuhr von Zucker über 1 Million Dollar im Wert, direkt oder über Hongkong, wo verschiedene Raffinerien entstanden waren, nach Japan ging, hing wesentlich mit der Zuckerfrage zusammen, wie die Besitzergreifung der Insel Japan auch das Monopol des ostasiatischen Kampferhandels gegeben hat.

Auch die Frage, ob Japan in der Lage sein würde, seinen voraussichtlich in der nächsten Zeit sehr zunehmenden Bedarf an Eisen (jetzt 80—130 000 Tonnen) selbst zu decken, wurde im Lande vielfach erörtert. In einem in der Geographischen Gesellschaft durch den früheren Direktor des Bergbaudepartements, Herrn Wada, gehaltenen Vortrag, erklärte derselbe, daß allein an drei Orten der Provinzen Chikuzen, Akita und Etchigo, 30 Millionen Tonnen Eisenerz zu Tage lägen und fortwährend neue Lager gefunden würden. Wenn die bisherigen Versuche zur Bearbeitung der Eisenerz keinen günstigen Erfolg ergeben hätten, so habe dies an äußeren Verhältnissen gelegen, die sich von Tag zu Tag besserten. Während der Transport einer Tonne Erz von den Minen nach Tokio früher 4,48 Dollar gekostet habe, könne derselbe jetzt für 1,80 Dollar stattfinden, und die Kohlenpreise, die damals 14 Dollar per Tonne betragen hätten, seien jetzt auf weniger als 5 Dollar gesunken. — In der Tat machten einzelne Eisengießereien in Japan bereits nicht allein gute Geschäfte, sondern auch der fremden Einfuhr ernsthafte Konkurrenz, so z. B. in der Anfertigung eiserner Röhren.

In wie ernsthafter Weise die asiatische Industrie der europäischen übrigens gefährlich werden kann, zeigt die Einfuhr von indischem und japanischem Baumwollengarn nach China. Die erstere ist von 628 413 Pikuls in 1889 auf 1 716 983 Pikuls in 1901 gestiegen (Wert beinahe 36 Millionen Taels), während die japanische, die 1894 zum erstenmal mit 31 104 Pikuls erschien, 1901 bereits 498 116 Pikuls im Wert von

über 11 Millionen Taels betrug. Die Einfuhr von englischem Garn war 1901 52 556 Pfkuls im Wert von etwas über 1,3 Millionen.

Diese Angaben über die industrielle Entwicklung Japans werden genügen, um es begreiflich erscheinen zu lassen, daß die europäische Industrie sich in hohem Maße durch dieselbe bedroht halten konnte. Daß ein großer Teil der Erzeugnisse der japanischen Industrie durchaus minderwertig und mehr als wie die der deutschen zur Zeit der Ausstellung in Philadelphia die Bezeichnung „billig und schlecht“ verdiente, verminderte diese Gefahr besonders auf dem ostasiatischen Markte nicht, da der Abnehmer dort oft die billige, wenn auch schlechte Ware der teureren und besseren vorzieht. Auch für Europa und Amerika trifft dies teilweise zu, woran niemand zweifeln wird, der den Schund kennt, der in Lackwaren, Porzellan- und Tonwaren, Teppichen u. s. w. aus Japan kommt und willige Abnehmer findet.

Diese Gefahr, eine der Phasen der sogenannten gelben Gefahr, sollte sich indessen nicht so groß erweisen, wie man anfänglich befürchtet hatte. Der Mangel an Kapital, der sich bei der Steigerung der industriellen Tätigkeit bald einstellte, und vielleicht noch mehr die Verzettlung desselben in unzähligen kleinen Unternehmungen, sowie die geringe Leistungsfähigkeit der Arbeiter haben der industriellen Entwicklung Japans bald eine ziemlich enge Schranke gezogen. Es fand sich, daß der japanische Arbeiter weder an Körperkraft noch an Fleiß und Ausdauer dem europäischen, besonders dem englischen, mit dem er zuerst auf dem Gebiet der Baumwollenindustrie in Wettbewerb trat, gewachsen sei, wie die Nachfrage auch sehr bald die Löhne besonders für geschickte Arbeiter und Arbeiterinnen in die Höhe trieb. Sehr nachteilig erwies sich namentlich für die Baumwollenindustrie die Schwierigkeit, fast die Unmöglichkeit, geübte Arbeiterinnen, die wegen des geringeren Lohnes vorgezogen wurden, in den Fabriken zu halten, trotzdem seitens der Fabrikanten durch Einrichtungen auf sozialem Gebiet, wie Unterkunftsräume, Speiseanstalten, Sparrassen, Krankenhäuser,

sehr viel für dieselben geschah. Nach Henry Dumolard (Le Japon politique, économique et social 1903), dem einzelne der statistischen Angaben entnommen sind, befanden sich 1901 in den Baumwollenspinnereien:

Arbeiterinnen,

die weniger als ein Jahr in der Fabrik gewesen:	32 000
„ zwischen 1 und 2 Jahre „ „ „ „	14 000
„ „ 2 „ 3 „ „ „ „	9 000
„ „ 3 „ 4 „ „ „ „	4 000
„ „ 4 „ 5 „ „ „ „	3 300
„ „ 6 „ 7 „ „ „ „	2 400
„ „ 8 „ 9 „ „ „ „	800
„ über 10 Jahre „ „ „ „	163

Man rechnet, daß in jedem Monat 10 Prozent der Arbeiterinnen die Fabrik verlassen, so daß der Unternehmer nach 10 Monaten mit einem fast ganz neuen Personal arbeiten muß.

Gleichzeitig gingen, was während der ersten Jahre nicht oder wenigstens nur in geringem Maße der Fall gewesen war, die Preise für alle Lebensbedürfnisse und die Mieten herauf, so daß sich auch in dieser Beziehung ein gewisser Ausgleich mit europäischen Verhältnissen anbahnte. Wenn man Mr. Dumolard glauben darf, so hat die rasche und intensive Entwicklung der japanischen Industrie noch ein anderes, verhängnisvolleres Ergebnis gehabt. Während auch in dem alten Japan ein großer Teil der Bevölkerung aus der Hand in den Mund lebte, war von wirklicher Armut und Bedürftigkeit, nicht nach unsern, sondern nach asiatischen Begriffen, nicht die Rede und das Volk war, wenn auch arm, doch weil anspruchslos, zufrieden und glücklich. Das soll sich vollständig geändert haben und durch die industrielle Entwicklung ein Arbeiterproletariat ins Leben gerufen worden sein, das schon jetzt an Glend hinter dem schlimmsten europäischen nicht zurückstehe und demselben an gehässiger und neidischer Begehrlichkeit bald gleichkommen werde. Der im japanischen Politiker vorherrschende demagogische Zug

wird in nicht zu langer Zeit dieses Proletariat seinen Zielen und Bestrebungen dienstbar zu machen wissen und damit ein neues gefährliches Element in die innere Politik des Landes bringen. In früheren Zeiten waren es nur die Bauern, die unter dem harten Druck geldgieriger Fürsten und Beamten manchmal aus dem passiven Widerstand zum aktiven übergingen und in den Jahren nach der Restauration des Mikados waren es die mißvergnügten Samurai, die sich in ihren Hoffnungen und Erwartungen getäuscht sahen, welche die Fahne des Aufstandes erhoben, aber ein Proletariat als solches hat bis jetzt in der innern Geschichte Japans keine Rolle gespielt, wenn man nicht etwa die ausgeplünderten und hungernden Bauern dazu rechnen will, die im 15. und 16. Jahrhundert zu den Fahnen der politisch-militärischen Führer strömten, wie in Deutschland im dreißigjährigen Kriege unzählige aus demselben Grunde der Werbetrommel folgten. In neue politische Kämpfe, die Japan nicht erspart bleiben dürften, wird aber auch das Proletariat eingreifen und denselben einen Charakter verleihen, der viel dazu beitragen wird, den guten Ruf, den Japan heute besitzt, gründlich zu schädigen.

Wer sich die Entwicklung Japans in dem letzten Jahrzehnt genau ansieht, wird bemerken, daß dieselbe nicht stehen geblieben, aber weit hinter dem zurückgeblieben ist, was irgend ein europäischer Staat unter gleichen Verhältnissen geleistet haben würde. Dies liegt, wie schon bemerkt, zum Teil an dem Mangel an Kapital. Wenn der Beginn der industriellen Bewegung durch die Kapitalisierung der bisherigen Pensionen der Samurai einen mächtigen Impuls erhielt, so hat sich doch im weiteren Verlauf derselben gezeigt, daß das im Lande befindliche Kapital nicht ausreichte und auf fremdes nicht zu rechnen war, da für dasselbe weder eine genügende Sicherheit, noch ein besonders verlockender Gewinn in Aussicht gestellt werden konnte. Der Japaner ist gewohnt, hohe Zinsen zu geben und zu nehmen, der Zinsfuß der Banken bewegte sich 1895—1900 für Depositen zwischen 4,1 und 7,5 vom Hundert, für

Darlehen zwischen 9 und 14,5 vom Hundert und für tägliches Geld auf zwischen 1,8 und 5,2 Sen für 100 Yen (1 Yen = 100 Sen); Dumolard führt aber Fälle an, in denen, freilich in Formosa, bis auf 30 Sen pro Tag für 100 Yen gezahlt worden seien, was einem jährlichen Zinsfuß von 105,5 entsprechen würde. Auch sonst werden für Darlehen häufig höhere Zinsen gezahlt als die vorstehend angegebenen, auf der amtlichen Statistik beruhenden. So zahlt das Syndikat der Habutay- (eine Seidenart) Produzenten, das mit einem Kapital von 1 Million Yen arbeitet und für über 8 Millionen jährlich ausführt, oft 15—20 Prozent für Darlehen und kann selten bessere Bedingungen erhalten. Der Japaner möchte aber gern vom Fremden zu 4 oder 5 Prozent borgen und sich den großen Gewinn wahren. Auch die bekannte, leider nicht abzuleugnende Unzuverlässigkeit der japanischen Kaufleute steht der Verwendung fremden Kapitals in der japanischen Industrie im Wege. Ein anderer Grund für den Mangel an Kapital ist die Verzettlung desselben in unzähligen kleinen Gesellschaften. So führt das amtliche *Résumé statistique du Japon* von 1902 für 1899 176 Ackerbaugesellschaften (Seidenzucht, Fischereien u. a. mit einbegriffen) auf mit einem eingezahlten Kapital von 2 303 685 Yen, während für das Vorjahr 166 Gesellschaften mit einem Kapital von 2 336 720 Yen verzeichnet sind, d. h. das Jahr 1899 zeigt 10 Gesellschaften mehr und 33 035 Yen Kapital weniger. Transportgesellschaften sind für 1899 583 mit 198 146 560 Yen angegeben und für das Vorjahr 536 mit 197 233 421 Yen; die Handelsgesellschaften (Banken, Versicherungsgesellschaften u. s. w.) zeigen 4619 Gesellschaften mit 335 586 700 Yen Kapital für 1899 gegen 4178 Gesellschaften mit 300 039 664 Yen im Vorjahr, während nur die sogenannten industriellen Gesellschaften, 2253 mit 147 783 280 Yen in 1899 gegen 2164 mit 122 066 653 Yen in 1888, eine wenn auch unbedeutende Zunahme des Durchschnittskapitals aufweisen. Zwischen dem nominellen Kapital und dem eingezahlten besteht aber ein sehr erheblicher Unterschied. Es betrug

	das nominelle Kapital:		das eingezahlte Kapital:
1894	329 018 000 Yen		236 137 000 Yen
1895	404 415 000 "		285 134 000 "
1896	669 713 000 "		383 247 000 "
1897	967 324 000 "		513 618 000 "
1898	1 144 417 000 "		637 922 000 "
1899	1 123 544 000 "		628 103 000 "
1900	1 813 877 000 "		635 025 000 "
1901	2 112 413 000 "		943 124 000 "

d. h. in acht Jahren ist das eingezahlte Kapital von 71,7 vom Hundert des nominellen auf 44,6 Prozent desselben heruntergegangen, was kaum gestatten dürfte, den verschiedenen Unternehmungen ein besonderes Vertrauen entgegenzubringen.

Am meisten fällt die Kleinheit der Verhältnisse auf, wenn man die statistischen Angaben über die Tätigkeit der Sparkassen näher prüft. 1900 wurden von 3 814 111 Personen 149 235 633 Yen eingezahlt und 99 777 103 Yen entnommen, so daß am Ende des Jahres 49 458 580 Yen verblieben, d. h. jedem Einzahler 12,97 Yen. Dieser Betrag ist fast stetig zurückgegangen. 1894 war der verbleibende Betrag 45,56 Yen; 1895 20,65; 1896 16,59; 1897 14,62; 1898 12,91; 1899 14,64; 1900 12,97. Ein ganz ähnliches Ergebnis zeigen die Postsparkassen. In 4930 derselben betrug am Schlusse des Jahres 1900/1901 das Durchschnittsguthaben von 2 011 467 Personen 12,30 Yen, auf welchen Betrag es stetig von 23,68 in 1895/96 zurückgegangen war.

Aber auch bei den gewöhnlichen Banken zeigen sich ähnliche kleinliche Verhältnisse. Ende 1901 hatten

weniger als	10 000 Yen Kapital	133 Banken
"	30 000	242 "
von	50 000—100 000	565 "
"	100 000—300 000	58 "
"	300 000—500 000	120 "

von 500 000—1 000 000 Yen Kapital 120 Banken

„ mehr als 1 000 000 „ „ 78 „

Die Baumwollenspinnereien sind von 39 mit 385 314 Spindeln in 1892 auf 74 mit 976 567 Spindeln in 1897 und 79 mit 1 135 111 in 1900 hinaufgegangen, während die Zahl der in denselben beschäftigten Arbeiter hinuntergegangen zu sein scheint; dieselbe betrug 1895 40 790, davon 31 140 Frauen; 1896 47 481, davon 36 087 Frauen; 1897 44 992, davon 35 059 Frauen; 1898 66 803, davon 60 620 Frauen; 1899 73 985, davon 57 540 Frauen; 1900 55 545, davon 43 375 Frauen. Die große Anzahl der Frauen dürfte auf die geringeren Lohnansprüche zurückzuführen sein. Die Löhne betragen: 1892 für Männer 14,4 Sen, für Frauen 3,9; 1893 für Männer 17,4, für Frauen 9,4; 1894 für Männer 17,1, für Frauen 8,9; 1895 für Männer 18, für Frauen 9,9; 1896 für Männer 19,7, für Frauen 12,0; 1897 für Männer 22,9, für Frauen 13,6; leider fehlen für die weiteren Jahre die Angaben, übrigens variieren die Löhne sehr nach den verschiedenen Lokalitäten, so waren 1897 die höchsten in Tokio mit 29,2 Sen für Männer und 18,1 Sen für Frauen, die niedrigsten in Ehime mit 18,2 für Männer und 11,7 für Frauen. Man wird übrigens kaum irren, wenn man annimmt, daß diese Löhne seit 1897 um ca. 25 Prozent gestiegen sein dürften.

Die Lage vieler dieser Gesellschaften ist übrigens keine sehr günstige.

Es arbeiteten

1893	von 40	Gesellschaften	mit Gewinn	29,	mit Verlust	11
1894	„ 45	„	„	28,	„	17
1895	„ 47	„	„	41,	„	6
1896	„ 63	„	„	41,	„	22
1897	„ 74	„	„	33,	„	41
1898	„ 72	„	„	42,	„	30
1899	„ 70	„	„	30,	„	40
1900	„ 70	„	„	27,	„	43
1901	„ 70	„	„	25,	„	45

Die Lohnsätze sind für alle Klassen von Arbeitern erheblich gestiegen. Es erhielten

täglich:

Zimmerleute	1896	43 Sen;	1899	57 Sen
Tischler	"	35 "	"	47 "
Schneider, japan. Kleider	"	36 "	"	47 "
" europ. Kleider	"	57 "	"	72 "
Schmiede	"	42 "	"	60 "
Schiffszimmerleute . . .	"	44 "	"	61 "
Landwirtschaftl. Arbeiter				
Männer	"	25 "	"	31 "
Frauen	"	16 "	"	20 "
Tagelöhner	"	30 "	"	40 "

monatlich:

Dienstboten, Männer .	1896	2,53 Yen;	1899	3,27 Yen
Frauen	"	1,44 "	"	2,15 "

jährlich:

Landwirtsch. Arbeiter,				
Männer	"	32,12 "	"	38,32 "
Frauen	"	16,16 "	"	23,61 "

Auch hier variieren die Löhne sehr nach den Lokalitäten; für einzelne Kategorien sind sie auf der Insel Yeso, dem Hokkaido, am höchsten, wo z. B. Zimmerleute und Tischler 75 Sen und Schneider 1,20 Yen täglich erhalten.

Ebenso sind die Preise für alle Lebensbedürfnisse erheblich gestiegen; in verschiedenem Maße an den verschiedenen Lokalitäten und den Gegenständen, aber seit 1891 fast überall und für alles um 25 bis 100 Prozent. Tee, der 1891 in Tokio 21,68 Yen per 100 Kin (Pfund) kostete, wurde dort 1900 mit 42 Yen bezahlt, während er in Niigata in derselben Zeit sogar von 18,18 auf 54,62 Yen heraufgegangen war; in Osaka und Kumamoto war der Preis dagegen von 23,97 Yen auf 16, resp. von 35 Yen auf 20,23 heruntergegangen. Reis, der 1891 pro Koku (1,8 Hektoliter) 6,32 bis 7,35 Yen gekostet

hatte, ist in 1900 auf 10,28 bis 11,93 heraufgegangen. Der Preis für Steinkohlen ist in derselben Zeit von 2,52 bis 5,88 Yen auf 4,23 bis 7,92 Yen heraufgegangen, obgleich die Produktion in der Zeit von 1891—99 von 3 168 875 Tonnen auf 6 721 798 gestiegen ist. Eine ganz ähnliche Erscheinung findet sich beim Petroleum; der Preis desselben ist per Kiste von 1,67 bis 1,80 in 1891 auf 1,96 bis 3,29 in 1900 gestiegen, während zugleich die Produktion, die 1891 520 480 Kwan (3,75 Kilo) betrug 1899 auf 18 976 240 angewachsen war. Bei Salz ist dies nicht der Fall. Der Preis desselben betrug per Koku 1891 0,76 bis 2,02, 1900 1,39 bis 2,83; während die Produktion von 5 507 097 Koku in 1891 nur auf 5 811 102 in 1899 heraufgegangen war. Freilich hatte dieselbe in den beiden vorhergehenden Jahren über 8 Millionen (8,17 und 8,36) Koku betragen. Für die Industrie kommen wesentlich folgende Artikel in Betracht. Seide, für welche der Preis für 100 Rin Rohseide im Mittel von 520 Yen in 1891 auf 816 in 1900 heraufgegangen ist. Zucker: 100 Rin weißer Zucker kosteten 1891 8,62, 1900 11,03. Baumwolle: rohe per 100 Rin 18,72 in 1891, 28,41 in 1900. Baumwollengarn: per 100 Rin 26,27 in 1891, 33,14 in 1900. — Ein ganz eigentümliches Bild gewähren die Berichte über Ackerbau und Erntebeträge; nach denselben würden die bebauten Flächen vielfach zurückgegangen oder nur unbedeutend gewachsen sein, während der Gesamtertrag nicht unerheblich gestiegen wäre. Die Zahlen sind für die wichtigsten Feldfrüchte:

	Bebaute Oberfläche:		Ertrag:
Reis:	1899	2 839 550 Cho (99,1 Ar)	39 698 258 Koku
	1900	2 828 349 "	41 465 137 "
Gerste:	1899	657 216 "	8 512 726 "
	1900	644 529 "	8 659 487 "
Roggen:	1899	687 274 "	6 682 021 "
	1900	692 999 "	7 495 336 "

	Bebaute Oberfläche:	Ertrag:
Weizen: 1899	465 331 Cho (99,1 Ar)	4 141 205 Kofu
1900	468 468 "	4 236 850 "

Es scheint dies auf eine intensivere Arbeit als früher zu deuten.
Der auswärtige Handel Japans hat sich sehr bedeutend entwickelt.

Die Ausfuhr japanischer Produkte betrug	
1891	78 738 054 Yen
1896	116 575 579 "
1900	200 178 993 "
die Einfuhr fremder Produkte	
1891	62 880 671 Yen
1896	171 459 556 "
1900	286 588 421 "

d. h. während 1891 für ungefähr 16 Millionen Yen mehr ausgeführt als eingeführt wurden, ein Verhältnis, das bis zum Jahre 1895 fortbauerte (wenn auch mit einer Ausnahme 1894), betrug das Mehr der Einfuhr 1896 55 Millionen und 1901 86 Millionen. Eine solche sogenannte ungünstige Handelsbilanz, wie sie z. B. auf Deutschlands und Englands Zustände keinerlei ungünstiges Licht wirft, ist aber für Länder, die keine Forderungen an das Ausland besitzen, durch die der Unterschied ausgeglichen wird, von entschiedenem Nachteil, da er dann nur durch Barzahlungen beglichen werden kann.

Der deutsche Anteil betrug, nach der Flagge:

1893 Ausfuhr	10 491 617 Yen,	Einfuhr	13 559 283 Yen
1896 "	15 185 564 "	"	23 533 348 "
1900 "	30 629 902 "	"	41 693 124 "

nach dem Lande der Aus- oder Einfuhr; nach oder aus Deutschland:

1893 nach D.	1 380 040 Yen,	aus D.	7 318 134 Yen
1896 " "	2 972 137 "	" "	17 183 958 "
1900 " "	3 555 614 "	" "	29 199 969 "

Diese letzteren Zahlen enthalten, wenn sie auch eine erfreuliche Zunahme namentlich der deutschen Einfuhr nachweisen, eine unangenehme Überraschung. Es ist eine der oft gehörten Behauptungen, daß die zollamtlichen nach der Flagge, unter der die Ein- und Ausfuhr stattfinden, zusammengestellten Angaben dem deutschen Handel nicht gerecht würden und ihn zu klein erscheinen ließen. Hier haben wir den Beweis, daß die Ein- und Ausfuhr nach und aus Deutschland sehr weit, im ersteren Falle um 27 Millionen, im letzteren um 12,5 Millionen hinter den nach der Flagge zusammengestellten Angaben zurückbleibt. Die hauptsächlichsten Ausfuhrartikel nach Deutschland waren 1900: Reis, Seidenstoffe, seidene Taschentücher, Strohgeflecht, Kupfer (1357243 Yen), Lackwaren, Porzellan- und Tonwaren, Fischöl (462674 Yen), Vegetabilisches Wachs, Steinkohlen; die hauptsächlichsten Einfuhrartikel aus Deutschland: Weißer Zucker (2938987 Yen), brauner Zucker (479616 Yen), trockener Indigo (1629499 Yen), Baumwollensamt, Wolle (1258651 Yen), wollenes Garn (1601155 Yen), Tuch (965945 Yen), Mousseline de laine (1020065 Yen), Flanelle (846076 Yen), Satins, Decken, bearbeitetes und Sohlenleder, Eisen in Blöcken und Platten, Schienen (562235 Yen gegen 905763 für England und 3161400 für die Ver. Staaten), Stangeneisen (758019 Yen), Nägel (623513 Yen), Uhren (4483 bei einer Gesamteinfuhr von 729747 Yen), Spinnmaschinen, Cigaretten, Druckpapier (289928 von 2036844 Yen).

Die japanische Regierung hat durch den Bau von Eisenbahnen und Subventionen aller Art für Eisenbahn-, Dampfschiff- und sonstige Gesellschaften sehr viel für die Entwicklung von Handel, Verkehr und Schifffahrt getan. Die Zahl der Dampfschiffe von über 500 Tonnen (erst 1895 wird eine besondere Klasse von über 1000 Tonnen aufgeführt) ist von 22 mit 20397 Tonnen in 1883 auf 220 mit 450412 Tonnen in 1900 gestiegen (davon 159 von über 1000 Tonnen Gehalt mit 410537 Tonnen).

Die größte Dampfschiffgesellschaft Japans, die Nippon Yusen Kaisha, erhöhte nach dem Kriege mit China ihr Kapital von 8 auf 22 Millionen Yen und bestellte 18 neue Dampfer, davon 15 von 5000 Tonnen und mehr. Abgesehen von den Zuschüssen, die sie unter dem Schiffahrtsgesetz und dem Schiffsbaugegesetz erhält, bezahlt die Regierung ihr eine Subvention von mindestens $3\frac{1}{2}$ Millionen Yen. Nach dem Schiffahrtsgesetz zahlt die Regierung jedem japanischen noch nicht fünf Jahre alten Dampfer von über 1000 Tonnen Gehalt und 10 Knoten Geschwindigkeit gegen gewisse zu übernehmende Verpflichtungen für jede zurückgelegte Seemeile auf einer Fahrt ins Ausland 25 Sen, für jeden Knoten mehr wird die Prämie um 20 Prozent erhöht. Nach fünf Jahren tritt ein jährlicher Abzug von 5 Prozent von der Prämie ein. Nach dem Schiffsbaugegesetz zahlt sie für jeden einem Japaner gehörigen, in Japan gebauten Dampfer bei Schiffen zwischen 700 und 1000 Tonnen für jede Tonne eine Prämie von 12 Yen; bei Schiffen von über 1000 Tonnen eine solche von 20 Yen. Falls die Maschinen in Japan zusammengesetzt worden sind, wird für jede Pferdekraft eine Sonderprämie von 5 Yen gezahlt.

Wenn man nun das Fazit aus allen diesen Einzelheiten ziehen will, so kommt man zu dem Ergebnis, daß von der japanischen Regierung viel, unendlich viel geschehen ist, um dem Lande, das erst im Jahre 1854 nach jahrhundertelanger Abschließung wieder mit der Außenwelt in Berührung gekommen und erst zwanzig Jahre später mit derselben in wirklichen Verkehr getreten ist, den Wettbewerb in Handel und Industrie zu ermöglichen. Wenn das Ziel trotz der gewaltigen Zunahme des Werts des Handelsverkehrs und einer sehr achtungsvollen Entwicklung der Industrie nicht erreicht worden ist, so liegt dies einerseits unzweifelhaft an der kaufmännischen Unzuverlässigkeit der Japaner, der abzuhelpen die Regierung kürzlich sogar einen Lehrstuhl der „Kaufmännischen Sittenlehre“ an der Universität von Tokio gestiftet hat, andererseits daran, daß der Übergang aus der alten Zeit in die neue ein zu plötzlicher,

erzwungener gewesen ist, um nicht in allen Verhältnissen tiefe Wunden zu reißen, die sich noch überall fühlbar machen. Dann aber ist die neue Rüstung zu schwer für den Körper, der sie tragen soll; es ist ja richtig, daß die finanziellen Lasten des japanischen Volkes, wenn sie auch in den letzten dreißig Jahren um dreihundert Prozent gewachsen sind, viel leichter sind als die, welche die Völker Europas zu tragen haben, aber dagegen ist auch das japanische Volk, individuell und als Ganzes, unendlich viel ärmer als die großen Nationen Europas und die Vereinigten Staaten von Amerika, mit denen es in Wettbewerb einzutreten versucht. Nur fremde finanzielle Hilfe kann das Mißverhältnis ausgleichen und um dieselbe zu erlangen, müßte man sich in Japan entschließen, den alten Wahlspruch „Japan für die Japaner“ endgiltig fallen zu lassen. Daran scheint man aber für den Augenblick nicht zu denken, die Außenwelt kann aber ruhig abwarten, bis man sich in Japan zu der „do ut des“-Politik bekehrt haben wird. In der Zwischenzeit vermitteln fremde und chinesische Kaufleute den Handel Japans mit der Welt.

Die Entwicklung des chinesischen Handels und Industrie ist eine viel weniger komplizierte als die Japans. Der Chinese ist zu allen Zeiten ein vortrefflicher Kaufmann gewesen, der sich mit Recht, einzelne schwarze Schafe ausgenommen und wo gäbe es die nicht, des wohlverdienten Rufes größter Zuverlässigkeit erfreut. Die Industrie war und ist noch, mit einzelnen verschwindenden Ausnahmen, Hausindustrie, auch wo sie infolge der Agglomeration zahlreicher kleiner Betriebe, wie in King-te-chin am Yangtze für Porzellan, bei den Salzbrunnen in Szechuen oder den Glasbläsern am Poshan etwas Fabrikartiges angenommen hat. Was in China in jüngerer Zeit von industriellen Einrichtungen nach europäischer Art geschaffen worden ist, hat, wenige Fälle ausgenommen, in denen die Initiative von chinesischen Beamten ausging, sein Bestehen fremdem Einfluß und zum größten Teil auch fremdem Kapital zu verdanken. Fast alle mit China seit 1858 abgeschlossenen

Verträge enthielten die Bestimmung, daß den sich in China aufhaltenden Fremden die Ausübung von Handel und Industrie gestattet sein solle, aber die chinesische Regierung hat es verstanden, diese vertragsmäßige Vergünstigung zu einer vollständig illusorischen zu machen. Versuche von Fremden, mit Chinesen zusammen Fabrikbetriebe ins Leben zu rufen, wurden durch die Einkerklerung der letzteren unter falschen Vorwänden vereitelt, und in den wenigen Fällen, in denen Fremde auf eigene Hand die fabrikmäßige Anfertigung einzelner Artikel in die Hand nahmen, scheuten die chinesischen Lokalbehörden nicht vor Gewaltschritten zurück, um dies zu verhindern und fanden bei den Provinzialbehörden wie bei der Zentralregierung eifrige Unterstützung. Und wenn es in manchen solchen Fällen auch gelang, nach langen Verhandlungen die Zahlung einer Entschädigung durchzusetzen, so wurde die Sache selbst dadurch doch nicht gefördert. Nur die in der Fremdeniederlassung in Shanghai und in Canton nach europäischem Muster eingerichteten Seidenhaspelanstalten konnten sich halten, wohl weil die Lokalbehörden den nachteiligen Einfluß einer Unterdrückung derselben auf die Seidenausfuhr fürchteten. Das Schlimmste aber war, daß, während die chinesischen Behörden so alles taten, um eine vernünftige Entwicklung der Industrie unmöglich zu machen, sie einerseits selbst an die Errichtung von Fabriken gingen, also ein behördliches Monopol schufen, oder solche Monopole bestimmten von ihnen bevorzugten eingeborenen Kaufleuten erteilten. Erst durch den Vertrag von Shimonoseki wurde die Frage den Wünschen der Fremden entsprechend geregelt, indem durch denselben ihr Recht, in China Industrie zu treiben, unzweifelhaft festgestellt und anerkannt wurde. Aber auch so fanden die chinesischen Behörden noch Mittel und Wege, dem fremden Fabrikbesitzer Hindernisse in den Weg zu legen, indem sie z. B. die von chinesischen Fabriken angefertigten Waren nach Zahlung einer dem Eingangszoll gleichkommenden Gebühr unter Transitpaß ins Inland zu befördern gestatteten, während sie in fremdem Besitz befindlichen Fabriken die gleiche Vergünstigung versagten.

Bald nach dem Abschluß des Friedens von Shimonoseki 1895 entstand eine Anzahl großer Baumwollenspinnereien in Shanghai; Ende 1897 betrug die Zahl derselben bereits neun, die mit 200 000 Spindeln arbeiteten, die bald um 100 000 erhöht wurden. Ebenso waren in der Zeit 15 Dampfsidenspinnereien mit 4566 Becken, deren Zahl auf das Doppelte erhöht werden konnte, dauernd in Tätigkeit. Freilich hatten ein Jahr vorher 26 solcher Spinnereien mit 7800 Becken gearbeitet, aber eine Anzahl derselben hatte die Arbeit einstellen müssen, weil die scharfe Konkurrenz die Preise der Kokons so in die Höhe getrieben hatte, daß eine Gewinn bringende Arbeit nicht mehr möglich war. Ähnliche Ursachen zeigten sich auch als den Baumwollenspinnereien schädlich, aber neben dem Heraufgehen der Preise des Rohmaterials, für welches die Käufer in China auch gegen die japanische Konkurrenz zu kämpfen hatten, war es hauptsächlich der Mangel an Kapital, der sie schädigte, denn die in China etablierten fremden Bankinstitute lehnten entweder Vorschüsse ab oder gewährten sie nur unter Bedingungen, die jedes lohnende Ergebnis für die Aktionäre der Spinnereien ausschlossen. Im übrigen bestätigte sich auch hier die alte Erfahrung, daß der Bedarf an Arbeitern den Lohn derselben in die Höhe treibt. Während derselbe zu Anfang des Jahres 1897 20 Cents (40 Pfennig) täglich betrug, stieg er im Lauf des Jahres auf 30 Cents, um am Ende des Jahres wieder auf 25 Cents herunterzugehen. In den Seidenspinnereien gingen die Arbeitslöhne von 16 Cents auf 35, während zugleich der Preis der Kokons von 28 Dollar im Vorjahre auf 33 bis 35 Dollar stieg und der Preis der Kohlen um fast 180 Prozent zunahm. Die Kosten des Gaspelns eines Pikuls Seide wurde dadurch um 60 Mark erhöht und der Preis eines Pikuls Seide durch alle diese Umstände von 500 Taels auf 750. Die Berichte des englischen Generalkonsulats in Shanghai konstatieren dabei das Wachsen der Preise aller Lebensbedürfnisse, wie des Wertes des Landes. Das Urteil über die physische Beschaffenheit der Arbeiter lautet

sehr günstig und es ist zu bemerken, daß trotz der Abgeschlossenheit des chinesischen Familienlebens in Shanghai viele Frauen — in Japan sind es vielfach Unverheiratete — in den Spinnereien Arbeit suchten und fanden. In dem Bericht der 1896—97 in China tätigen Mission der Handelskammer von Blackburn wird gesagt, daß ein Mann von guten physischen und geistigen Eigenschaften, soweit man ihn nur als einen ökonomischen Faktor betrachte, von den Chinesen billiger als von irgend einer anderen Rasse hervorgebracht werde. Es fehle ihm vielleicht an den höheren moralischen Qualitäten, wie individueller Zuverlässigkeit, öffentlichem Sinn, Pflichtgefühl und aktivem Mut, aber in den bescheideneren moralischen Eigenschaften, der geistigen und körperlichen Geduld und Ausdauer in der Arbeit sei er unerreicht. Körperlich sei er ein harter Mann, weit entfernt von einem Asiaten, wie man das Wort in England verstehe. Unter der Leitung geschickter europäischer Direktoren und Werksführer, Leuten von Charakter und Temperament, fest, gerecht und vernünftig, würden der chinesische Kuli und seine Frau vortreffliche Fabrikarbeiter abgeben. Europäische Leitung sei allerdings unentbehrlich gerade wegen der vorangeführten moralischen Mängel der Chinesen. Nach englischem Maßstab müßten, mit wenigen Ausnahmen, alle Organisationen in China, die über die Familie und kleine Geschäftsbeteiligungen hinausgingen, als hoffnungslose Mißerfolge bezeichnet werden. Den oberen Klassen scheine die moralische Kraft zu fehlen, um große Unternehmungen durchzuführen.

Diese Schilderung ist unzweifelhaft zutreffend, wie dies auch die Mißerfolge der von chinesischen Beamten geschaffenen und verwalteten industriellen Unternehmungen beweisen, aber in ihr liegt auch zugleich die Gewißheit, daß China noch für lange Zeit kein wirklich gefährlicher Konkurrent für die europäische Industrie werden werde. Auch in China spielt das Prinzip „China für die Chinesen“ eine große, vielleicht die größte Rolle, und wenn auch die Beamten wie die Behörden und die Regierung, für deren Handlungsweise dieser Grundsatz

stets maßgebend gewesen ist, zusammenbrechen sollten, so werden schon der chinesische Kapitalist und Kaufmann, wie die Gilden und sonstigen Verbindungen dafür sorgen, daß die Millionen von unzweifelhaft vorhandenen Arbeitskräften nicht von Fremden für den eigenen Vorteil ausgenutzt werden können. Wer den Chinesen, seine Auffassung und Handlungsweise und die ungeheure soziale Kohäsionskraft kennt, die in dem Volke steckt, und die in der teils freiwilligen, teils erzwungenen Rücksichtnahme auf die Interessen der Nachbarn kulminiert, wird sich nicht dem Glauben hingeben, daß selbst materielle Vorteile die breite Masse des Volkes bewegen könnten, zu Gunsten fremder Unternehmer heimische Interessen zu schädigen. Auf den eingeborenen Kapitalisten, mit Ausnahme von den in den fremden Niederlassungen in den geöffnieten Häfen angesessenen, werden solche Rücksichten noch größeren Einfluß ausüben.

Über den Handel Chinas mit dem Auslande bestehen nur insoweit Nachrichten, als derselbe in Schiffen von fremder Bauart betrieben wird und der Beaufsichtigung durch das sogenannte (fremde) Seezollamt, einer aus Fremden aller Nationen unter der Leitung Sir Robert Harts bestehenden kosmopolitischen Behörde untersteht. Nach den statistischen Berichten desselben betrug der Wert des Handels in Schiffen fremder Bauart, die unter chinesischer Flagge mit einbegriffen:

Im direkten Verkehr mit dem Auslande.

	Einfuhr:	Ausfuhr:
1866	114 617 526 Taelſ	
1875	69 993 827 Taelſ	68 912 929 Taelſ
1885	89 406 883 "	66 212 576 "
1901	277 139 735 "	178 493 574 " *)

Im Küstenhandel.

	Einwärts:	Auswärts:
1875	117 558 797 Taelſ	107 747 461 Taelſ
1885	136 754 230 "	158 272 231 "
1901	366 904 532 "	322 725 138 "

*) Für 1902, Einfuhr: 315 363 905 T.; Ausfuhr: 214 181 584 T.

Man sieht, daß trotz aller Hindernisse und Schwierigkeiten der Handel sehr zugenommen hat und daß auch das Fallen des Silberpreises von annähernd 7 Mark per Tael in 1875 auf 3 Mark in 1901 einen dauernden nachteiligen Einfluß auf die fremde Einfuhr auszuüben nicht im stande gewesen ist; man wird daher wohl nicht irre gehen, wenn man annimmt, daß auch das weitere Fallen des Silberpreises den Einfuhrhandel auf die Dauer zu schädigen nicht im stande sein dürfte.

Der Verkehr wurde vermittelt:

(Ein- und Ausflarierungen)

1875	durch	16 872	Schiffe	mit	9 410 905	Tonnen
1885	"	23 440	"	"	18 068 177	"
1901	"	64 844	"	"	47 394 668	" *)

von denen unter deutscher Flagge fuhren:

1875	1620	Schiffe	mit	642 976	Tonnen
1885	2230	"	"	1 217 685	"
1901	6641	"	"	7 542 829	"

was in dem letzten Jahre 10,50 Prozent aller Ein- und Ausflarierungen und 15,58 Prozent des Gesamttonnengehalts ausmachte, während das Verhältnis 1895 7,23 Prozent resp. 8,21 Prozent und 1892 5,32 Prozent resp. 4,98 Prozent gewesen war. Der deutsche Anteil an dem Wert des fremden Ein- und Ausfuhr- und Küstenhandels, nach der Flagge der Schiffe berechnet, war in dem letzteren Jahre 4,37 Prozent, 1895 7,31 Prozent, 1901 9,51 Prozent, immerhin ein recht erfreuliches Wachstum, wenn das Ergebnis auch weit hinter dem zurückbleibt, was wir anstreben müssen.

In gleichem Maße, wie der Wert des Handels und die Schifffahrt gestiegen sind, haben auch die Einnahmen des fremden Seezollamts zugenommen, die heute ein Viertel der gesamten chinesischen Staatseinkünfte ausmachen. Von 8,7 Millionen Tael in 1866 sind dieselben auf 11,9 Millionen in 1875,

*) 1902: 53 990 002 Tonnen, wovon leider nur 13 Prozent auf die deutsche Flagge entfallen.

14,4 Millionen in 1885, 21,3 Millionen in 1895 und 30 Millionen in 1902 angewachsen; der erfreulichste Beweis der Lebensfähigkeit des chinesischen Handels ist aber unzweifelhaft der gewesen, daß weder die großen politischen Krisen, noch sehr erhebliche Verluste an Gebiet die aufsteigende Tendenz desselben aufzuhalten im Stande gewesen sind. Wenn während des japanisch-chinesischen Kriegs die Einnahmen von 22,5 Millionen in 1894 für 1895 auf 21,3 Millionen zurückgegangen waren, stiegen sie bereits 1896 wieder auf 22,5 und im nächsten Jahre auf 22,7 Millionen, obgleich China in dem Kriege Formosa mit zwei dem fremden Handel geöffneten Häfen verloren hatte. Der Boxeraufstand und die fremde Besetzung Peking's und der Provinz Chili haben noch weniger Einfluß ausgeübt; 1900 betrug die Einnahmen des Zollamts 22,8 Millionen, 1901 waren sie auf 25,5 Millionen gestiegen und 1902 um weitere 4,5 Millionen, auf über 30 Millionen.

Die ungünstige Handelsbilanz hat sich bis jetzt wenig fühlbar gemacht, im Gegenteil hat die nicht unbeträchtliche Steigerung der Ausfuhr einen belebenden Einfluß auf den Einfuhrhandel ausgeübt. Schwerer ins Gewicht fallen die großen Goldanleihen, die China zur Deckung der Kriegskosten und der japanischen Entschädigung hat aufnehmen müssen und für die letztere allein 50 Millionen Pfund betragen und die Entschädigung von 450 Millionen Taels, welche sie ebenfalls in Gold an die verbündeten Mächte für die in den Jahren 1900—1901 aufgewendeten Kosten zu zahlen hat. Für den Dienst dieser Anleihen und Verpflichtungen fällt das Sinken des Silberpreises ganz besonders schwer ins Gewicht. An und für sich ist China zwar unzweifelhaft in der Lage, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, denn die Steuern und Abgaben, die heute auf der Bevölkerung lasten, sind nach unseren Begriffen unglaublich geringe. So bringt die Salzsteuer in China, den Tael zu 3 Mark gerechnet, ungefähr 40 Millionen Mark, während sie in Indien, die Rupie zu 1,40 Mark angenommen, 116 Millionen einbringt; noch viel

größer ist das Mißverhältnis in Betreff der Grundsteuer. Dieselbe bringt in China je nach den Schwankungen, die infolge ungünstiger Ernten stattfinden, 60—75 Millionen Mark, in Indien ca. 450 Millionen Mark. Die Einnahmen der Regierung werden verschieden auf 72 und 89 Millionen Taels, von mir am höchsten auf 100 Millionen geschätzt, von denen 25 Millionen von dem fremden Seezollamt aufgebracht werden, aber selbst 300 Millionen Mark sind ein verschwindender Betrag für eine Bevölkerung von annähernd 400 Millionen Menschen. In Preußen, das 32 Millionen Einwohner besitzt, betragen die Einnahmen für das Etatsjahr 1900—1901 über 2472 Millionen Mark, während die öffentliche Schuld sich auf über 6591 Millionen Mark belief. In demselben Zeitraum waren die Einnahmen des Reichs bei ca. 52 Millionen Einwohnern 1980 Millionen Mark, ohne die Matrikularbeiträge. Rechnet man, daß drei Fünftel der Einnahmen des Reichs, also 1128 Millionen von Preußen aufgebracht werden, so kommt man dazu, daß von den Staatseinnahmen auf jeden Preußen ohne Unterschied des Alters und Geschlechts 112 Mark entfallen. In China bewegt sich nach den Berechnungen des früheren britischen Konsuls Barker die Besteuerung in den verschiedenen Provinzen des Reichs zwischen 87 Tael Cents (in Kiangsu) und 8 Tael Cents (in Szechuen), d. h. zwischen 2,61 Mark und 0,24 Mark, ein Steuersatz, der in lächerlichem Mißverhältnis zu dem steht, was Bürger und Bauer in Europa und Amerika zu zahlen haben. Da kann in China von den Beamten noch sehr viel mehr als tatsächlich geschieht, gestohlen werden, ehe die Steuerlast der Chinesen auch nur entfernt an die heranreicht, die nicht bloß die Europäer, sondern auch andere Asiaten zu tragen haben. Im allgemeinen leidet die Regierung viel mehr unter der Unredlichkeit ihrer Beamten als die Bevölkerung, die außerdem im Gildewesen und sonstigen Verbindungen ein oft erprobtes Mittel besitzt, zu starker Bedrückung erfolgreichen Widerstand entgegen zu setzen.

Von Korea, dem dritten der ostasiatischen Staaten, ist in

industrieller Beziehung nichts zu sagen, da Industrie dort weder nach europäischen noch asiatischen Begriffen besteht. Der Wert des Handels betrug 1899 für die Einfuhr 10,2 Millionen, für die Ausfuhr 4,9 Millionen Dollar à 2 Mark; der Unterschied wurde zum Teil durch die Ausfuhr von Gold im Werte von 3,4 Millionen gedeckt. Die Einnahmen und Ausgaben balanzierten (angeblich) mit etwas über 6 Millionen Dollar, wovon beinahe 3 Millionen durch die Grundsteuer, über eine Viertelmillion durch die Gebäudesteuer und 800 000 Dollar durch die Seezölle aufgebracht wurden. Die steuerpflichtige, d. h. erwachsene Bevölkerung wurde nach dem Censur von 1899 auf $5\frac{1}{2}$ Millionen angegeben, davon 3 Millionen Männer.

Wenn so die Berührung mit dem fremden Verkehr und Industrie, ganz besonders in Japan, zersetzend gewirkt und zur Umrechnung vieler wirtschaftlicher Werte geführt hat, ist das in noch sehr viel höherem Maße, soweit geistige Fragen in Betracht kommen, durch die Berührung mit fremder Wissenschaft und Religion geschehen. Auch hier ist die innere Wirkung am größten in Japan gewesen. Ohne eigene Zivilisation, ohne eigene Morallehre und, wenn man von dem dogmenlosen Shintoismus abieht, der in keiner Beziehung den Namen einer Religion verdient, ohne eigene Religion, waren die Japaner, wenigstens der höheren Klassen, durchaus bereit, die neue ausländische Zivilisation anzunehmen, deren materielle Vorzüge sie nicht verkennen konnten. Der schnelle und schroffe Übergang hat aber, wie das kaum anders zu erwarten war, zur Folge gehabt, daß die alten Grundlagen dessen, was in Japan japanische Kultur geworden war, die Lehren des Confucianismus und des Buddhismus, zerstört und nichts anderes an ihre Stelle gesetzt wurde. Die große Masse des Volkes hängt heute noch an dem Glauben der Vorfäter, der für sie freilich schon längst nur Aberglauben war, aber die Jugend der besseren Stände, ganz besonders auch der Samurailasse, wächst heran ohne an einem Glauben einen sittlichen Halt zu besitzen. Dumolard sagt darüber: „Die Jugend, welche die nationalen

Religionen als ein lächerliches Überbleibsel barbarischer Zeiten verwirft, hat nichts an ihrer Stelle angenommen. Sie hat weder ein moralisches, noch philosophisches oder religiöses Ideal. Sie hat nur den immer heißer werdenden Wunsch zu genießen, und sie besitzt nichts, was man ein Gewissen nennen könnte.“ Und an andern Stellen führt er aus, wie dieselbe Generation das einfache und einförmige, aber ruhige und auskömmliche Leben vor der Restauration von 1868 und die heutige fieberhafte Existenz mit ihren neuen Bedürfnissen, ihren Leidenschaften, ihrer Selbstsucht und ihrem Haß kennen gelernt habe. Bei der fieberhaften Eile, mit der man alles Alte umgestürzt habe, ohne dafür etwas Neues an seine Stelle setzen zu können, seien die Achtung vor den Führern und die alten Tugenden verloren gegangen und mit der Höflichkeit sei das Ehrgefühl verschwunden. Religiosität habe der Japaner nie viel besessen und was ihm heute in der Schule gelehrt werde, sei entweder ein exzessiver Militarismus oder ein veralteter Traditionalismus, welcher letztere hauptsächlich in den Volksschulen, auf kaiserlichen Befehl gelehrt werde und die Erhöhung der Verehrung für den Kaiser und die Verachtung der Fremden zum Ziel habe. Aber auch der Glaube an den Kaiser sei ins Wanken gekommen, jedenfalls habe der Mikado einen Teil des göttlichen Nimbus eingebüßt, den seine Vorfahren trotz ihrer jahrhundertelangen Entfernung aus dem Getriebe der Welt oder vielleicht gerade deswegen bewahrt gehabt hätten, denn er sei aus dem mystischen Halbdunkel, in dem er als Abkömmling der Sonnengöttin gelebt, zu früh und zu vollständig an das Licht der Tagespolitik getreten.

Diese Auffassung muß leider als eine durchaus zutreffende bezeichnet werden. Auch das Christentum hat diesem Zersekungsprozeß nicht Halt gebieten können und wird voraussichtlich auch nicht im stande sein dies zu tun. Der Missionar war als Lehrer, d. h. als Sprach- und wissenschaftlicher, nicht als Religionslehrer, in den ersten Zeiten nach der Eröffnung des Landes dem Japaner sehr willkommen; er hat jetzt diese

Stellung zum allergrößten Teile eingebüßt und ist auf die religiöse Tätigkeit beschränkt. Daß er damit besondere Fortschritte erzielt, ist trotz der gegenteiligen aus Missionarkreisen stammenden Angaben, mehr als zweifelhaft, jedenfalls wird das Christentum, wenn es in Japan wirklich festen Fuß fassen will, dies auf rein japanischer nationaler Grundlage tun müssen. Das stark entwickelte japanische Nationalgefühl macht sich auch nach dieser Richtung hin sehr bemerkbar und ihm sind die verschiedenen, zum Teil erfolgreichen Versuche japanischer Christen zuzuschreiben, sich von dem Einfluß fremder Missionsgesellschaften und der Verbindung mit ihnen freizumachen; jedenfalls wird das Christentum, wenn es je in Japan einen maßgebenden Einfluß erringen sollte, nie das europäische oder amerikanische Christentum sein, sondern ein besonders zurechtgelegtes national-japanisches mit einer starken Hinneigung zum Nationalismus.

Eine politische Rolle hat das Christentum in Japan nicht mehr gespielt, seitdem es zum Teil an der eigenen Schuld seiner Bekenner und Verbreiter in den ersten Jahrzehnten des 17. Jahrhunderts dort zu grunde ging und mit Feuer und Schwert ausgerottet wurde. Aber der Argwohn gegen und die Furcht vor seiner politischen Bedeutung blieben bestehen und führten, als nach der Wiedereröffnung des Landes 1854 Nachkommen der früheren katholischen Christen in der Nähe von Nagasaki entdeckt wurden und mit den Missionaren in Verbindung traten, zu einer neuen Christenverfolgung, die erst 1873 zu Ende ging. Seit dieser Zeit ist der Tätigkeit der Missionare aller Konfessionen innerhalb der allen Fremden zum freien Verkehr zugewiesenen Grenzen kein Hindernis in den Weg gelegt worden, das Mißtrauen, das in ihnen oft nur einen politischen Agenten ihres Heimatlandes sehen will, besteht aber trotzdem weiter fort und wird durch das Auftreten ihrer Genossen in dem benachbarten China genährt und verstärkt.

Auch in Korea hat die Anwesenheit christlicher Missionare in alter und neuer Zeit zu vielfachen Unruhen Veranlassung gegeben. Das Christentum war dort angeblich bereits gegen

Ende des 16. Jahrhunderts eingeführt worden, der erste fremde katholische Missionar soll aber erst in den letzten Jahren des 18. Jahrhunderts dorthin gelangt sein, was mit der ersten Verfolgung der eingeborenen Christen zusammengefallen sein soll. Erst 1835 folgten weitere Sendboten, aber grausame Verfolgungen machten ihren Erfolgen stets bald ein Ende; 1866 wurden neun französische Missionare dort hingerichtet. Als 1882 Korea für den freien Verkehr eröffnet wurde, trat tatsächliche, bald darauf auch vertragsmäßige Duldung ein. Im Volk (und wohl auch in den Regierungskreisen) blieb der Argwohn und der Haß gegen die Missionare indessen bestehen, und als 1894 der Aufstand der Tonghak, einer in 1859 gestifteten religiösen Sekte, ausbrach, war eine der vier Forderungen, welche dieselben stellten, die Austreibung der Fremden und die Wiederherstellung der Lehre der Heiligen in ihrer Reinheit. Seitdem sind die Missionare, katholische wie protestantische, erstere Franzosen, letztere Engländer und hauptsächlich Amerikaner, von Verfolgungen verschont geblieben.

Von China kann man leider nicht dasselbe sagen, obgleich dem aggressiven Vorgehen der Missionare kein kleiner Teil der Schuld an den bedauerlichen Vorfällen, zu denen die Versuche der Einführung des Christentums dort Veranlassung gegeben haben, zugeschrieben werden muß. Die Nestorianer, die bereits 635 nach China gekommen waren, gingen bei der Vertreibung der Mongolendynastie in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts unter, ohne daß Spuren ihrer Wirksamkeit übrig geblieben wären, und die erste katholische Mission, die 1292 in Peking (Cambaluc) eintraf, teilte ihr Schicksal. Nicht glücklicher war die erste protestantische Mission, die sich unter dem Schutze ihrer Landsleute, den Holländern, 1624 auf Formosa festsetzte und 1662 bei der Vertreibung derselben einging. 1579 kamen die ersten Jesuiten nach China, sie wußten am Hofe der Mingkaiser festen Fuß zu fassen und ihre Stellung auch zu bewahren, als diese Dynastie der der jetzt regierenden mandchurischen weichen mußte. Aber Intriguen Frankreichs,

welches Missionare seiner Nationalität in China die Rolle spielen sehen wollte, welche bis dahin den Jesuiten zugefallen war, Streitigkeiten zwischen den letzteren einerseits und den Dominikanern, Lazaristen und Priestern der Missions étrangères andererseits über die Frage der Ahnenverehrung und der des Confucius und schließlich die Entscheidung der Päpste gegen die von dem Kaiser Kanghsi vertretene Auffassung waren die Ursache des Beginns einer scharfen Verfolgung der eingeborenen Christen und fremden Missionare, die unter Kanghsis Nachfolgern seit 1723 einen schärferen Charakter annahm und mit einigen Schwankungen und Abschwächungen bis 1845—46 anhielt. In diesen Jahren wurde auf Antrag des französischen Gesandten de Lagréné den Chinesen die Ausübung der christlichen Religion gestattet und angeordnet, daß im Inlande angetroffene fremde Missionare nicht mehr wie bisher bestraft, sondern nur ihren Behörden in den geöffneten Häfen zugeführt werden sollten. Erst der französische Vertrag von 1858 enthielt in Art. 13 die Bestimmung, daß ausreichender Schutz den Missionaren gewährt werden solle, die sich mit regelmäßigen Pässen versehen friedlich in das Innere begäben, und Art. 6 der französischen Konvention von 1860 fügte im chinesischen Texte die Erlaubnis für französische Missionare hinzu, in allen Provinzen des Reichs Land zu mieten oder zu kaufen und auf demselben nach Belieben Gebäude zu errichten. Es war dies eine ohne Vorwissen des französischen Botschafters, Baron Gros, von dem Dolmetscher, man kann leicht erraten auf dessen Veranlassung, in den chinesischen, bei Streitigkeiten nicht maßgebenden Text des Vertrags hineingeschmuggelte Fälschung. Als die chinesische Regierung sie später entdeckte, wurde auf ihre Veranlassung diese Bestimmung dahin abgeändert, daß solche Grundstücke nicht Eigentum der Priester, sondern der christlichen Gemeinden sein sollten. Aber auch in dieser Form hat die Abmachung, welche unter dem Namen des französischen Vertreters, der sie abschloß, Mr. Berthémy, bekannt ist und schließlich auf Missionare aller Nationen und Konfessionen

Anwendung fand, zu unendlichen Schwierigkeiten Veranlassung gegeben und nicht wenig dazu beigetragen, die Missionarfrage zu der brennendsten in China zu machen. Der Taipingaufstand, der von 1852—64 dreizehn von den achtzehn Provinzen des chinesischen Reichs in der furchtbarsten Weise verwüstete, wurde mehr durch die Torheit vieler protestantischen Missionare als durch die Tatsachen zu einem christlichen gestempelt und trug dazu bei, auch diese Klasse von Missionaren der Regierung verdächtig zu machen. Als 1870 das sogenannte Tientsin-Massakre stattgefunden hatte, benutzte die chinesische Regierung diese Gelegenheit, um mit Vorschlägen zur Regelung der Missionarfrage hervorzutreten; manche derselben waren töricht und unannehmbar, aber bei gegenseitigem guten Willen hätte doch eine Grundlage zur Verständigung gefunden werden können. Wie sehr der chinesischen Regierung die Frage am Herzen liegt, kann man daraus entnehmen, daß sie einige dreißig Jahre später auf die Aufnahme eines Artikels in das am 5. September 1902 mit England unterzeichnete Abkommen bestanden hat, durch welches das letztere sich verpflichtet, sich an einer eventuell zur Erörterung der Missionarfrage zusammentretenden Konferenz zu beteiligen.

Es kann nicht in Abrede gestellt werden, daß die Missionarfrage „fons et origo mali“ ist, soweit China in Betracht kommt; es handelt sich dabei nicht bloß um christenfeindliche Empfindungen und Bewegungen, sondern auch um fremdenfeindliche, aber der Missionar ist eben ein Fremder und zwar derjenige, der am meisten und in den entlegensten Gegenden mit der Bevölkerung in Berührung tritt und daher am leichtesten in die Lage kommen kann, ihre berechtigten und unberechtigten Eigentümlichkeiten zu verletzen und sie dadurch gegen sich, alle Fremden und das Christentum aufzubringen. Viele der Reibungen könnten vermieden werden, wenn die fremden Missionare sich damit begnügen wollten, in den geöffneten Häfen ihre direkte Lehrtätigkeit auszuüben und chinesische Sendboten auszubilden, die dann im Innern wirken würden. Aber es ist

kaum zu erwarten, daß sich die hauptsächlichsten Leiter der protestantischen Propaganda einem solchen Plane, der allerdings auch bereits von Missionaren, und zwar der besten einigen, in Vorschlag gebracht worden ist, anschließen werden, da damit das gewisse sportliche (*sit venia verbo*) Interesse an der Propaganda verloren gehen dürfte, das heute nicht wenig zur Füllung der Kassen derselben beiträgt. Der von anderer Seite gemachte Einwand, daß solchen eingeborenen Sendboten die erforderliche Zuverlässigkeit des Charakters namentlich in Geldfragen abgehen würde, müßte, wenn er nach mehr als sechzigjähriger Tätigkeit zutreffend wäre, als ein Beweis für die Aussichtslosigkeit des Versuches, China zu christianisieren, anzusehen sein. Für die katholischen Missionare würde sich vielleicht mit Hinzunahme von einigen Plätzen im Innern, an denen sich bereits größere Etablissements befinden und die selbstverständlich auch den Protestanten zugänglich gemacht werden müßten, ähnliches erzielen lassen. Ein solcher Plan würde unbedingt den Vorteil haben, die Reibungspunkte und die Gefahren, denen die Missionare im Innern ausgesetzt sind, zu vermindern. Es ist außerdem kein hübsches und wohl auch kein erbauliches Schauspiel, bei dem Ausbruch von Unruhen und Verfolgungen die Missionare ihre Gemeinden verlassen und nach den geöffneten Häfen flüchten zu sehen, wie das 1900 so vielfach der Fall gewesen ist. Wenn solche Eventualitäten vermieden werden können, so wird dadurch der Sache der Propaganda nur ein Dienst erwiesen werden.

Die Vorgänge bei der Unterdrückung des Boxeraufstandes und der Bestrafung der Schuldigen haben vielleicht die Furcht vor den Missionaren, jedenfalls nicht die Achtung vor denselben gesteigert, was kaum Wunder nehmen kann, wenn man an die Plünderungen und Eigentumsberaubungen denkt, die von katholischen und protestantischen Missionaren, und nicht nur zum Vorteil ihrer chinesischen Proselyten, ins Werk gesetzt worden sind. Daß dies von seiten der Missionare in Abrede gestellt wird, ist selbstverständlich, aber der Beweis dafür liegt

in der Sorgfalt, mit der, seitdem der erste Schrecken überwunden, in China von allen Seiten dahin gewirkt wird, ihren Einfluß aus den bestehenden oder zu errichtenden Schulen fern zu halten oder, wo er bestand, auszumerzen. Der Missionar wird höchstens noch zur Beschaffung von Büchern benutzt, in denen der Chineser mehr als irgend etwas anderes Kampfmittel gegen den fremden Feind sieht und sucht. Einzelne Ausnahmen bestehen unzweifelhaft, besonders unter den ältesten Mitgliedern der Missionen, die sich durch langen Aufenthalt im Lande und langjährige Berührung mit allen Klassen der Einwohner einerseits hinreichende Kenntnis von dem Charakter des Volkes und andererseits das Vertrauen weiterer Kreise zu erwerben gewußt haben, aber wenn diese Ausnahmen auch den besten Typus des Missionars darstellen, finden sie vielleicht bei ihren fanatischeren Genossen nicht den Glauben und die Unterstützung, die sie im Interesse der Sache verdienen würden.

Auch im allgemeinen haben die Vorgänge von 1900 und 1901 nicht dazu beigetragen, die Achtung der Chinesen vor den Fremden zu steigern. Sie sind ihm heute weniger als je Träger einer höheren Kultur, sondern nur vielleicht kräftigere, aber jedenfalls rohere Exemplare des *genus homo* als er selbst zu sein glaubt; eine Auffassung, die leider nicht ohne jede Berechtigung ist und nicht dazu angetan sein dürfte, dem Europäer die zivilisatorische Aufgabe, für die er sich geschaffen glaubt, zu erleichtern.

Es bleibt übrig, die politische Lage zu betrachten, wie sie sich im Laufe der Jahre, aber hauptsächlich seit dem chinesisch-japanischen Kriege entwickelt hat und sich voraussichtlich, die Zukunft ist immer ungewiß, weiter entwickeln wird. Dabei kann Korea ausgeschlossen werden, es ist der Einsatz, um den stärkere Völker miteinander ringen können und werden, es wird der Preis des Siegers sein, aber es wird selbst keinen aktiven, entscheidenden Anteil an dem Kampfe nehmen. Wenn es dies in früheren Jahrhunderten getan, so bei der japanischen Invasion während der letzten Jahre des 16. Jahrhunderts,

als es durch seine Flotte in einzelnen Phasen des Kampfes selbst ein entscheidendes Gewicht in die Waagschale werfen konnte, so haben sich die Verhältnisse heute vollständig verändert. Ein Kanonenboot würde hinreichen, die Herrschaft in den koreanischen Gewässern zu gewinnen und zu erhalten, und wenn insurrectionelle Erhebungen einem Eindringling auch gefährlich werden können, so ist das doch nur unter der Bedingung wahrscheinlich, daß eine solche Guerillamacht annähernd ebensogut bewaffnet und im Gebrauch der Waffen ebenso geübt sei, wie ihr Gegner; davon kann aber bei Korea nicht die Rede sein. Es muß und wird also für absehbare Zeit eine quantité négligeable in viel höherem Maße sein, als Jules Ferry einst zu seinem Schaden von China annahm und aussprach.

Was Japan anbetrifft, so werden irgend welche wichtigen politischen Entschliefungen von dem Stand seiner Finanzen abhängen, der für den Augenblick nichts weniger als glänzend ist. 1882/83 belief sich das Ausgabenbudget des Reichs auf annähernd 73¹/₂ Millionen Yen, während die Staatsschuld, 105,6 Millionen Papiergeld mit einbegriffen, 349,7 Millionen Yen betrug; dabei behauptete die Regierung, einen Reservefond von 63,5 Millionen zu besitzen. Die Kosten für die Armee beliefen sich auf 9 Millionen, die für die Marine auf 3,4 Millionen mit 3 Millionen extraordinären Ausgaben für beide zusammen. Der Betrag der gesamten lokalen Abgaben war (1883/84) ca. 20 Millionen Yen und die Einnahmen der Kreise, Städte und Dörfer betragen 18 Millionen. In 1893, dem Jahre vor dem Kriege, belief sich das Ausgabenbudget auf 78,1 Millionen, die Staatsschuld betrug, 19 Millionen Papiergeld einbegriffen, 286,3 Millionen, während für die Armee 16,7 Millionen und für die Flotte 8 Millionen verausgabt wurden. Die lokalen Taxen brachten 23,3 Millionen, die der Kommunen 32,6 Millionen. Man sieht, daß die Steigerung der Ausgaben sich innerhalb sehr bescheidener und vernünftiger Grenzen gehalten hatte. Im Jahre 1896/97, dem ersten Jahre nach der Beendigung des Krieges, waren die

Ausgaben auf 168,8 Millionen, d. h. auf das Doppelte des letzten Budgets vor dem Kriege, gestiegen, und die Ausgaben für die Armee betragen 59,2 Millionen, für die Marine 53,3 Millionen. Der Betrag der Staatsschuld war, 9 Millionen Papiergeld inbegriffen, 419,3 Millionen, und die lokalen (jetzt departementalen) Abgaben beliefen sich auf 41 Millionen, die der Kommunen auf 43,4 Millionen. Für 1901/1902 betrug das Ausgabenbudget 275,8 Millionen, von denen 45,5 Millionen auf die Armee und 37 Millionen auf die Marine kamen; die Staatsschuld belief sich 1900/1901 auf 510 Millionen, 1,7 Millionen Papiergeld inbegriffen, während schon 1899/1900 die departementalen Abgaben auf 56,2 Millionen, die der Kommunen auf 72 Millionen angewachsen waren. Die Ausgaben sind also in vier Jahren um 107 Millionen, die Staatsschuld um 91 Millionen, wozu eine englische Anleihe von 50 Millionen von 1902 kommt, die departementalen Abgaben um 15 Millionen, die kommunalen um 29 Millionen gewachsen. Und das obgleich sich unter den Einnahmeposten 182 Millionen Yen aus der chinesischen Entschädigung befinden!

Die große Steigerung der Ausgaben ist hauptsächlich durch das Programm verursacht worden, das nach der Beendigung des Krieges gegen China aufgestellt wurde und die Reorganisation der Armee und der Flotte im größten Stil, Hafens-, Befestigungs- und Eisenbahnbauten, die Ausdehnung des Telegraphen- und Telephonnetzes, die Errichtung von industriellen, Ackerbau- und sonstigen Banken, einer Universität in Kioto und einer größeren Anzahl von höheren Schulen umfaßte. Vierhundert und einige dreißig Millionen Yen sollten in den Jahren 1896—1905 für die Durchführung desselben verwendet werden und zwar 81,6 Millionen für die Armee, 213 Millionen für die Marine, 107,8 Millionen für die Eisenbahnen und 28,6 Millionen für andere öffentliche Arbeiten. Man hatte für die Ausführung auf 196,7 Millionen aus der chinesischen Kriegsentchädigung, auf 21 Millionen Überschüsse und 213,4 Millionen aus inneren Anleihen gerechnet, sich aber in dieser

letzteren Beziehung sehr getäuscht, da das Volk nur für Eisenbahnen und das nicht in besonders hohen Beträgen gezeichnet zu haben scheint. Ähnliches machte sich schon während des Krieges mit China bemerkbar, da nur ein unbedeutender Teil der von der Regierung aufgelegten inneren Anleihe, ich glaube 20 Millionen von 120, gezeichnet wurde. Von den regelmäßigen Einnahmen ist seit 1894 die Einkommensteuer von 1,3 Millionen auf 5,6 Millionen gestiegen, die Branntwein-(Saki-)Steuer von 16 Millionen auf 55,2 Millionen, die Einnahmen aus Unternehmungen und Domänen des Staats von 14 Millionen auf 49,7 Millionen; die Zölle von 5,7 Millionen auf 15,7 Millionen, was zum Teil wenigstens seinen Grund in der Erhöhung des Zolls auf eine große Anzahl von Gegenständen hat, und die Grundsteuer von 39,2 Millionen auf 46,5 Millionen. Dieselbe ist im Jahre 1898 erhöht worden und die Frage, ob diese Erhöhung beibehalten oder aufgehoben werden solle, ist der Grund des Streits, der vor kurzem zur Auflösung des Parlaments und zu einer inneren Krisis geführt hat, die noch fortbauert.

Auch die japanischen Kolonien, und zu ihnen wird Jesso, der Hokkaido, gerechnet, haben nicht unwesentlich zur Verschlechterung der Finanzlage des Landes beigetragen. So bezugen die Einnahmen und Ausgaben für Formosa:

	Einnahmen:	Ausgaben:
1896—1897	935 679 Yen	30 642 576 Yen
1897—1898	6 736 110 "	21 825 808 "
1898—1899	8 121 504 "	23 314 188 "
1899—1900	8 121 523 "	18 961 525 "
1900—1901	9 067 244 "	21 188 841 "

was für die fünf Jahre einen Überschuß der Ausgaben über die Einnahmen von 82 950 878 Yen ergibt oder über 165 Millionen Mark. Dabei lebten (1899) in Formosa unter einer Bevölkerung von 2 758 161 Seelen nur 33 120 Japaner, von denen ein guter Teil auf die dort stationierten Truppen

entfallen dürfte. Aus den Berichten über den Handelsverkehr der Insel ist leider nicht der zwischen ihr und Japan festzustellen, aber von den 10 571 285 Yen des Wertes der Ausfuhr in 1900 (600 000 Yen weniger als 1899 und 2,3 Millionen weniger als 1898), gingen 7 792 383 Yen nach China, 1 760 648 Yen nach Hongkong und 969 634 Yen nach den Vereinigten Staaten, während von den 13 570 664 Yen der Einfuhr (700 000 weniger als in 1899 und 3,2 Millionen weniger als in 1898) 5 995 494 Yen aus China, 610 155 Yen aus Hongkong, 1 398 131 Yen aus England und 1 517 980 Yen aus den Vereinigten Staaten kamen.

Was Jeso anbetrifft, so hat die Einwanderung von Japanern nach dort seit 1895 bis 1900 274 114 betragen, unter Abrechnung von 57 435 Personen, welche von dort wieder nach Japan zurückgekehrt waren. 1900 betrug die Bevölkerung der Insel 810 111, unter denen sich 17 298 Eingeborene, Ainos, befanden. Der Handel zwischen dem eigentlichen Japan und der Insel belief sich 1900 auf 1 414 504 Yen Ausfuhr und 339 252 Yen Einfuhr und 1901 auf 2 400 656 Yen Ausfuhr und 443 790 Yen Einfuhr. Der Überschuß der Ausgaben über die Einnahmen war aber von 1887/88 bis 1900/1901 über 7,6 Millionen Yen bei einer Einnahme von beinahe 2,4 Millionen.

Man wird also wohl nicht fehlgehen, wenn man die Rüstung als zu schwer für den Leib des Reiches hält, und da auch in Ostasien Geld und wieder Geld zum Kriegsführen gehört, in der schlechten Finanzlage Japans eine gewisse Garantie für die Aufrechterhaltung des Friedens sieht. Diese Garantie, so unsicher sie auch sein mag, ist um so wertvoller, als die sonstigen inneren Verhältnisse Japans durchaus nicht dazu angetan sind, ein besonderes Vertrauen in die Stabilität der äußeren Politik des Reiches zu erwecken. Die Staatsmänner, welche seit der Restauration des Mikados die Geschichte Japans, und nicht ohne Erfolg, geleitet haben, sind entweder schon von der Bühne abgetreten, oder sie stehen in einem Alter, das keine

sehr viel längere politische Tätigkeit von ihnen erwarten läßt. Nichts ist aber in dem jungen Nachwuchs enthalten, was imstande zu sein scheint, die „Genro“, die Männer der Ära „Meiji“, wie die Bezeichnung der Regierungszeit des jetzigen Kaisers lautet, zu ersetzen. Einen großen Teil der Schuld an dem Niedergang der öffentlichen Fähigkeit, Gewissenhaftigkeit und Zuverlässigkeit trägt unzweifelhaft die Einführung der sogenannten Konstitution im Jahre 1890, die nach dem Muster der preußischen Verfassung zugeschnitten ist, nur daß in ihr die Rechte der Krone vielleicht noch schärfer gewahrt sind und die Rolle des Herrschers eine persönlichere, durchgreifendere ist. Für denjenigen, der das japanische Volk kennt, konnte es nicht Wunder nehmen, daß dasselbe sich mit Begeisterung auf das neue Spielzeug warf, das ihm geboten wurde. Zwar war die Anzahl der Wähler keine übermäßig große, sie betrug 1890 für das ganze Reich 453 895, d. h. 1,2 Prozent der Bevölkerung, die in 257 Wahlkreisen 300 Abgeordnete zu wählen hatten (1898 betrug die Zahl der Wähler 457 309 oder 1,1 Prozent der Bevölkerung), aber trotzdem war die Beteiligung an den Wahlen eine sehr bedeutende; sie betrug bei den ersten Wahlen beinahe 93 Prozent (in Mitteljapan sogar 94)*). Dieses Interesse sollte indessen nicht lange anhalten, schon bei der nächsten Wahl 1892 war die Beteiligung auf 91,5 Prozent heruntergegangen, im März 1894 auf 89 Prozent, im Sep-

*) Um wählen zu können, muß der Japaner mindestens fünfundzwanzig Jahre alt sein, an direkten Steuern 15 Yen jährlich zahlen und ein Jahr in dem Wahlbezirk gewohnt haben. Wählbar für das Abgeordnetenhaus ist jeder Japaner, der das dreißigste Jahr erreicht hat und 15 Yen direkte Steuern zahlt. Nicht wählbar sind: die Beamten des Ministeriums des kaiserlichen Hauses, die richterlichen Beamten und die des Rechnungshofes, die Polizeikommissare und Agenten, die Priester der shintoitischen und buddhistischen Tempel und die Predigermönche. Weder das aktive noch das passive Wahlrecht besitzen die zur Armee oder Marine gehörigen Personen, die Häupter der Familien des hohen Adels (der Kwazoku), die Bankrotteure und die der Ausübung der bürgerlichen Rechte verlustig gegangenen Personen.

tember desselben Jahres auf 85,2 Prozent; im März 1898 betrug sie zwar wieder 87,4 Prozent, aber im August des Jahres nur noch 79,3 Prozent. Die politische Agitation im Lande zeigt, nach Dumolard, einen ähnlichen Niedergang. Es fanden statt

1891	6482	Versammlungen, in denen	15 526	Redner auftraten,		
1892	8076	" " "	21 790	" "		
1893	7076	" " "	18 021	" "		
1894	5750	" " "	15 223	" "		
1895	1506	" " "	3 337	" "		
1896	1272	" " "	3 198	" "		
1897	1223	" " "	3 013	" "		
1898	1117	" " "	2 707	" "		

Hand in Hand mit dem Abnehmen des Interesses des Volkes an seiner parlamentarischen Vertretung geht das Wachsen der Mißachtung für die Mitglieder derselben. Diese letztere ist einerseits darauf zurückzuführen, daß die Abgeordneten sich heute aus ganz anderen Klassen wie früher rekrutieren und andererseits auf das Vorwiegen parteipolitischer Zänkereien im Parlament, die jede erspriessliche Tätigkeit desselben ausschließen. Für die erstere Erscheinung wird als Erklärung angegeben, daß es während längerer Zeit das Streben aller Parteien gewesen sei, den übermäßigen Einfluß der Klans, d. h. der besonders aus den früheren Sakuma, Choshu und Hizen Klans stammenden Leute zu brechen, und statt der Klan= eine Parteiregierung als dem parlamentarischen Regime mehr entsprechend einzuführen. Zur Erreichung dieses Zweckes habe man zu jedem Mittel gegriffen, und so sei es gekommen, daß sich den Parteien eine Menge bedürftiger Leute von zweifelhafter Erziehung und Moral angeschlossen gehabt hätten, die von der Politik hätten leben müssen und denen, weil sie anscheinend energisch für die Wünsche des Volkes eintraten, von vielen anständigen Leuten, reichen Bürgern und Grundbesitzern reichliche Unterstützungen zugewendet wurden. Daraus habe

sich allmählich die Gewohnheit Geld zu nehmen entwickelt, und als die privaten Hilfsquellen versiegt seien, hätten die Führer es am bequemsten gefunden, ihren politischen Einfluß zu benutzen, um sich das Geld zu verschaffen, dessen sie für diesen Zweck bedurften. Auch die schnelle kommerzielle und industrielle Entwicklung des Landes habe dazu beigetragen, das Übel zu vergrößern, da sich unter den Unternehmern immer eine Menge Leute gefunden hätten, die staatliche Subventionen oder sonstige Unterstützung gewünscht und sich glücklich geschätzt gehabt hätten, sich die Hilfe solcher politischen Parasiten durch ein Geldopfer zu sichern. Das schlimmste Übel aber sei, daß das Gefühl für die Bedürfnisse des Landes und der Lage diesen Politikern ganz abhanden gekommen sei und sie nur an ihr persönliches Interesse und Vorteil dächten. So habe sich in allen mit der Vertretung öffentlicher Interessen betrauten Körperschaften, und nicht bloß im Parlament, sondern auch in allen lokalen Versammlungen eine Korruption und Bestechlichkeit herausgebildet, die aller Beschreibung spotte und leider auch von der Regierung genährt werde. So sei z. B. als der Marschall Yamagata 1898 sein Ministerium gebildet hatte, das in der Kammer nicht einen einzigen Anhänger zählte, dasselbe trotzdem im Laufe der dreimonatlichen Session nicht ein einzigesmal angegriffen worden. Einige tausend Dollar richtig verteilt und ein Gesetzentwurf, durch den die Diäten der Abgeordneten von 800 auf 2000 Yen erhöht wurden und den die Kammer anzunehmen sich beeilt habe, hätten dieses Wunder bewirkt. Übrigens sei während der Session keine einzige Vorlage angenommen worden, bei der nicht Bestechungen eine Hauptrolle gespielt hätten, und ein Abgeordneter Royama Kiunoske habe sogar die Unverschämtheit gehabt, von der Tribüne herab zu erklären, daß er den Mann, der ihn bestochen und ihm nicht den ganzen versprochenen Betrag ausgezahlt habe, gerichtlich belangen werde. Die in Tokio erscheinende Japan Times, die, wenn auch englisch geschrieben, ganz von Japanern redigiert wird und der die vorstehenden Angaben entnommen sind, schrieb bei der Gelegenheit,

daß der Mangel an Enthusiasmus für edle Ideen und die schamlose Sorge für ihre eigenen Interessen für den Augenblick das charakteristische Kennzeichen der ungeheuren Mehrheit der Politiker des Landes zu sein schienen und daß die Atmosphäre von Korruption erfüllt sei und der ganze politische Körper sich in einem Zustande moralischer Paralyse befinde. Wie man im Volke die Sache auffaßt, ergibt sich aus einer 1902 veröffentlichten Bekanntmachung einer Anzahl von Ladenbesitzern der Hauptstadt, die erklärten, daß sie Abgeordneten, Journalisten und ähnlichen Leuten nichts mehr verkaufen würden.

Diese allgemeine politische Degeneration erscheint um so bedenklicher, als es, wie schon bemerkt, an Leuten fehlt, welche die Erbschaft der aussterbenden Generation von Staatsmännern mit Aussicht auf einen glücklichen Erfolg antreten könnten. Auch für den Kaiser Muzuhito fehlt es an einem Ersatz; derselbe ist zwar zweifellos keine hervorragende Persönlichkeit, aber er ist ein verständiger und ehrlicher Mann, der es verstanden hat, den Ratschlägen seiner bedeutenderen Minister den Einfluß auf seine Entscheidungen zu gewähren, den dieselben verdienen, aber der Kronprinz ist ein schwächerer junger Mann, den keine Beziehungen mit der Außenwelt verbinden, den das Volk nicht kennt und der durch die Vorgänge der letzten Jahrzehnte auch den Nimbus der Göttlichkeit verloren hat, der noch seinen Vater umgab. Es ist daher nicht abzusehen, wohin der Übergang der Macht an die Politiker der neuen Generation, die unwissend, eitel und bestechlich sind, führen könnte, und der Ausblick in die Zukunft ist um so bedenklicher, als auch der chinesisch-japanische Krieg durch das Drängen der radikalen Partei und den Wunsch der Regierung, durch eine äußere energische Aktion die Aufmerksamkeit der Nation von inneren unfruchtbaren Streitigkeiten abzulenken, hervorgerufen worden war.

Nach welcher Seite und in welcher Richtung sich eine solche äußere Aktion Japans jetzt wenden würde, ist bei dem Schwanken der japanischen Politik schwer zu sagen. Für den

Krieg mit China waren die Verachtung gegen China, der Haß gegen Rußland und der Wunsch, sich Koreas zu bemächtigen, die maßgebenden äußeren Gründe. Die Absichten und Wünsche in Betreff Koreas sind fehlgeschlagen, der Haß, gepaart mit Besorgnis, gegen Rußland besteht fort, aber China gegenüber trat gleich nach dem Friedensschluß ein Umschlag der öffentlichen Meinung ein. Es waren teils panasiatische Ideen, teils der von Eitelkeit und Überhebung eingegebene Wunsch, den Lehrmeister des früheren Mentors und Erziehers zu spielen, welche dieser Wendung zu grunde lagen, die bis zum Scheitern der Reformbewegung für die japanische Politik gegen China maßgebend blieb. Dann ist Japan für die Politik der offenen Türe, teilweise sogar für die Aufteilung Chinas, wie der am 26. August 1900 gegen Amoy erfolgte Vorstoß wohl unzweifelhaft beweist, eingetreten, um schließlich durch den mit England am 30. Januar 1902 abgeschlossenen Vertrag wieder unter der Form der Erhaltung der Integrität des chinesischen Reichs in die antirussische Politik einzulenken, wie sich auch bei dem allerjüngsten kaum überstandenen mandschurischen Schrecken gezeigt hat. Trotzdem würde es falsch sein, an eine Unwandelbarkeit auch dieser Politik zu glauben. Es besteht in Japan eine Partei, die bereit ist, für ein Aufgeben der koreanischen Pläne und eine Verständigung mit Rußland einzutreten, um ihr Augenmerk ausschließlich auf die Erwerbung der französischen hinterindischen Kolonien zu richten, welcher im Lauf der Zeit die Erwerbung einer oder mehrerer der südlichen Provinzen Chinas folgen würde. Französischerseits würde man anfänglich allein einem derartigen Unternehmen nur wenig Widerstand entgegensetzen können. Die japanische Flotte ist allem, was Frankreich in den asiatischen und indischen Gewässern wie im Stillen Ozean besitzt oder ohne seine Stellung in Europa ernstlich zu gefährden, dorthin senden könnte, stark überlegen; die japanische Rauffahrteiflotte ist mehr als hinreichend, um eine größere Expedition in kürzester Frist dorthin zu bringen, und die französischen Streitkräfte in Hinterindien, 3000 Mann

Marine-Infanterie, 3000 Mann Fremdenlegion, 6 Regimenter eingeborener Truppen 18000 Mann und eine Milice indigène in Stärke von 10000 Mann, mit 18 Batterien Artillerie, 2 Kompagnien Pionieren und einer Schwadron eingeborener Kavallerie würden der japanischen über 600000 Mann starken Armee gegenüber einen schweren Stand haben.

Aber noch ein anderer Punkt muß, was Japans Rolle in Ostasien anbetrifft, in Erwägung gezogen werden. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß unter den verschiedenen Elementen in Japan das demagogische eine besonders hervorragende Rolle spielt. Es war stark unter den Scharen vertreten, die 1868 die Herrschaft des Shoguns über den Haufen warfen, es spielte eine Hauptrolle in den Beziehungen zu Korea und den Vorgängen in Seoul und es hat sich bei mehr als einer Gelegenheit, so bei der Verschwörung in Hankau 1899 und den Vorgängen in Amoy 1900, als auch in China vorhanden und tätig erwiesen. In ihm besitzt die panasiatische Idee ihren stärksten und den für die Ruhe Chinas und der Welt gefährlichsten Bundesgenossen, weil es stets bereit sein wird, sich mit den schlimmsten Elementen der chinesischen Bevölkerung zu verbinden. Die höheren chinesischen Klassen, Literaten und Beamten, haben trotz aller in der letzten Zeit scheinbar zu Tage getretenen Zuneigung zu Japan, eine stark mit Verachtung gemischte Abneigung gegen dasselbe; bei dem niedrigen Volke ist das nicht der Fall, dasselbe wird vielmehr dem ihm überlegen erscheinenden Japaner gern folgen, besonders wenn er ihn gegen den verhaßten Fremden führt. Und warum sollte, wo christliche Missionare sich eine eingeborene Klientel aus Proselyten bilden, dasselbe für Japaner nicht aus Schintoisten und Buddhisten möglich sein? Der Tempel, dessen Niederbrennung 1900 die Veranlassung zu dem Versuch der Besetzung Amoy's gab, war ein japanischer und seine Besucher fast ausschließlich Chinesen, wie Japan denn auch durch Art. 4 seines Vertrags mit China von 1896 für seine buddhistischen Missionare die allen christlichen gewährten Rechte in Anspruch

genommen hat. Und warum sollte, was an einem Ort mißglückte, an einem anderen nicht glücken, besonders da seit 1900—1901 viele Tausende japanischer Kulis in China zurückgeblieben sind und es ihnen an Führern unter den eigenen Landsleuten nie fehlen dürfte?

Was nun die Zukunft Chinas anbetrifft, so wird man bei der Beurteilung derselben vor allen Dingen zwei Tatsachen nie vergessen dürfen: die eine, daß dasselbe in seiner Entwicklung nicht Hunderte, sondern Tausende von Jahren zurückgeblieben ist und noch auf dem Standpunkt steht, in dem die Familie und die Erweiterung derselben, das Geschlecht, alles, der einzelne, das Individuum, nichts bedeutet; die andere, daß der Chinese auf seine alte Kultur, und nicht mit Unrecht, sehr stolz ist, denn dieselbe stand noch vor wenigen Jahrhunderten in manchen Punkten höher als die europäische, und daß er, leider ebenfalls teilweise mit Recht, der Ansicht ist, daß alles Unheil, welches sein Land und ihn seit sechzig Jahren getroffen, fremdem Einfluß zuzuschreiben sei. Daher seine Verachtung und sein Haß gegen denselben und seine Träger, die Fremden, die, wie schon an anderer Stelle bemerkt, für weite Kreise durch den Missionar dargestellt werden. In dieser Überzeugung liegt auch der Grund der abwehrenden Haltung, die von Regierung und Volk gegen die Fremden und die Träger fremder Ideen beobachtet worden ist und noch beobachtet wird. Das Wort, das Prinz Kung vor beinahe fünfzig Jahren aussprach: „Schafft Missionare und Opium fort und wir werden keine Schwierigkeiten mehr haben!“ ist, was die ersteren anbetrifft, auch heute noch wahr, wenigstens würde damit die größte Quelle der Reibungen und daher der Gefahr aus dem Wege geräumt werden. Da das aber in toto nicht möglich sein dürfte, würde sich wenigstens eine Regelung der Missionarfrage in einem den Bedürfnissen der Lage entsprechenden Sinne empfehlen. Wenn das nicht geschieht, wird die Regierungen der Vertragsmächte die Schuld an den dann unvermeidlichen Folgen, d. h. weiteren Zusammenstößen und Aufständen treffen. Noch in einem

anderen Punkte sind die Regierungen der Vertragsmächte nicht von der Schuld freizusprechen, zur Verschlechterung der Lage und der Beziehungen zu China beizutragen, und zwar in der Frage der Ein- und Ausgangszölle. Als dieselben 1858—60 festgesetzt wurden, geschah dies im Verhältnis von fünf vom Hundert und in Silber, dem einzigen damals in der Form von spanischen Colonnaten, mexikanischen Dollars und Taels beim Handel in China in Gebrauch befindlichen Metall. Im Lauf der Jahre sank der Preis des Silbers sehr erheblich, auf weniger als 50 Prozent des früheren Wertes, und der Betrag besonders des Eingangszolls stellte sich allmählich auf annähernd 3 Prozent vom Wert, selbstverständlich sehr zum Schaden der chinesischen Regierung. Gleichzeitig hatte dieselbe zur Deckung der ihr besonders bei der Unterdrückung des Taipingaufstandes erwachsenen Kosten einen angeblich nur zeitweiligen Inland-Transitzoll, die so berühmte Likinsteuer, eingeführt, die sich mit der Zeit zu einer recht erheblichen Erschwerung und Behinderung des Verkehrs entwickelte. Wenn so die chinesische Regierung das Recht hatte, sich über das Heruntergehen des Zollsatzes zu beschweren, konnten die Fremden dies in Betreff der sich aus der Likinsteuer ergebenden Nachteile für ihren Handel tun. Verschiedene Versuche, diese Schäden zu beseitigen, hatten zu keinem Ergebnis geführt und erst ein im Jahre 1899 zusammengetretene chinesische Kommission, der auch Sir Robert Hart angehörte, schien die Frage der Entscheidung näher zu bringen, indem sie das auch von dem Schreiber dieser Zeilen stets empfohlene Prinzip anerkannte, die Aufhebung der Likinsteuer mit einer Erhöhung besonders der Eingangszölle in Verbindung zu bringen. Die Ereignisse des Jahres 1900 ließen die theoretischen Ergebnisse dieser Konferenz nicht zu praktischen werden und der von deutscher Seite gemachte Vorschlag, bei Gelegenheit der Verhandlungen über die Verständigung mit der chinesischen Regierung auch die Zoll- und Likinfrage in dem von der Konferenz empfohlenen Sinne zu regeln, mußte, weil England sich weigerte, demselben beizutreten, fallen

gelassen werden. Von englischer Seite beabsichtigte man nämlich, diese Frage zu einer vollständigen Reform des gesamten Finanz- und Verwaltungswesens Chinas zu benutzen; es war ein schöner Traum, der, wenn er als ein Beweis von gutem Willen angesehen werden konnte, zugleich Zeugnis von einer bedenklichen Unkenntnis chinesischer Dinge ablegte; die langwierigen Verhandlungen endeten denn auch mit einem zwischen dem englischen Unterhändler, Sir James Mackay, und den chinesischen Bevollmächtigten vereinbarten und am 5. September 1892 zu Shanghai unterzeichneten Vertrage, durch dessen achten Artikel sich England damit einverstanden erklärte, daß der von der Konferenz der fremden Vertreter in Peking 1901 auf 5 Prozent vom damaligen Wert erhöhte Eingangszoll als Entschädigung für die von der chinesischen Regierung zugesagte Aufhebung von Likin-Transitzöllen und jeder anderen Inlandbesteuerung fremder Waren um einen weiteren besonderen Zuschlagzoll in Höhe von ein und einem halben Mal der erwähnten Zollzahlung erhöht werde; gleichzeitig wurde auch der höchste zulässige Ausgangszoll auf $7\frac{1}{2}$ Prozent vom Wert, einbegriffen $2\frac{1}{2}$ Prozent Zuschlagzoll, festgesetzt. Der Artikel enthält noch eine Menge anderer Bestimmungen über die Besteuerung von Salz, Opium, in China angefertigten Garnen oder Zeugen, die Eröffnung weiterer Häfen u. a. m.; das Wichtigste aber ist, daß China sich bereit erklärt hat, alle Inlandzölle aufzuheben, wenn ihm gestattet wird, einen Eingangszoll von $12\frac{1}{2}$ und einen Ausgangszoll von $7\frac{1}{2}$ Prozent vom Wert zu erheben, und wenn alle Mächte, welche zu der Gleichstellung mit der meistbegünstigten Nation berechtigt sind oder dies später werden mögen, dieselben Verpflichtungen übernehmen. In dieser letzten Bestimmung liegt die große Schwierigkeit für ein Inkrafttreten des Vertrags, denn es ist erstlich, daß wie die Amerikaner für ihre Zustimmung bereits neben anderen Zugeständnissen die Eröffnung von Mütten und Takushan in der Mandschurei für den fremden Handel und die Aufhebung aller Zollämter im Innern, welche der

englische Vertrag fortbestehen läßt, verlangt haben, jede andere Macht weitere Wünsche und Bedenken haben und sich aus denselben ein solcher Rattenkönig von geforderten Zugeständnissen ergeben wird, daß dieselben sich schließlich für die chinesische Regierung als unannehmbar erweisen dürften. So ist diese wichtigste aller Reformen wieder *ad calendas graecas* vertagt, auch die englische Regierung hat den Vertrag vom 5. September 1902 noch nicht ratifiziert, und der chinesischen Regierung wird dadurch ein um so bittereres Unrecht zugefügt, als ihr damit die Möglichkeit einer Reorganisation ihrer Finanzen genommen wird und sie der Überzeugung sein muß, daß man ihr weniger als das, was man vor einigen Jahren Japan zugestanden hat, nur verweigert, weil man sie für zu schwach hält, wie Japan erklären zu können, daß sie sich selbst nehmen werde, was man ihr zu geben verweigere. Es ist das eine um so falschere Politik, als gleichzeitig das Fallen des Silberpreises die Ausgaben der chinesischen Regierung für den Dienst ihrer auswärtigen Anleihen und der 1901er Entschädigung sehr bedeutend erhöht. Die Münzfrage hat dadurch für China eine ganz besondere aktuelle Bedeutung gewonnen. Die Münzeinheit ist eigentlich der kupferne Kāsh, der je nach Bedarf verschlechtert zu werden pflegte, und der silberne Tael, der nicht nur Rechnungsmünze ist, wie häufig irrtümlicherweise angegeben wird, sondern auch in der Form von sogenannten Schuhen im Werte von 1—100 Tael beim Handelsverkehr als Münze zur Geltung kommt. Da der Tael aber nach Gewicht und Feingehalt nicht nur bei verschiedenen Behörden, sondern auch an jedem Orte verschieden ist, so bietet er zwar Beamten und Banken bei den fortwährend notwendig werdenden Umrechnungen Gelegenheit zum Gewinn, kann aber kaum als ein den Interessen des Verkehrs entsprechendes Zahlungsmittel angesehen werden. Den sich aus diesem Zustande ergebenden Schwierigkeiten haben einzelne der Generalgouverneure dadurch abzuhelpen gesucht, daß sie Münzanstalten errichteten und für ihre Provinzen Dollars und Scheidemünzen schlugen; die

Bewirrung ist dadurch aber nur noch größer geworden. Durch Artikel 6 des englisch-chinesischen Vertrags vom 5. September 1902 ist nunmehr die Einführung eines gleichmäßigen nationalen Geldes vorgesehen worden, das bei Bezahlung von allen Zöllen, Steuern und sonstigen Verpflichtungen als legales Zahlungsmittel dienen soll. Damit ist China vor eine um so schwierigere Frage gestellt worden, als es sich zugleich für die Wahl zwischen Gold- und Silberwährung entscheiden muß. Japan, das sich schon 1871 auf den dringenden Rat des damaligen englischen Gesandten, Sir Harry Parkes und des Schreibers dieser Zeilen, zur Einführung der Goldwährung entschlossen zu haben schien, hat dieselbe schließlich erst im Jahre 1894 eingeführt; Siam hat in diesem Jahre denselben Schritt getan und ein gleiches ist von seiten der Vereinigten Staaten für die Philippinen geschehen, wo die Goldwährung ebenfalls eingeführt und dem Silber-Dollar, Peso, derselben gegenüber ein bestimmter fester Wert gegeben worden ist. In Britisch-Indien endlich hat man der Schwierigkeit, die sich aus der Entwertung des Silbers ergab, dadurch zu entgehen gesucht, daß man die freie Prägung von Silber aufhob und der Rupie einen festen Kurs von 1 sh 4 d gab. In den Straits Settlements endlich hat sich die Kaufmannschaft, wohl besonders aus Rücksicht auf die in Siam bevorstehende Veränderung, für die Einführung der Goldwährung ausgesprochen. Für China aber ist die Frage eine um so schwierigere, als die gewaltige Ausdehnung des Reichs und seine Beziehungen zu Zentralasien wie die Idiosynkrasien der Bevölkerung ihm besondere Vorsicht auferlegen. Auch die Gelehrten sind sich über die Frage nicht einig; die Handelskammer von Hongkong hat sich gegen die Einführung der Goldwährung in der Kolonie, die von Shanghai für die Einführung derselben in China ausgesprochen; das Schlimmste dabei ist aber wieder, daß bei einer etwaigen Durchführung der Idee an eine neue Bevormundung Chinas durch Errichtung fremder, mit der Ausführung der Reform beauftragten, englischen Banken gedacht wird. In diesen

fortwährenden Versuchen der Einmischung in die inneren Verhältnisse Chinas, wie solche sich auch in der Idee des Ersatzes des bisherigen General-Zollinspektors der Seezölle durch eine internationale Kommission ausspricht, einer Idee, die seit einiger Zeit in der Presse und wohl auch in den Kabinetten spukt, liegt eine der großen Gefahren für die Aufrechterhaltung der Ruhe im Reich und damit der guten Beziehungen zum Auslande. Gerade die besten Elemente unter den Staatsmännern und Beamten Chinas werden durch diese fortwährende, aufdringliche Bevormundung, für die keinerlei Gründe vorliegen, denn gerade China hat sich in der Erfüllung seiner internationalen Verbindlichkeiten sehr viel ehrlicher, anständiger und zuverlässiger erwiesen, als eine ganze Menge europäischer und amerikanischer Staaten, vor den Kopf gestoßen und in die Reihen derjenigen ihrer Landsleute getrieben, die nur in einem Verzweiflungskampfe gegen die Fremden die Rettung des Reichs erblicken. Es zu einem solchen kommen zu lassen, dürfte aber sicherlich nicht im Interesse des Auslandes liegen, um so weniger als gar kein Zweifel darüber bestehen kann, daß die Schuld an neuen Unruhen ausschließlich und allein dasselbe treffen müßte.

Der Boxeraufstand war, wenn man von den abergläubischen Beimischungen absieht und die Ausschreitungen, zu denen er führte und an denen Aufstände auch in anderen Ländern nie arm gewesen sind, bei Seite läßt, eine auf patriotischer Grundlage beruhende Bewegung, die durch wirkliche und eingebildete Schädigungen seitens des Auslandes hervorgerufen worden war. Zu den ersteren muß man die rücksichtslose Konzessionsjagd der verschiedenen Unternehmer und Regierungen rechnen, das Erscheinen zahlreicher fremder Eisenbahn- und Bergwerksingenieure im Lande, von deren Tätigkeit die Chinesen nur das eine verstanden, daß ihnen ein Teil ihrer Besitzrechte zu Gunsten von Fremden abgenommen werden solle und das Auftreten der Missionare. Man braucht nur daran zu denken, was wohl in Preußen geschehen wäre, wenn z. B. in 1840

Frankreich und England mit Gewalt Eisenbahn- und Bergwerkskonzessionen von der Regierung erpreßt gehabt hätten und nun zahlreiche diesen Nationen angehörige Individuen ins Land gekommen wären, um die erlangten Vorteile auszubenten, während zugleich in den katholischen Landesteilen englische protestantische und in den protestantischen französische katholische Missionare unter dem Schutze der fremden und der eigenen Regierung den Glauben der Landeskinder angegriffen hätten. Eine ehrliche Antwort auf die Frage wird zugleich zeigen, wie weit der Chinese berechtigt ist, die Art und Weise wie ihm das Fell im eigenen Lande über die Ohren gezogen wird, übel zu nehmen. Kultur und Religion, die beiden Schilde für die größten Ungerechtigkeiten und Grausamkeiten, die die Geschichte der Welt aufzuweisen gehabt hat und leider noch hat, können als Vorwand, aber nicht als Entschuldigung für das dienen, was einem im Grunde inoffensiven und sich nur in seiner Heimat seiner Haut wehrenden Volke geschehen ist. Wenn man vergleicht, wie Bevölkerungen und Regierungen in sogenannten zivilisierten Ländern sich den Chinesen gegenüber verhalten haben und noch verhalten und wie dieselben in Kanada, den Vereinigten Staaten und Australien behandelt worden sind und behandelt werden, kann man sich nicht darüber wundern, daß die Lehre von der Nächstenliebe, dieser schönsten aller Lehren des Christentums, bei den Chinesen auf keinen rechten Glauben stößt.

Daß bei der Straf- und Sühneexpedition 1900—1901 namentlich vom kulturellen Standpunkte aus viel gefehlt worden, hat bereits Erwähnung gefunden, vor noch dauerndem schädlichen Einfluß wird sich vermutlich die Befestigung der Gesandtschaften erweisen, an der wohl mehr die Militärs als die Diplomaten die Schuld tragen. Es muß als ein politischer Fehler bezeichnet werden, eine Maßregel getroffen zu haben, die für den Gegner stets wie ein Stachel wirken muß und zu deren Durchführung nicht allein die Anwesenheit einer sehr bedeutenden Streitmacht, sondern auch das beste Einverständnis

zwischen den Mächten, welche dieselbe unterhalten, gehört. Schon heute ist es wiederholt zu ernstlichen Zusammenstößen zwischen Mannschaften der verschiedenen Gesandtschaftswachen gekommen, und wenn das im Frieden geschieht, was würden die Folgen sein, wenn ein ernstler Konflikt zwischen zwei oder mehreren der beteiligten Mächte ausbräche? Die Anwesenheit fremder Garnisonen in Yokohama war ein Dorn in der Seite der Japaner und hat seinerzeit zu wenig angenehmen Verhandlungen geführt, in Peking wird das in noch viel höherem Maße der Fall sein. Auch sonst ist in politischer Beziehung, wie schon früher nachgewiesen, viel gesündigt worden. Statt daß eine oder mehrere Mächte sich entschlossen auf die Seite des Schwächeren gestellt und denselben gegen Unbilden von dritter Seite geschützt hätten, hat man es bequemer gefunden, China seinem eigenen Schicksal zu überlassen, ihm aber als Strafe für jede Konzession, die ihm ein anderer abgepreßt hatte, ebenfalls ein Zugeständnis abgezwungen. Das Spiel scheint leider weiter fortgesetzt werden zu sollen, wenigstens dauert die Konzessionsjagd in Peking munter fort und es hat auch bei den letzten politischen Vorgängen dort nicht recht den Anschein gehabt, als wenn die Gegner Rußlands in der Mandchureifrage sich vor China, anstatt hinter dasselbe stellen würden. Auch die Phrase von der Aufteilung Chinas fängt wieder an namentlich in der englischen Presse zu erscheinen, wo sie das Schiboleth derjenigen ist, die von der Errichtung eines britischen Protektorats oder Herrschaft im Yangtzesal träumen.

Was China braucht ist Ruhe, Ruhe vor Drangsalierungen, Quälereien, Einmischungen und Bevormundungen. Wenn es dieselbe nicht findet, weil es den bösen Nachbarn nicht gefällt, so wird es in dem gewaltigen Reiche wieder zu wallen und zu kochen beginnen und die Explosion wird dann eine viel gewaltigere sein als 1900, da die Nachfolger der Männer, die in dem Jahre die Ausdehnung der Unruhen über das Yangtzesal, den Süden, Yunnan, Szechuen und Schantung zu verhindern den Mut hatten, dann mit von der Partie sein werden,

da sie inzwischen die Überzeugung gewonnen haben werden, daß nur der Kampf, aber nicht die Unterwerfung Hilfe und Rettung bringen könne. Den Ausgang des Kampfes aber, der die Welt in Flammen setzen kann, weiter voraussagen zu wollen, als daß er auch von den Siegern unendliche Opfer an Geld und Blut fordern und ihnen Aufgaben auferlegen dürste, die viele, die meisten, zu leisten nicht im Stande sein würden, soll hier nicht versucht werden, wohl aber die Verantwortung festzustellen, die auch in diesem Falle den Wolf und nicht das Lamm treffen wird.

Seit einigen Jahren und besonders seit dem Ausgang des Krieges mit Spanien sind die Vereinigten Staaten als ein neuer tätiger Faktor in die ostasiatische Frage eingetreten. Es war klar, daß, sowie der Nachbar auf der anderen Seite des Stillen Ozeans Zeit und Lust fand, sich ernstlich mit derselben zu beschäftigen, er eine hervorragende Rolle in ihr spielen mußte. In den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts war der Anteil der amerikanischen Flagge in dem Verkehr ein sehr bedeutender: 1871 klarierten 440 amerikanische Schiffe mit 228 480 Tonnen gegen 406 deutsche mit 125 784 Tonnen ein und aus, während von der Küstenschifffahrt 58,34 Prozent unter amerikanischer Flagge waren gegen 4,99 unter deutscher. In dieser letzteren Beziehung erhielt sich das Übergewicht der amerikanischen Flagge, — fast die ganze Dampfschifffahrt auf dem Yangtze stand unter derselben — bis gegen Ende der siebziger Jahre und ging erst Mitte der achtziger unter, mit der Firma, die sie begründet hatte. In der Fahrt von und nach China hatte Deutschland bereits 1872 den Vorsprung errungen und hat denselben auch seitdem in immer steigendem Maße behalten; dem entgegenstehende statistische Angaben erklären sich daher, daß in den Jahren 1884 und 1885 während der Feindseligkeiten zwischen China und Frankreich, die Schiffe der chinesischen China Merchants Kompagnie die amerikanische Flagge angenommen hatten. Dann setzte die amerikanische Baumwollenindustrie mit Macht ein und hat in manchen

Zweigen die englische nicht allein überflügelt, sondern fast vollständig aus dem Felde geschlagen. Schon 1891 wurden eingeführt 235 766 Stücke englischer Drills und 861 591 amerikanischer, 145 811 Stücke englischer Jeans und 17 317 amerikanischer und 890 017 Stücke englischer Sheatings und 2 008 455 amerikanischer, und der Wert des gesamten Handels der Vereinigten Staaten wurde auf 16,7 Millionen Taels geschätzt von einem Gesamtwert von 235 Millionen. 1901 betrug die Einfuhr:

Drills, englische	78 616	Stücke
amerikanische	1 649 626	"
Jeans, englische	41 083	"
amerikanische	97 368	"
Sheatings, englische	397 443	"
amerikanische	2 840 518	"

während der Gesamthandel auf 40 Millionen Taels von 437,9 Millionen angegeben wurde.

Auch der politische Einfluß der Vereinigten Staaten hat sich wiederholt in ostasiatischen Dingen, nicht zu Gunsten der allgemeinen Interessen, fühlbar gemacht. So in Japan in der Frage der Expedition zur Eröffnung der Straße von Shimonoseki 1864, an der die Amerikaner mit einem gemieteten Rauffahrteidampfer, einem Geschütz und 17 Mann teilnahmen, um dann ein volles Viertel der verlangten und erhaltenen Entschädigung für sich in Anspruch zu nehmen und den größten Teil derselben nach einer mehr als zehnjährigen Frist an Japan zurückzahlen. Wie die amerikanische Politik die Aktion der Vertragsmächte 1891 und 1900 verhinderte und damit wahrscheinlich die Schuld an dem Boyeraufstand trug, wie ihre Ablehnung eines gemeinsamen Vorgehens den chinesisch-japanischen Krieg ermöglichte, ist bereits erwähnt worden, seitdem hat sie jede Gelegenheit benutzt, sich von den anderen an der ostasiatischen Frage interessierten Mächten zu trennen und denselben Schwierigkeiten zu bereiten, so in der Frage der seitens

der chinesischen Regierung zu leistenden Entschädigungszahlungen und anderen; daß sie dadurch den Chinesen genutzt oder selbst einen Vorteil erlangt hätte, könnte man nicht behaupten, aber sie gefällt sich in der Rolle des unselbstfüchtigen Freundes Chinas, was sie freilich nicht verhindert, sich heftig zu sträuben, sobald es sich darum handelt, in die eigene Tasche zu greifen, um den Chinesen gerecht zu werden, wie z. B. bei der Frage der Erhöhung der Eingangszölle. Auch die Behandlung der Chinesen auf Manila wie die Maßnahmen in Betreff der Einwanderung derselben nach dort läßt viel zu wünschen übrig. Ebenso gehören die amerikanischen Missionare zu den für die Ruhe im Lande gefährlichsten Elementen, da sie mit am schärfsten gegen die mandschurische Dynastie und die bestehenden Einrichtungen hezen. Von den vorhandenen chinesischen Zeitungen sind die meisten das Eigentum englischer und amerikanischer Missionare und in ihnen werden die Regierung und die Dynastie fortwährend angegriffen. In keinem anderen Lande würde ein solcher Zustand auch nur einen Tag über geduldet werden, aber die chinesische Regierung ist dem Treiben gegenüber machtlos, da die Redaktionen der Zeitungen ihren Sitz entweder in Hongkong oder in den fremden Niederlassungen der geöffneten Häfen haben. Freilich hat Sir Harry Parkes 1875 dem Verlangen der japanischen Regierung, daß Fremden die Herausgabe von Zeitungen in japanischer Sprache untersagt werden solle, nachgegeben und die dem Engländer Black gehörige „Nishin shinjishi“ unterdrückt, aber das war auch in Japan und geschah der Regierung des Mikados gegenüber, während in China ein solches Vorgehen ausgeschlossen sein dürfte. Die Festsetzung der Vereinigten Staaten auf den Philippinen wird ihre Politik China gegenüber voraussichtlich wesentlich beeinflussen, und wenn man auch nicht gerade anzunehmen braucht, wie das von manchen Seiten geschieht, daß damit und mit der Entwicklung der amerikanischen Marine und des Handels und der Schifffahrt der Vereinigten Staaten der Stille Ocean nun sofort zu einem amerikanischen Meere

werden werde, wird man doch gut tun, der Konkurrenz der Vereinigten Staaten an den westlichen Ufern desselben ernsthafte Aufmerksamkeit zu schenken und sie nach allen Richtungen nicht aus den Augen zu verlieren; sie wird sich oft als ein störendes und in nichtpolitischen Fragen als ein gefährliches Element erweisen.

Es erübrigt noch der deutschen Beziehungen zu und Interessen in Ostasien Erwähnung zu tun. Was wir dort von den letzteren besitzen ist im wesentlichen das Werk der deutschen Kaufleute, die namentlich in früheren Jahren nicht immer die Unterstützung der deutschen Industrie und Finanz gefunden haben, die sie vielleicht zu erwarten berechtigt gewesen wären und die ihnen gestattet haben würde, noch Größeres zu leisten, als sie auch so fertig gebracht haben. Die Reichsregierung hat die Bemühungen der Schifffahrt, den Platz wieder zu erobern, den sie durch den zu langsamen Übergang von der Segelschifffahrt zur Dampfschifffahrt und wegen der den konkurrierenden Reedereien besonders Englands zur Verfügung stehenden Mittel teilweise verloren hatte, in dankenswertester Weise unterstützt. Wenn sie sich erst spät zu der Subventionierung zuerst einer vierwöchentlichen dann einer vierzehntägigen Linie entschlossen hat, ohne welche der Kampf gegen die englischen und französischen hochsubventionierten Linien der Peninsular- und Oriental Kompagnie und der Messageries maritimes nicht möglich gewesen wäre, so lag dies daran, daß sie andere näher liegende und vielleicht wichtigere Aufgaben zu erfüllen hatte, ehe sie an den fernsten Osten denken konnte. Im allgemeinen hielt sie auch, nachdem Deutschland so in nähere Beziehungen und Verbindung zu Ostasien getreten war, an dem Grundsatz fest, daß Deutschland dort nur kommerzielle Interessen habe und haben dürfe. Die Ereignisse haben diesem Prinzip, wie das nicht anders der Fall sein konnte, ein Dementi gegeben und Deutschland spielt heute so gut wie Frankreich, England und Rußland eine politische Rolle in Ostasien. Den Anfang dazu machte das gemeinschaftliche Eingreifen mit

Rußland und Frankreich nach dem Frieden von Schimonoseki, dann kam die Pachtung von Kiautschau und zuletzt das durch den Boxeraufstand und die Ermordung des Gesandten Freiherrn von Ketteler notwendig gewordene Eingreifen 1900 und 1901. Ob daselbe in Form und Umfang über das, was durch die Ereignisse geboten war, hinausging, steht hier nicht zur Erörterung, es würde aber in dem Falle zu bedauern sein, wenn daraus Veranlassung genommen werden sollte, auch bei späteren Verwicklungen in China die führende Rolle zu übernehmen. Unsere Interessen, so bedeutend sie auch für die betreffenden Kreise sein mögen, sind dazu nicht groß genug und wir haben andere näherliegende Fragen, die es nötig erscheinen lassen, deutsches Geld und deutsches Blut nicht in zu hohem Maße in Ostasien zu engagieren; man kann oft auch mit einer geringeren Aufwendung von Kräften das Notwendige erreichen und „in der Beschränkung zeigt sich erst der Meister“. Kiautschau scheint ein guter Wurf gewesen zu sein und die Verwaltung durch die Marine hat bis jetzt zu keinen berechtigten Aussetzungen Veranlassung gegeben; auch die deutsche Industrie und Finanz sind dort in anerkennenswerter Weise tätig und es ist zu erwarten, daß ihren Bemühungen reicher Lohn zu teil werden werde. Hoffentlich läßt man sich in den für die verschiedenen Unternehmungen maßgebenden Kreisen in Berlin nicht verleiten, an die Verhältnisse draußen den Maßstab heimischer Auffassungen und Wünsche zu legen. Wir haben gesehen wohin eine Verwaltung von Kolonien im bureaukratischen Sinne von der Heimat aus an anderen Orten geführt hat und es wäre aufrichtig zu bedauern, wenn das schön eingeleitete Unternehmen an solchen Irrtümern Schiffbruch leiden sollte. Der Vorwurf, daß die Entwicklung Kiautschaus eine sehr langsame sei, ist ein nicht verdienter. Man braucht nicht auf Rom zurückzugreifen, um einen Beweis dafür zu finden, daß Städte nicht in einem Tage gebaut werden; Hongkong, das heutzutage einer der großen Hafen- und Handelsplätze der Welt ist, hat eine erfolglose Existenz anderthalb Jahrzehnte

hingeschleppt und zu den dümmden, sit venia verbo, Urteilen englischer Kolonialpolitiker Veranlassung gegeben. Und Shanghai, dessen Schifffahrt in zehn Jahren, von 1892—1902, von 3 163 370 Tonnen auf 5 911 884 gestiegen ist, dessen Zolleinnahmen in derselben Zeit von 6,3 Millionen Taels auf 10,8 Millionen gewachsen sind und das ein eigenes munizipales Budget von 1 209 175 Taels, gegen 428 000 Taels in 1892 besitzt, hat fast ebensolange als ein vollständiger Mißgriff gegolten. Man verlangt also wohl nicht zu viel, wenn man auch für Kiautschau um einige Jahre Geduld bittet.

Von fremder, besonders englischer Seite, ist auch beim Austausch der noch im Gange befindlichen mandschurischen Frage Deutschland vorgeworfen worden, weitere Vergrößerungspläne zu verfolgen und sich der ganzen Provinz Shantung bemächtigen zu wollen, sowie, daß es aus dem Grunde die russischen Absichten auf die Mandschurei begünstige. Was diesen letzteren Punkt anbetrifft, so hat Deutschland wiederholt und ganz ausdrücklich bei Abschluß des Yangtzevertrages 1900 erklärt, daß es gar kein Interesse an der Mandschurei habe und dieselbe, soweit es in Betracht komme, nicht mit in den Bereich des Prinzips der offenen Türe ziehe. Jedermann weiß also, wie Deutschland nicht seit gestern, sondern seit längerer Zeit zu der Frage steht. Was neue Vergrößerungspläne in Shantung anbetrifft, so hat Deutschland gar kein Interesse daran, derartige Absichten zu hegen. Für seine amtlichen und privaten Kräfte genügen die im Pachtgebiet und der Interessensphäre unternommenen Arbeiten noch für lange Zeit, und da deutsche Besitzergreifungen in Shantung unzweifelhaft zu ähnlichen Schritten Frankreichs in Südkina und Englands im Yangtsetal führen würden, so könnte Deutschland bei einem solchen Vorgehen nur verlieren, denn es würde dadurch seinen Markt in China ganz erheblich eingeschränkt sehen. Deutschland hat aber immer noch vorwiegend kommerzielle Interessen dort und wird mehr als jeder andere Staat darüber wachen müssen, daß dieselben sich in China überall frei entwickeln können.

In der Mandschurei freilich hat Deutschland keinerlei derartige Interessen und es kann ihm daher wohl auch nicht verdacht werden, wenn es der langsameren oder schnelleren Absorbierung der Mandschurei durch Rußland, die unvermeidlich scheint und wohl auch ist, mit Gleichgültigkeit gegenüber steht. Die vorstehende Auffassung entspricht auch den von maßgebender Seite abgegebenen amtlichen Erklärungen, an deren Ehrlichkeit zu zweifeln gar kein Grund vorliegt.

Als letztes Wort sei hier wiederholt, daß, wenn China aufs neue zu einer Gefahr für den Weltfrieden werden sollte, die Schuld daran vielleicht Japan, wahrscheinlicher die anderen Vertragsmächte, am wenigsten voraussichtlich China treffen dürfte; eine für die westliche Moral nicht gerade schmeichelhafte Aussicht.

Verlag von Georg Wigand in Leipzig.

M. v. Brandt: Aus dem Lande des Zopfes.

Plaudereien eines alten Chinesen. 2. verm. Auflage. Geh. *M* 2.—, geb. *M* 3.—.

M. v. Brandt: Dreiunddreissig Jahre in Ost-Asien.

Erinnerungen eines deutschen Diplomaten. 3 Bände. Geh. *M* 19.50, geb. *M* 24.—.

Rud. Zabel: Deutschland in China. Geh. *M* 7.50, geb. *M* 9.—.

Rud. Zabel: Durch die Mandschurei und Sibirien.

Reisen und Studien. Mit 146 Abbildungen. Geschmacksvoll geb. *M* 20.—.

Verlag von Max Nössler in Bremen und Shanghai.

China und die Chinesen. Auf Grund eines 20jährigen Aufenthaltes im Lande der Mitte geschildert von

B. Navarra. Mit 5 bunten Kunstbeilagen nach chinesischen Aquarellen, 60 Bildertafeln nach Photographien, zahlreichen Textillustrationen, sowie einer Karte von China nebst Nachbarstaaten.

Seine Königliche Hoheit Prinz Heinrich von Preussen hat die Widmung des Werkes angenommen.

Geh. *M* 15.—, geb. *M* 18.—. Das umfangreiche Werk liegt ferner in einer Ausgabe zu zwei Bänden vor: Band I kostet geh. *M* 8.—, geb. *M* 10.—; Band II geh. *M* 7.—, geb. *M* 9.—.

Urteile der Presse:

Überall bemerkt man, dass des Verfassers Studien des Landes gründlich gewesen sind. Die leichte, fließende Darstellung ist ganz dazu angetan, uns festzuhalten, um dem Werdegang des Reiches zu folgen, das eine Welt für sich darstellt, und die Anomalien verstehen zu lernen, die sich uns in dem Leben des Volkes offenbaren. Der Reichtum an Illustrationsmaterial gibt der Fülle des Stoffes in nichts nach. *Leipziger Illust. Zeitung.*

Im Hinblick auf das reichhaltige Inhaltsverzeichnis kann gesagt werden, dass das Werk eine ausserordentliche Menge von Informationen über China enthält, und, da ähnliche Werke in der deutschen Literatur über China fehlen, bereits eine gewisse Popularität gewonnen hat. Illustrationen nach guten Originalen bilden einen willkommenen Schmuck des Werkes und ergänzen wirksam den Text. *Ostasiatischer Lloyd, Shanghai.*

Das flott geschriebene Werk verspricht ein populäres Handbuch im weitesten Sinne zu werden. — Dem Verleger gebührt alles Lob wegen der vorzüglichen, und wie mir scheint, für ein Vollständiges zweckmässigen Ausstattung. *Prof. Dr. Friedr. Hirth in München. Deutsche Kolonialzeitung, Berlin.*

Verlag von Gebrüder Paetel in Berlin W.

Ostasiatische Fragen. China. Japan. Korea. Altes und Neues von M. v. Brandt.

Gr. 8°. Geh. M 7.—, eleg. in Halbfranz geb. M 9.—.

Inhalt: I. Die Entdeckung Japans und die Einführung des Christentums (1874). II. Japan (1873). III. Zwei Episoden der japanisch-koreanischen Beziehungen: 1. Die japanische Invasion nach Korea in 1592. 2. Die Ermordung der Königin von Korea in 1895. IV. China und seine politische Stellung zur Aussenwelt (1879). V. China und seine Beziehungen zu Hinterindien und den Vertragmächten (1894). VI. Ostasiatische Probleme (1894). VII. Ein englischer Konsul und Diplomat in Ostasien (1895). VIII. Die koreanische Frage (1894). IX. Was in Ostasien geschehen muss (1894). X. Der chinesisch-japanische Konflikt (1895). XI. Zur ostasiatischen Frage (1895). XII. Das Kabinet Salisbury und die ostasiatische Frage (1895). XIII. Zwei asiatische Staatsmänner: Ito Hirobumi; Li-Hung-chang (1896). XIV. Li-Hung-chang Weltreise und die chinesische Diplomatie (1896). XV. Der französisch-siamesische Friedensschluss (1893).

Zeitfragen. Die Krisis in Südafrika. China; Kommerzielles und Politisches. Kolonialfragen. Von M. von Brandt.

Gr. 8°. Geh. M 7.—, eleg. in Halbfranz geb. M 9.—.

Inhalt: Vorwort. I. Die Krisis in Südafrika. 1898—1900: Zwanzig Jahre britischer Südafrika-Politik. Noch einmal Britisch-Südafrika. Die Lage in Transvaal. Die Transvaalfrage vom deutschen Standpunkt. Die Krisis in Südafrika. II. China; Kommerzielles, Politisches. 1894—1900: Vom chinesischen Hofe. Wie China regiert wird. Über und aus Nordchina. Südchina. Das Yangtse-Tal. Russische Pläne und englische Beklemmungen. Ostasien seit dem chinesisch-japanischen Kriege. Ostasiatische Zustände. Tze-Hai, Kaiserin-Regentin von China und der Staatsreich in Peking. Vom chinesischen Zopfe und dem, was daran hängt. Asiatische Schatten. Chinesische Sorgen. Die Boxer-Revolution in China. Die Diplomatie der Grossmächte und die Wirren in China. Die geheimen Gesellschaften in China. Was man aus der Geschichte lernen könnte. Einkehr und Umker. III. Kolonialpolitisches. 1898—1900: Kiautschau. Ex oriente lis. Die Politik des Deutschen Reiches und die Agrarier. Die Annexionen der Vereinigten Staaten. Joseph Chamberlain. Die Entwicklung der Dinge im fernen Osten und die Wahrung der deutschen Interessen. Die deutsche Presse und die auswärtige Politik. Kolonialpolitische Fragen.

Verlag des Allgemeinen Vereins für Deutsche Literatur in Berlin W 30.

Graf Hans von Königsmarck: Japan und die Japaner.

Skizzen aus dem fernsten Osten. Mit 24 Vollbildern. 2. Auflage.

Broschiert M 6.—, eleg. geb. M 7.50.

Beilage zur Nordd. Allgem. Zeitung, No. 179 (1900): Eine lebenswürdige Laune und die Gabe anschaulicher Erzählung machen das Lesen dieses Buches auch für den zu einem Genuss, der das ganze deutsche Schrifttum über Japan seit den bahnbrechenden Schilderungen Siebolds kennt.

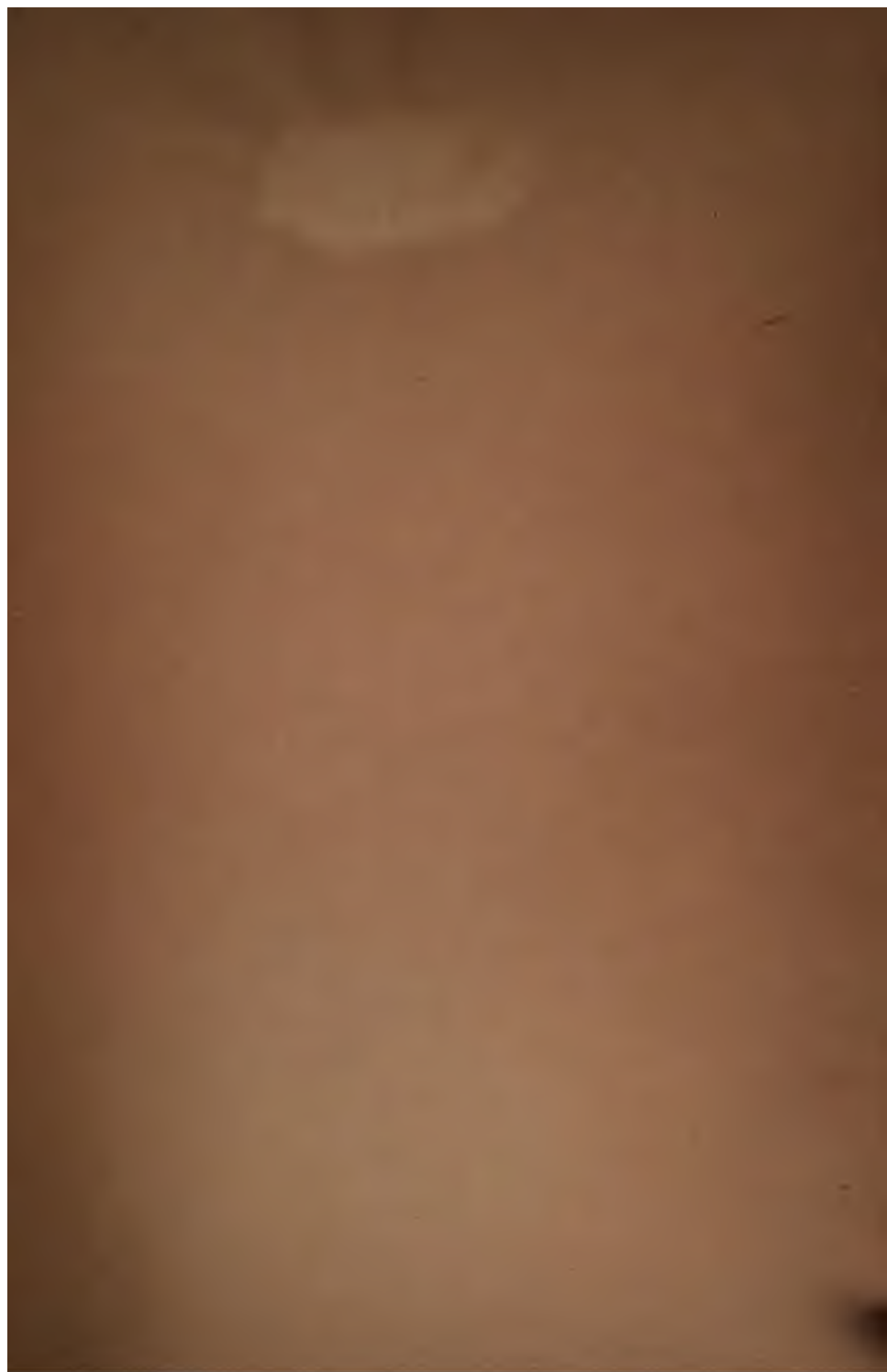
Georg Wegener: Zur Kriegszeit durch China 1900—1901.

2. Auflage. Mit zahlr. Abbildungen nach eigenen Aufnahmen des Verfassers und einer Karte. Gr. 8°. 26 Bogen. Broschiert M 7.50, eleg. geb. M 9.—.

M. v. Brandt in Petermanns Mitteilungen, 1903, No. 3: Ein ganz vortreffliches Buch. Man braucht manche der politischen Ansichten des Verfassers nicht zu teilen, aber man muss anerkennen, dass in seiner ganzen Arbeit sich kaum ein Wort befindet, das man ausgelassen oder abgeändert sehen möchte. . . . Das Buch kann nach jeder Richtung hin auf das Würmste empfohlen werden.

Berlin W 30.

Allgemeiner Verein für Deutsche Literatur.



LANE MEDICAL LIBRARY

This book should be returned on or before
the date last stamped below.

--	--	--

208.4
300
1303
LANE
HIST

